

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Vertragspreisliste. Unter Streifenband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Sechsstellige) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 14. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der internationale Parteitag zu Stuttgart.

Dienstag, den 16. d. M., finden in den sechs Berliner Wahlkreisen die Versammlungen statt, in denen die Delegierten zu dem vom 18. bis 24. August in Stuttgart tagenden internationalen Parteitag gewählt werden sollen: zu dem ersten internationalen sozialistischen Kongress auf deutschem Boden. Seit 1889 in Paris der erste internationale Parteitag tagte, haben verschiedene der großen Städte Europas: London, Zürich, Amsterdam, die Abgesandten des Proletariats aller Länder in ihren Mauern beherbergt. Die Abhaltung eines solchen Kongresses in Deutschland, das die stärkste sozialistische Arbeiterbewegung der Welt besitzt, schien jedoch bisher in Anbetracht der Polizeiwirtschaft und der reaktionären Versammlungsgesetze der meisten deutschen Staaten als zu gewagt. Und selbst jetzt findet der internationale Arbeiterkongress nicht in Berlin, der Reichshauptstadt statt, sondern in Stuttgart, in Württemberg, das sich unter den deutschen Staaten der relativ freiesten Verfassung erfreut. Berlin, das Berlin Wilhelms II., hat zwar Platz für alle möglichen internationalen Zusammenkünfte, selbst der zweifelhaftesten Art, nicht aber für den Kongress des nach Befreiung aus den Fesseln der heutigen Lohnsklaverei strebenden internationalen Proletariats; eine Tatsache, die die Kulturstufe, die der Hohenzollernstaat unter den europäischen Staaten einnimmt, treffend charakterisiert.

Die letzten internationalen Kongresse haben bedeutsame Arbeit geleistet. Sie haben nicht nur die Vertreter der Arbeiter aller Länder einander näher gebracht, ihnen einen Austausch ihrer politischen Ansichten und Erfahrungen ermöglicht, sie haben zugleich gewisse Richtlinien für die Stellungnahme der internationalen sozialistischen Arbeiterklasse zu verschiedenen wichtigen sozialen Problemen der heutigen Zeit und für die allgemeine Kampfstrategie aufgestellt und dadurch den Bestrebungen und der Kampfweise der sozialistischen Arbeiterparteien der verschiedenen Länder eine gewisse innere Einheitlichkeit verliehen — selbstverständlich unter Berücksichtigung der besonderen Eigenheiten und des besonderen historischen Entwicklungsganges der einzelnen Länder, die von vornherein jede schablonenmäßige Schematisierung ausschließen. Die Gesamtverhältnisse des parlamentarisch regierten Englands mit seiner Weltindustrie und seinem Welthandel, des modernen Frankreichs mit seinem Kleinbürgertum, seiner großen Kleinbauernschaft und seinen starken revolutionären Ueberlieferungen, Preußens-Deutschlands mit seinem unter parlamentarischen Formen versteckten halbabsolutistischen-bureaucratischen Regiment und seiner scharfen Zuspitzung der Klassengegensätze sind zu verschiedenartig, als daß die Gesetzmäßigkeit unterschiedslos die gleiche sein könnte. Dem verschiedenen politischen Terrain entspricht notwendig eine verschiedene Bewegungstaktik. Ihre Einzwängung in genau das gleiche Schema würde nur der Bewegung Fesseln anlegen. Wohl aber lassen sich, wenn auch der Vormarsch sich naturgemäß auf verschiedenen Etappenstraßen und unter verschiedenen Bedingungen vollzieht, doch gewisse gleiche Richtlinien, gleiche Zielpunkte für das Vorrücken aufstellen.

Auf diese Arbeit haben sich denn auch im wesentlichen bisher die internationalen Parteikongresse beschränkt — und in dieser Beschränkung ihre größten Erfolge erzielt. Wenn heute unter dem internationalen Proletariat trotz aller nationalen Besonderheiten und Gegensätze doch im ganzen eine gewisse Einheitlichkeit der Auffassung des Zieles und der unter bestimmten Umständen zu wählenden Kampfmittel besteht; wenn es gelungen ist, viele varierende Einzelwünsche zu einem weltumspannenden einheitlich gerichteten Gesamtwillen zusammenzufassen; wenn heute die sozialistischen Arbeiterparteien der verschiedenen Länder sich weit mehr als Glieder einer großen gleichartigen kämpfenden Armee fühlen und bei politischen Differenzen zwischen den einzelnen Staaten oder vielmehr zwischen den herrschenden Massen dieser Staaten, wie z. B. beim Marokkokonflikt, die proletarische Interessensolidarität weit stärker zum Ausdruck gelangt, wie in früheren Zeiten, so ist das nicht zum wenigsten ein Erfolg der internationalen Arbeiterparlamente. Sie erst haben dem Wort unseres großen Altmeisters: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“ einen festen Widerhall in den Herzen der kämpfenden internationalen Arbeiterkolonnen gegeben.

Der Kongress in Stuttgart ist seiner Tagung nach beinahe ein weiteres Stück Arbeit in dieser Richtung zu leisten. Er hat neben der Erörterung einiger neuer Punkte, wie z. B. der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft, vornehmlich die Aufgabe, die Diskussion einiger der wichtigsten Fragen des internationalen Proletariats wieder aufzunehmen, die bereits auf dem letzten internationalen Parteitag in Amsterdam beraten worden sind, deren Erörterung dort aber nicht zu Ende geführt werden konnte. Schon dort wurde über die Kolonialpolitik verhandelt und nach einem Referat des holländischen Genossen van Kol eine von einer Kommission vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, in der es als Pflicht der sozialistischen Parteien und ihrer Parlamentarier bezeichnet wurde, sich rücksichtslos

jedem imperialistischen und protektionistischen Antrage, jedem kolonialen Eroberungszuge und jeder militärischen Ausgabe für die Kolonien zu widersehen und die von der Klasse der Kapitalisten gegen die Eingeborenen begangenen Gewalttaten vor das Forum der Öffentlichkeit zu ziehen. Doch diese Resolution war von vornherein nur als allgemeine Direktive gedacht. Nähere Leitfäden aufzustellen, hielt die Kolonialkommission des Kongresses noch nicht für angebracht. Sie beschränkte sich vielmehr darauf, die einzelnen Nationen aufzufordern, koloniale Studienkommissionen zu bilden, die sich mit dem internationalen Sekretariat zum Zweck der Klärung der Ansichten über die Kolonialfrage in Verbindung setzen sollten.

Seitdem haben der Imperialismus und die Kolonialerwerbssucht weitere Fortschritte gemacht. England hat in Tibet, Frankreich im Innern Afrikas sein Kolonialgebiet ausgedehnt, die Vereinigten Staaten von Amerika suchen die Philippinen zu großen Flottenstützpunkten für die von den amerikanischen Kapitalisten erstrebte maritime Beherrschung des Stillen Ozeans zu gestalten, Japan hat sich Korea als Schutzgebiet angegliedert, Belgien steht vor der Frage, ob es den bisher selbständigen Kongostaat als belgische Kolonie in Besitz nehmen soll, und auch Deutschland schließt sich an, nachdem es einen blutigen Vernichtungskrieg gegen die Hereros und Gontentotten beendet hat, Kolonialpolitik großen Stils zu treiben. Der imperialistische Gedanke gewinnt in der Kapitalistenklasse aller Kulturstaaten stetig an Boden. Eine neue Ära der Kolonialgründungen und Kolonialausgestaltungen steht bevor — und damit auch die Gefahr neuer größerer internationaler Konflikte. Zu diesen drohenden Gefahren ist eine gemeinsame einheitliche Stellung der Arbeiterklasse aller Kulturländer um so dringender erforderlich, als, mehrfach, wenn auch vorläufig nur in kleinen sozialistischen Gruppen eine gewisse Neigung hervortritt, der imperialistischen Strömung Rechnung zu tragen und die Behauptung der kapitalistischen Kolonialpolitik zu akzeptieren, daß unter den heutigen Verhältnissen die Kolonialerwerbung ein notwendiges Mittel zur schnellen Entwidlung der Produktivkräfte sei. Deshalb wird das internationale Arbeiterparlament in Stuttgart die Erörterung über die Kolonialfrage unter Berücksichtigung der inzwischen erfolgten Veränderungen der kolonialpolitischen Lage wieder aufnehmen, um nähere Verhaltensmaßregeln gegenüber dem Vordringen des Imperialismus aufzustellen.

Mit der Kolonialfrage hängt in gewissem Sinne die Frage der Ein- und Auswanderung der Arbeiter nahe zusammen, wenigstens soweit es sich dabei um die Auswanderung weißer Arbeiter nach den Kolonien oder um die Einführung farbiger Arbeiter in zivilisierte Gebiete handelt. Auch über diese Frage ist bereits auf dem internationalen Sozialistenkongress zu Amsterdam verhandelt worden. Zwei Resolutionen lagen dem Kongress vor. Die eine, von der Kommission gestellt, verurteilte jede Befehlsmaßregel, welche die Aus- oder Einwanderung fremder Arbeiter hindert oder die fremden Arbeiter schlechter behandelt als die einheimischen. Die andere, von den holländischen amerikanischen und australischen Deputationen vorgeschlagene Resolution wies zwar alle Maßnahmen zurück, welche die Einwanderung weißer Arbeiter verbieten oder verhindern; dagegen verlangte sie die Unterdrückung des Imports der Arbeiter rückständiger Rassen (Nulis, Neger usw.) zum Zweck der Lohnrückerei. Zur Annahme gelangte jedoch keine dieser Resolutionen. Auf Antrag Keir Hardies, der erklärte, daß die Engländer weder für die eine noch die andere der vorgelegten Resolutionen zu stimmen vermöchten, wurde vielmehr der Beschluß gefaßt, die Einwanderungsfrage wieder auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Parteikongresses zu setzen und das internationale Bureau in Brüssel zu beauftragen, Material für die Diskussion der Einwanderungsfrage zu sammeln. Die am 9. Juni dieses Jahres in Brüssel tagende Konferenz zur Feststellung der provisorischen Tagesordnung des Stuttgarter internationalen Arbeiterkongresses hat dementsprechend diesen Punkt wiederum auf die Tagesordnung gesetzt und zugleich auf des Genossen Bailants Antrag beschlossen, daß bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Saisonwanderungen zur Verhandlung gelangt.

Auch der auf der Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses stehende 5. Punkt, das Frauenwahlrecht, ist vom Amsterdamer Kongress übernommen. Er sollte noch am letzten Verhandlungstage in Amsterdam zur Beratung gelangen; da die Debatte über die internationalen Regeln der sozialistischen Taktik jedoch zu viel Zeit in Anspruch genommen hatte, gelangte er nicht mehr zur Beratung. Der Referent sah sich gezwungen, auf das Wort zu verzichten, und der Kongress begnügte sich — durch die Umstände gezwungen — damit, folgende von den deutschen Genossinnen eingebrachte Resolution anzunehmen: „Bei den Kämpfen, welche das Proletariat für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Staat und Gemeinde führt, müssen die sozialistischen Parteien das Frauenwahlrecht in den gesetzgebenden Körperschaften beantragen, in der Agitation grundsätzlich festhalten und mit allem Nachdruck vertreten.“ Der erwähnten Brüsseler Konferenz zur Feststellung der Tagesordnung für die Stuttgarter Verhandlungen hatte die

Genossin Ottilie Waader als Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands den Antrag eingereicht, die Diskussion des Frauenstimmrechts mit einer Erörterung der Mittel zur Demokratisierung der heute bestehenden Wahlrechte zu verbinden. Auf Vorschlag des österreichischen Genossen Victor Adler wurde jedoch nur allein die Frage des Frauenwahlrechts auf die Tagesordnung gesetzt und zwar deshalb, um den Kongressdelegierten, besonders den Genossinnen, Gelegenheit zu einer gründlichen Erörterung der Bedeutung des Frauenstimmrechts sowohl für die rechtliche Stellung der Frau, wie für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu bieten und zu verhindern, daß die Diskussion durch Abschweifungen auf die heute bestehenden Wahlsysteme der verschiedenen Staaten allzusehr in die Breite wachse. Es ist deshalb mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß diesmal auf dem internationalen Parteitag die Frage des Frauenstimmrechts gründlich diskutiert und ein Einverständnis darüber erzielt wird, wie und mit welchen Mitteln am besten die Agitation für die Durchführung dieses Rechtes betrieben und gefördert wird — natürlich nicht eines Wahlrechts, das nur wenigen besitzenden, wirtschaftlich selbständigen Frauen der Bourgeoisie das Recht der Stimmabgabe gewährt, sondern eines wirklich demokratischen Wahlrechts, das auch die Proletarierin in dieser Hinsicht dem Manne gleichstellt.

Vielleicht wichtiger noch als alle diese Punkte ist, wenigstens für die allernächste Zukunft, der erste Punkt, der auf der provisorischen Tagesordnung steht: „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“, das heißt die Frage, wie in den Militarstaaten West- und Mitteleuropas dem Fortschritt des Militarismus, seiner Verschärfung des Wirtschaftslebens mit stetig steigenden Kosten, seiner Inflationierung der Volksmasse mit kriegerischen Anschauungen, seiner Verwendung zur Stütze der kapitalistischen Herrschaft entgegenzuwirken werden kann, und wie sich weiter im Fall internationaler Konflikte das internationale Proletariat zu der Kriegshetzerie der herrschenden Klassen verhalten soll.

Der imperialistische Zug, der durch die herrschenden Klassen der wirtschaftlich fortgeschrittenen Staaten geht, das Streben neue Kolonial-, Absatz- und Kapitalanlagemärkte zu gewinnen, hat den Kriegszündstoff wie die Eisenerzschmelze zwischen den Nationen wesentlich vermehrt. Und zugleich hat sich bei den herrschenden Klassen die Ueberzeugung eingestellt, daß sie ihre weltpolitischen Bestrebungen nur durchzuwehren vermögen, wenn eine starke Heeres- und Flottenmacht hinter ihren Ansprüchen steht. Die Folge ist, daß sie militärfreundlich geworden sind und heute die militaristischen Tendenzen mit anderen Augen betrachten, als noch vor wenigen Jahrzehnten. Dazu kommt, daß je mehr die sozialistisch-proletarische Bewegung an Ausdehnung gewinnt, die Bourgeoisie desto mehr in der Armee ein Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und zur Niederhaltung des „inneren“ Feindes erblickt, und allen jenen Bestrebungen ihren Beistand leiht, die darauf hinauslaufen, den sogenannten militaristischen Geist zu stärken und aus dem Heer ein willenloses Werkzeug zu machen, das sich zur Verfechtung ihrer kapitalistischen Interessen gleichermaßen nach „innen“ wie nach „außen“ verwenden läßt.

Diesem Vordringens des Militarismus entgegenzuwirken, die Massen über die Gefährlichkeit der militaristischen Tendenzen aufzuklären, die Heranzüchtung des Heeres zu einem willenlosen Machtinstrument in der Hand der herrschenden Klassen, soweit möglich, zu verhindern und beim Herannahen kriegerischer Verwickelungen der Kriegsbegeisterung der Geschäftspatrioten die Interessensolidarität des internationalen Proletariats gegenüberzustellen — das ist entschieden eine der vornehmsten, dringendsten Aufgaben der Arbeiterklasse. Zu erwägen, wie diese Aufgabe gelöst werden kann, wird Ende des Stuttgarter internationalen Arbeiterparlamentes in erster Reihe sein.

Der Stuttgarter Sozialistenkongress hat demnach ein reiches Arbeitspensum vor sich. Er ist vor eine Reihe bedeutungsvoller und schwieriger Fragen gestellt. In Arbeit, im Plenum wie in den Kommissionen, wird es nicht fehlen, und an erregten Debatten wahrscheinlich auch nicht; aber trotzdem hoffen wir zuversichtlich — und der Verdienst der bisherigen internationalen Arbeiterkongresse bietet dafür eine fast sichere Gewähr — daß auch in Stuttgart die internationale Arbeiterbewegung ihre innere Einheitlichkeit befestigt und dem Nationalitätenhader der kapitalistischen Schichten die proletarische Völkerbrüderung gegenüberstellt.

Ein agrarischer Tobfuchtsanfall.

Der sächsische Wahlreformentwurf der Regierung hat den Agrariern nicht nur Sachens, sondern auch unseren ostelbischen Junkern wahre Tobfuchtsanfälle zugezogen.
 Die sächsische „Wahlreform“ selbst haben wir bereits charakterisiert. Sie ist eine armselige Fiktion, die zwar der Sozialdemokratie eilige Mandate einräumt, die bestgelohe Masse der Bevölkerung aber nach wie vor zu dauernder Einflüßlosigkeit verdammt. Infolge des Pluralwahlsystems und der Wahl der Hälfte der Abgeordneten durch die von der Besitzenden Klasse beherrschten Kommunalverbände liegen die Dinge so, daß auch unter dem neuen

Wahlrecht die Sozialdemokratie mit ihren — wie die Regierung annimmt — 45 Prozent der Gesamtwahlberechtigten höchstens 15 von den 89 Abgeordneten zuzurechnen könnte, während ihr bei einem allgemeinen und gleichem Wahlrecht deren 37 gebühren. Und wenn alle Wähler mit weniger als 1000 Mark Einkommen, d. h. 76 Prozent der Gesamtzahl der Wähler, sozialdemokratisch wählen würden, so würde die Sozialdemokratie höchstens 25 Mandate erobern können, also immer noch einer starken Zweidrittelmajorität gegenüberstehen, die von nur rund 150 000 Wählern mit mehr als 1000 Mark Einkommen gewählt würde!

Man sieht, auch das neue Wahlrecht will die Rechtslosigkeit der großen Masse verewigen, die Klassenherrschaft eines knappen Pöbels der Wähler absolut sichern. Und doch wettern die Agrarkonservativen gegen diese armselige „Reform“, als ob es ihnen an Kopf und Kragen ginge. Das hat seine Ursache darin, daß sie das neue Wahlsystem zugunsten der Nationalliberalen und Liberalen etwas benachteiligt. Deshalb der Aufruhr im Junkerlager!

Die sächsische Regierung selbst sieht sich genötigt, gegen die freien Annahmen der agrarkonservativen „Rebengregierung“ zu ziehen. Sie entsandte in eine konservative Dresdener Versammlung einen Regierungsdirektor, den Legationsrat v. Rosig-Walkow, der an die „wahrhaft“ Konservativen gegenüber den Agrarkonservativen appelliert:

„Er wolle gern glauben, daß alle der ehrlichen Ueberzeugung gewesen seien, mit ihrer Methode und Taktik das Beste des Vaterlandes zu wollen; es hätten sich aber im Laufe der letzten Jahre auf den Gang der staatsmännischen Geschäfte Einflüsse geltend gemacht, die zwar an sich nicht rechtswidrig waren, die sich aber nicht geltend machen dürfen, weil ihnen kein Rechtstitel zustand, vor der Öffentlichkeit die Verantwortung für ihr Tun zu übernehmen. Was diese Rebengregierung gerade unter den vielen Besten des Volkes an Groll und Bitterkeit gezeitigt habe, vom höchsten und höchsten Würdenträger an bis zum schlichsten Arbeiter, wie sehr sie das Vertrauen in den konservativen Gedanken erschüttert und wie viele der konservativen Partei entzweit habe, das sei allgemein bekannt. Die konservative Partei werde an immerer Kraft in demselben Maße gewinnen, als sie sich ihres lästlichen und ungerathenen Uebergewichts freiwillig begeben.“

Die Konzeptionen an die nichtbesitzende Klasse bezeichnete der Regierungsdirektor als einen Akt der Klugheit. Es sei töricht, die Massen unartig zu verbittern. Die Regierung öffne die Tür des Landtages für die Vertreter des Proletariats nur so weit, „als es die staatsmännische Vorsicht gestatte.“ Eine Mehrheit, die sich nicht getraue, mit 15 oder 20 Sozialdemokraten fertig zu werden, könne ihm leid tun.

Gegen diese wahrhaftig zur reaktionären Unberühmtheit nicht zu wünschen übrig lassenden offiziellen Darlegungen donnert nun die „Deutsche Tageszeitung“:

„Herr von Rosig-Walkow wünscht, daß man dem Vertreter des Proletariats“ die Tür nicht nur des Landtages, sondern auch seiner Kommissionen so weit öffne, als es die staatsmännische Vorsicht nur gestattet. Unsere Auffassung von dem Wesen der Sozialdemokratie weicht von der des Herrn Legationsrates so weit ab, daß wir uns nicht verständigen können. Für uns ist die Sozialdemokratie weder die Vertreterin der Arbeiter, noch des Proletariats, sondern nur die des Umsturzes, der Revolution. Das ist seit dem Jenaer Parteitag offenkundig geworden. Die Sozialdemokratie ist zugeständenermaßen antimonarchisch. In der Vertretung eines monarchischen Staates sollte sie weder sich noch Stimme haben. Wer ihr als Vertreterin des Proletariats die Tür zum Landtag bewußt öffnet, der gefährdet die monarchische Grundtatsache und damit den Bestand des Staates. Diese Auffassung mag dem neuen staatsmännischen „Jugendstil“ nicht entsprechen; sie wird aber von allen klaren Köpfen geteilt. Der von modernen Regierungen nicht angeführte Bürger und Bauer kann es nicht verstehen, daß eine Partei gleichberechtigt sein soll, die zugeständenermaßen das Königtum, die feste und unverrückbare Grundlage der Verfassung, beseitigen will. Aber, wie gesagt, wir glauben uns in diesem Punkte mit dem Herrn Legationsrate nicht verständigen zu können.“

Es ist gar zu köstlich, wie das raff- und herrschgierige Junkertum sich zum Güter der Monarchie aufwirft, während sein Ingrimm doch nur wegen der Bedrohung der von der sächsischen Monarchie selbst schmerzlich empfundenen junkerlichen Rebengregierung entbrannt ist!

Das preussische Junkertum sagt sich freilich auch beim sächsischen Wahlrechtshandel: Tu a ros agitur! Deine eigene Sache steht auf dem Spiele! Denn wenn in Sachsen das Industrie- und Börsenkapital auf Kosten des Agrarkonservatismus eine stärkere parlamentarische Vertretung erlangt, so muß das natürlich auch den Appetit dieser Kreise in Preußen anregen. Unsere ostelbischen Junker betrachten die Wahlreform in Sachsen als ein Vorzeichen zu den preussischen Wahlrechtskämpfen. Daher ihr Versehen! Daher ihr Sichverkrüppeln hinter die Monarchie, ihre wüste Sozialistenhetze.

Von der Erbitterung des Junkertums zeugt auch folgende kürzliche Anstößung der „Kreuz-Ztg.“:

„Die Gegensätze, die von jeher zwischen Preußen und den übrigen deutschen Staaten bestanden haben, sind in den letzten Jahren von neuem mit bemerkenswerter Schärfe hervorgetreten. Die Gründe dieser Erscheinung liegen wohl der Hauptsache nach in der Umgestaltung, die das Landtagswahlrecht in einzelnen dieser Staaten, namentlich in Süddeutschland erfahren haben, in dem an diese Maßregeln geknüpften Wunsche, daß ähnliche Änderungen auch in Preußen vorgenommen werden, und in der ablehnenden Haltung, welche die preussische Regierung im Einverständnis mit der Mehrheit des Landtages bisher diesem Wunsche gegenüber eingenommen hat. Die süddeutschen Staaten gelten, weil sie ihr Wahlrecht dem Reichstagswahlrecht angepaßt haben, vielfach als Träger des politischen Fortschritts, Preußen dagegen, weil es an seinem Klassenwahlrecht festhält, als Hort der finsternen Reaktion.“

Die Kreise, die sich zu einer solchen Beleidigung (der preussischen Junker) hinreissen lassen, mögen bedenken, daß sie diesen Teile der Bevölkerung, der doch auch an dem Wiedererleben des neuen Deutschen Reiches, im blutigen Kampfe mitgewirkt hat, die Freude an dieser Errungenschaft in empfindlicher Weise zu beeinträchtigen drohen. In der Tat hören wir in den Kreisen der guten Preußen jetzt manchmal die Frage aufwerfen, ob für uns wirklich die Gründung des Reiches ein Segen gewesen ist.“

Man sieht, die Junker pfeifen auf alle „nationale Größe“, auf die ganze Reichseinheit, sobald sie — nicht etwa mit der nichtbesitzenden Klasse! — nein, selbst nur mit der Besitzenden Bourgeoisie ihre Herrschaft teilen wollen!

Vom Industrie-Imperialismus.

Wie erinnerlich, nahm seinerzeit der Generaldirektor Rirdorf, einer der ungekrönten Könige des Ruhrgebietes, für die Unternehmer das Recht in Anspruch, die Freizügigkeit der Arbeiter nach Belieben ein-

zuschranken. Daß nach diesem Rezept im Ruhrgebiet schon seit etwa 20 Jahren gehandelt ist, wurde bekannt gelegentlich eines Prozesses, den unser Duisburger Arbeitersekretariat für einen gemäßigten Maschinenisten K. gegen die A.-G. Sütte „Phönix“ in Ruhrt-Laar (siehe „Vorwärts“ Nr. 201, Jahrgang 1906) führte, und dessen Nachspiel jedoch vor dem Schöffengericht in Ruhrort abgewickelt wurde. Um sich die schrankenlose Herrschaft über ihre Arbeiterklassen zu sichern, haben sich im großindustriellen Kreise Duisburg eine Anzahl Sütten- und Eisenwerke zu einer planmäßigen Verletzung der Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung und des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches, nämlich zur systematischen Verurteilung missliebiger Arbeiter, vertragmäßig verpflichtet. Und obwohl in dem erwähnten Prozesse durch rechtskräftiges Urteil des Landgerichts Duisburg die organisierte Gesetzesverletzung der für die Koalition in Betracht kommenden 17 Etablissements als „wegen die guten Sitten verstößend“ gekennzeichnet worden ist und die Sütte „Phönix“ — nebenbei bemerkt die Führerin in dem die Gesetze mißachtenden Vorgehen — zu einer Entschädigung von 140 M. an den gehezten Arbeiter verurteilt wurde, ist dennoch die dreifache Verhöhnung der gesetzlichen Bestimmungen dieselbe geblieben, das vom Gericht als gegen die guten Sitten verstößende Verhalten der koalitierten Werke nicht geändert. Weshalb sollten die Herren von Kapitals Gnaden auch nicht? Wird eine zünftige Einbrecherbande ihr Stehlen lassen, wenn ein einzelnes Mitglied gelegentlich erwischt wird? Rimmermehr; zumal nicht, wenn die Bande auf dessen Verschwiegenheit rechnen kann. Im vorstehenden Falle handelt es sich zwar nun nicht um eine Einbrecherbande wohl aber um eine illustre Gesellschaft, die sich gleichfalls gegen gesetzliche Vorschriften, nämlich gegen § 826 des B. G. B. und § 153 der G. O., verbündet hat. Und daß der Erwachte auch hierbei nicht nur zu schweigen verstand, sondern noch mehr, das lehrt das bereits angegebene Nachspiel vor dem Schöffengericht in Ruhrort.

Der Obergeringieur Rhein von der Scharfmacherhütte „Phönix“, der in jenem Prozeß als Zeuge jener Hütte fungierte, hatte vor dem Gewerbegericht in Duisburg unter Eid befundet, daß eine solche Vereinbarung, wie sie von unseren Genossen behauptet wurde, nämlich: „daß die von einem der koalitierten Werke entlassenen Arbeiter gekennzeichnet würden und ohne Ueberweisungsschein auf anderen Werken keine Arbeit erhielten“ — seines Wissens nicht bestände. Und dabei mußte sich der Herr Obergeringieur nachweisen lassen, daß er persönlich selbst solche Ueberweisungen ausgestellt hat! Freilich will er das nur als eine „persönliche Empfehlung“ angesehen wissen. Wertwürdig jedoch, daß ohne eine solche „persönliche Empfehlung“ ein entlassener Arbeiter auf den koalitierten Werken keine Arbeit bekommt. Wenn schon die in der großindustriellen Sphäre amtierenden Gerichte an der Mächtigkeit der zugegenen abgegebenen Erklärungen des Herrn Obergeringieurs ihre Zweifel äußern, so läßt das einen Schluß zu auf die Ungeniertheit, mit der versucht wird, die Maßnahmen der Industriefürsten gegen die Gesetze zu decken. Der Maschinenist K. und der Schuhmacher K. hatten nun aber nicht bloß ihre Schlußfolgerungen aus den Gerichtsverhandlungen gezogen, sondern ganz ungeschämt in öffentlicher Versammlung behauptet, der Obergeringieur Rhein habe einen Meineid geschworen! Die Beleidigungsklage war die notwendige Folge. Beide rebozierten nun nicht etwa, sondern traten den Beweis der Wahrheit an. Und der Erfolg der Klage? — Beide Uebelthäter erhielten je 20 M. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung, weil sie den schweren Vorwurf des Meineides gegen den Obergeringieur in öffentlicher Versammlung erhoben und daraus die Absicht zu beledigen hervorgehe! Im übrigen aber lägen sachlich die Dinge so, daß „tatsächlich der Obergeringieur Rhein vor Gericht nicht die volle Wahrheit gesagt habe, daß somit der Wahrheitsbeweis von den Angeklagten als erbracht angesehen werden müsse und diese nur eine Strafe wegen formaler Beleidigung treffen könne“ usw.

Also gerichtliche Feststellung eines regelrechten Falleschneides! Zweierlei tritt in dem Prozesse besonders hervor: einmal die ungeheure Dreistigkeit, mit der von den Vertretern der interessierten Werke zuerst selbst unter Eid das seit 20 Jahren (!) bestehende System der Kennzeichnung entlassener Arbeiter abzuleugnen versucht wird, dann aber, nachdem die Sache doch aufgedeckt wird, aus dem Gefühle des „Mir-kann-Keiner“-Standpunktes heraus das überlegene Eingeständnis, daß das Ueberweisungssystem mit Verschweigung seit langer Zeit bestanden habe und noch besteht! Zur Bekräftigung des letzteren befandete dann noch ein Obersteiger, daß er gegen seinen Willen noch in den letzten Wochen den Arbeiter K., einen fleißigen und brauchbaren Menschen, auf Veranlassung desselben Obergeringieurs Rhein habe entlassen müssen!

Nebenbei bemerkt: Der Herr Obergeringieur befindet sich natürlich immer noch auf freiem Fuße. Der Amtsanwalt des Ruhrorter Schöffengerichts hatte gegen die beiden „Beleidiger“ je 14 Tage Gefängnis beantragt. Die Klage war „im öffentlichen Interesse“ erhoben. Die Öffentlichkeit hat in der Tat alles Interesse daran, diese kapitalistische Organisation zur Verletzung der Gesetze sowie die Bestrebungen kennen zu lernen, diejenigen ins Gefängnis zu werfen, die es wagen, die Taten der Gesetzesverlezer bloßzustellen! Eine nette „Rechts“-ordnung — die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung!

Von Lockspitzeln niedergehetzt.

Die bürgerliche Presse schreibt polizeioffiziös: „Als Folge des gestrigen Anarchistenprozesses ist in einer noch am Freitagabend tagenden Versammlung die Auflösung der russischen Salikow-Lesehalle in der Artilleriestraße beschlossen worden. Es fand sich unter den wenigen Erschienenen niemand, der den Vorstoß übernehmen wollte, nachdem der Prozeß die stets von den Russen besessene politische Tätigkeit der Lesehallenmitglieder klargelegt hatte. Auch der Literarisch-wissenschaftliche Verein russischer Studenten hat sich aufgelöst; dieser Verein veranstaltete bis vor etwa zwei Jahren unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Vorträge große von Russen fast besetzte Versammlungen, in denen offene Propaganda für die terroristische Bewegung gemacht wurde, bis die politische Polizei diesen Veranstaltungen ein schnelles Ende bereite. Auch die Lage der Tschchow-Lesehalle in Charlottenburg dürften gefährdet sein, da auch hier kein Mitglied mehr als Vorstand gelten will.“

Wie das „Berliner Tageblatt“ weiter meldet, hat die Berliner Polizei bei dem Rektor der hiesigen Universität beantragt, den Studenten den Zutritt zu den Lesehallen zu verbieten.

Keine Zeitung knüpft daran ein Wort der Kritik. Nicht einmal das „Berliner Tageblatt“, dessen Redaktion doch über den wahren

Sachverhalt gut genug unterrichtet sein dürfte. Die „Aberose“ v. J. am Mittag“, dieses widerliche Sensationsorgan, das seit einigen Jahren hier in Berlin sein Wesen treibt, wählte gar eine Form des Verfalls, aus der kaum verholene Schadenfreude spricht. Und die Spitze der „Täglichen Rundschau“ jubiliert in begeistertster Erinnerung an einen der schämlichsten Tage des deutschen Reichstages, überschäumend in Peters-Moral: Silberfard und Mandelkamm!

Al das Gelächter weiß so gut wie seine polizeilichen Einbläser, daß die Lesehallen nichts mit Politik, noch weniger mit Terrorismus zu tun haben; daß jenes „Protokoll“, von dem das „Tageblatt“ munter redet, nie existiert hat, daß auch der „Literarisch-wissenschaftliche Verein“ jeder terroristischen Neigung sicher weit ferner gestanden hat als die Berliner Polizei. Tut nichts! Es gilt das unbequeme Freiwill zu Tode zu heizen. „Schworzer und Verschwoerer!“ Der Geist der Pogromisten geht in Deutschland um und hat hier auch das jüdische Hüllisler-Würgertum vollends belesen.

Freilich: die Wahrheit läßt sich nicht zu Tode heizen. Das deutsche Proletariat wird sich der Verfolgten nur mit um so größerem Eifer annehmen, so ingrimmiger die Junker der Reaktion über sie herfallen. Die Feinde der „Schworzer und Verschwoerer“ sind auch seine Feinde.

Ein grandioses Spiegeler! ist es offenbar, daß hier geleistet worden ist. Das ist leicht zu beweisen.

Karunkelstein ist ein junger Burche, ein politischer Handwursi bestensfalls. Er nimmt an der Gründung einer russischen Föderation revolutionärer Anarchisten teil. Mit ihm ein anderer unreifer Junge, ein Student Namens Kisch. Dah hinter ihnen eine größere Zahl von Personen gestanden hätte, ist ausgeschlossen. Die ganze Föderation ein kindlicher Plan; natürlich ein Plan, der, wenn er auch nur ernst gemeint war, möglichst geheim hätte gehalten werden müssen. Statt dessen publiziert ihn der selbige Karunkelstein sofort im „Freien Arbeiter“, er gibt das Statut der Öffentlichkeit preis und, um die Polizei ja recht energisch mit der Nase auf den — für Rußland — terroristischen Charakter der lächerlichen „Föderation“ zu stoßen, gibt er den Passus des Statuts, der den Transport von Waffen und Explosivstoffen zur Aufgabe der „Geschäftsstelle“ macht, in der Zeitung publiziert wieder; und damit der Wände die Absicht merkt, setzt er zur Motivierung der Publikation in Klammern hinzu (Konspiratives), d. h. (Geheimes, Verschwoerisches). In klaren Worten wird weiter verraten, daß der sogenannten „Föderation“ auch deutsche Anarchisten angehören. Und Karunkelstein, der ein der Polizei bekannterer Berliner Anarchist ist, hebt das Manuskript des Statuts sorgfältig auf, bis es der Polizei in die Hände gefallen ist!

Wir halten Karunkelstein bisher noch für keinen Spigel; daß er aber geradezu verbrecherisch leichtfertig und provokatorisch gehandelt hat, wärsat kein Regen des Himmels von ihm ab.

Er ist das Werkzeug von Lockspitzeln gewesen. Die Gründung der „Föderation“, die Publikation des Statuts ist Lockspitzelwerk. Und der Zweck dieses Werks ist klar; nicht um den größtmöglichen Handwursi dazu handelt es sich. Es handelte sich um eine bequeme Handhabe zur Vernichtung der Lesehallen, zur Jagd auf diejenigen hier lebenden Russen, die man auf Verheiß der russischen Regierung loswerden wollte. Zahlreiche Existenzen brutal vernichtet, die Lesehallen, die Speiseanstalten, Unternehmungen der Wohlfahrt zerstört, der russische Studentenverein aufgelöst: Das ist das Werk der Karunkelstein und Genossen und ihrer Hintermänner! Das ist das Werk deutsch-russischer Agents provocateurs!

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 18. Juli 1907.

Das Zentrum und die Index-Adresse.

Der Zentrumspresse zeigt sich in ihrer Verlegenheit, wie sie sich gegenüber den scharfen Angriffen der Vatikanpresse auf deutsche Zentrumsführer und Bischöfe verhalten soll, ein Ausweg. Eine der bekanntesten „wohlunterrichteten Seiten“ des „West. Merkur“ hat nämlich andeute, daß sich schon vor Jahresfrist die „hochwürdigsten“ Bischöfe Preußens mit Vorstellungen über den Index und der Bitte um ähnliche Vollmachten wie sie der englische Episkopat besitzt, an den sog. heiligen Stuhl gewandt haben, und daß der Papst bereits unter dem 27. November 1906 jene Bitte der Bischöfe „huldvoll“ gewährt hat: eine Tatsache, die nur bisher die preussischen Bischöfe — man weiß nicht recht, aus welchen Gründen — nicht bekanntgegeben hätten. Da nun in der geplanten Index-Adresse der Herren Schwering, Schmedding, Hellrath, ten Hompel usw. zum Schluß auch die Gleichstellung der katholischen Deutschlands mit den katholischen Englands in der Indexfrage erbitten, so folgert daraus schlauerweise die Zentrumspresse, daß eigentlich diese Adresse insolge der Involuntarität und der Weitsichtigkeit des Papstes schon gegenstandslos gewesen sei, als sie niedergeschrieben wurde. Sie habe deshalb gar keinen Zweck mehr gehabt und der ganze wärende Ausfall der Vatikanpresse wie der Karm, den er in der Presse hervorgerufen habe, sei nur ein „Karm um nichts“. Schließlich erhalten dann noch die Verfasser der Adresse einen gelinden Tadel, weil sie nicht, bevor sie es wagten, „in tiefer Ehrerbietung“ den Papst zu bitten, vertrauensvoll mit den deutschen geistlichen „Oberbirten“ Rührung genommen und sie um ihren Rat gebeten haben. So schreibt z. B. die „Germania“:

„Man mag nach Lage der Dinge geneigt sein, den „Organisatoren“ der Witschrit um Abänderung der Indexbestimmungen neben dem allgemeinen Vorwurf einer übermäßigen, aber wie der Vertrauensbruch gezeigt hat, auch überflüssigen und unwirksamen Geheimtätigkeit, auch den besonderen Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie nicht wenigstens in vertrauensvoller Weise mit den zuständigen geistlichen Oberbehörden Rührung genommen haben, um dieselben von ihrem geplanten Vorgehen zu unterrichten. Das Außerachtlassen einer solchen vertrauensvollen Rührung hat sich in diesem Falle unzulässig als ein Fehler erwiesen, selbst wenn die Leiter dieser Indexbewegung dabei von der wohlgemeinten Absicht ausgegangen sind, im Falle eines Mißerfolges ihrer Witschrit in Rom die Weitsichtigkeit und den Episkopat nicht in eine Art Mitleidenschaft zu ziehen.“

Ein echt jesuitischer Aniff! Entschelte die Indexadresse wirklich nichts, als was der Papst in der Hauptsache den preussischen Bischöfen schon gewährt hatte, so wäre absolut nicht zu verstehen, weshalb die Vatikanclique zu so schweren Angriffen und Verdächtigungen gegriffen hat; denn über Witten, die längst zugestanden und erledigt sind, regt sich niemand auf — falls er nicht etwa an religiöser Verächtlichkeit leidet. Wenn also die würdigen Epigen der Kirche in Rom sich so mordmüßig entschließen, muß die Adresse noch andere Wünsche enthalten, und tatsächlich bildet denn auch die Bitte um Gleichstellung der deutschen mit den englischen Katholiken nur einen ganz neben-sächlichen Bestandteil der geplanten Witschrit. Sie ist nur das letzte Schwängel einer langen Litanei, die, wenn wir sie im „Vorwärts“ abdrucken wollten, ungefähr 1 1/2 Seiten füllen würde. Und diese anderen Wünsche, nicht die angeblich bereits vom Papst gewährte, ganz neben-sächliche Bitte, sind es denn auch, die den Horn des Vatikan heraufbeschworen haben. Das hat noch gestern die „Germania“ selbst zugestanden, denn sie brachte einen Bericht ihres römischen Korrespondenten, der nach dessen eigener Angabe auf Grund eines Gesprächs mit der „als genauesten Kenner römischer wie deutscher Verhältnisse wohl-bekanntesten geistlichen Persönlichkeit“ niedergeschrieben worden ist, und in diesem Bericht heißt es:

„Die in Frage stehende geplante Witschrit an Pius X. mußte sich a priori auf eine unzulässige Aufnahme gefoht machen

und hat, wie es sich heute zeigt, eine solche auch im allgemeinen gefunden. Die ganze Sache ist äußerst heikler Natur, und nur ungenügend geht man an eine öffentliche Beurteilung derselben heran. Dennoch halte ich es nicht für unangebracht, einige Gedanken und Tatsachen zusammenzustellen.

Wenn wir diese Witzschrift näher untersuchen, so finden wir darin allerdings Witten gestellt, die schwer gewährt werden können. Die erste Witte ist etwas unklar gehalten, scheint jedoch allgemeiner Natur zu sein und auf Abschaffung der Einrichtung des Index überhaupt abzielen. Im einzelnen wird gebeten, die rückwirkende Kraft der Indexerklärungen aufzuheben. Dies wird sehr schwer sein, denn die Kirche ist ja immer die Hüterin und Schützerin der Wahrheit und hat die Pflicht, als solche einzuschreiten und das ganze Gewicht ihrer Autorität gegen den Irrtum, welcher sich sonst leicht für Wahrheit ausgibt, zur Geltung zu bringen. Unangebracht erscheint ferner die Witte, alles aus den Indexbüchern wegzulassen, was dem deutschen Nationalbewußtsein widerstrebe. Man wünscht nämlich z. B. eine Beurteilung durch den Index nur nach vorheriger Anhörung des Angeklagten, das Aufheben der Geheimhaltung der Beweggründe der Beurteilung, manchmal sogar dem Verurteilten selbst gegenüber, sowie der Verpflichtung zum Schweigen, welche dem Verurteilten auferlegt wird, ohne die gleiche Verpflichtung seinen Gegnern aufzuerlegen. So billigt nun diese letzten Punkte auf den ersten Blick erscheinen, so wird doch ihre praktische Durchführung nicht ohne Schwierigkeit und ohne Gefahr, sei es für die Wahrheit, sei es für die Autorität, sein. Wenn dann ferner die Falschheit einer Verteidigung in Wort und Schrift erboten wird und zwar vor der Segung auf den Index, so kann dies manchmal den Erfolg haben, welchen sich die Witzsteller versprochen, nämlich die Geister aufzuklären und zu beruhigen; manchmal aber auch zur Folge haben, daß der sich im Irrtum Befindende sich auf seine Sache verbeißt und sich nur die schließliche Unterwerfung erschwert.

Gestern war also die Index-Adresse äußerst heikler Natur und enthielt Witten, die nicht gewährt werden können; heute dagegen beliebt es der „Germania“, die Sache so hinzustellen, als seien die Witten der Adresse längst in der Hauptsache gewährt und als handele es sich lediglich um leeren Kärm. Damit soll die Feigheit, welche die Zentrumspresse in der Angelegenheit bewiesen hat, verdeckt werden! Ob's gelingt? —

Kurzsichtigkeit.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ beschäftigt sich wieder einmal spaltenlang mit der revolutionären Gefahr, die von der Sozialdemokratie drohe. Habe doch Rosa Luxemburg auch für Deutschland eine Periode stürmischer politischer Kämpfe prophezeit, wie sie sich jetzt in Rußland abspielen. Die revolutionäre in der Tat die deutsche Sozialdemokratie und ihr gewerkschaftlicher Anhang sei, bewiesen die bedeutenden Unterstufungen der russischen Revolutionäre. Auch habe man ja gegebenenfalls den Massenstreik angeordnet. Um speziell dieser Gefahr zu begegnen, dürfe man den Eisenbahnarbeitern unter keinen Umständen das Koalitionsrecht gewähren. Das badische Staatsministerium habe dem auch durchaus im wohlverstandenen Staatsinteresse gehandelt, als es dem von der Sozialdemokratie in den Württembergischen Schächeln mit der Entlassung gedroht habe. Dauerlich sei nur, daß die badischen Nationalliberalen diesen doruffischen Gewaltakt nicht gebilligt hätten.

Wir können dieser Politik der Kurzsichtigkeit gegenüber nur früher Gesagtes wiederholen. Kämpfe in Form der russischen Revolution würden eine russische Politik unserer Herrschenden voraussetzen. Nur daß sich unsere Herrschenden noch viel weniger einbilden sollten, das um politische Gleichberechtigung kämpfende deutsche Proletariat dauernd daniederhalten zu können, da ja in Deutschland das Proletariat einen unendlich stärkeren Prozentsatz der Bevölkerung bildet, als in Rußland. Die Mehrheit eines zum Denken erwachten Volkes läßt sich nicht von einer herrschenden und ausbeutungswütigen Minderheit in Rechtslosigkeit erhalten, selbst nicht mit russischen Mitteln. Auch die kleinsten Schichten gegenüber den Staatsarbeitern vermögen in einer kritischen Situation einen Massenstreik nicht zu verhindern; sie sind im Gegenteil nur geeignet, auch diese Arbeiterklassen um so schneller zum Klassenbewußtsein zu bringen! —

Er ist wirklich abgereist!

Das offiziöse Despechenbureau meldet: Der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dernburg trat heute vormittag mit dem Chef des Kommandos der Schutztruppen Oberstleutnant Quade, dem Geheimen Raurat Valher und dem Mittelmeister Grafen Hensel v. Donnerstern die Ausreise nach Deutsch-Ostafrika an. Die Rückkehr des Staatssekretärs Dernburg wird voraussichtlich in der ersten Hälfte des November erfolgen.

Da auf die Hin- und Rückreise circa sechs Wochen entfallen, wird sich Dernburg etwa zwei Monate in Afrika aufhalten können. Dafür wird er sich dann als afrikanischen „Sachverständigen“ gerieren und mit um so größerem Schein die kolonialpolitischen Kolonialprojekte vertreten.

Mit Dernburg begibt sich ein ganzer Schwarm von fingerfertigen Journalisten auf die Reise. Dernburgs Vertrauensgenosse und hingebender Eifer wird also bald mit der überwältigenden Tropennatur unserer herrlichen Kolonie um die Wette gefeiert werden! —

Terrorismus durch die Postverwaltung.

Von einem argen Stück Terrorismus der Postverwaltung gegen einen Arzt berichtet die „W. Z.“ am Mittwoch. Danach ist der praktische Arzt Dr. Schellenberg in Wiesbaden, Vertrauensarzt der Postverwaltung, durch die Postverwaltung befragt, wie er bei der Reichstagswahl gestimmt habe. Dr. Schellenberg lehnte das Annehmen, solche Frage zu beantworten, ab. Darauf erhielt er mit der Post die Kündigung seines Vertrages per 1. Oktober. Auf seine Anfrage nach der Ursache wurde ihm mitgeteilt, daß seine Abstimmung bei der Reichstagswahl hierzu Veranlassung gegeben habe. Die Verzeugs-Vertragskommission habe die nötigen Schritte eingeschlagen, um die Folgerungen aus dem Vorgehen der Postbehörde zu ziehen. Verhandlungen der Oberpostdirektion mit anderen Wiesbadener Ärzten zwecks Uebernahme der Stellung scheiterten, weil die Kollegen sich mit Dr. Schellenberg solidarisch erklärten. Der Leipziger Ärzteverband soll nunmehr die Stellung des Wiesbadener Postarztes sperren. Daß der Leipziger Ärzteverband einen solchen ansüßigen und verächtlichen Schritt unternehmen wird, möchten wir doch bezweifeln. Eine Verfüllung der Meldung der „W. Z.“ am Mittwoch liegt uns nicht vor. Wir vermögen an ihre Richtigkeit noch nicht zu glauben. Denn eine derartige Gesinnungsschwäche würde weit über das hinausgehen, was wir selbst dem ausgelassenen Reaktionsärztrouten zutrauen. Ist schon die Gesinnungsschwäche Beamten gegenüber zwecks Beförderung, Begünstigung oder Verächtlichmachung der Verfragten eine verwerfliche, dem Anstand, ehrlichen Charakteren und dem Gelingen zuwiderlaufende Handlung, die nur von feigen Gesinnungslosen empfohlen und nur von gesinnungslosen Leuten erwartet werden kann und zur Heuchelei und tiefster Herabsetzung der Beamten führen muß, so ist ein solches Verhalten Personen gegenüber, die mit dem

Staat in einem Vertragsverhältnis stehen, noch mehr zu verurteilen. Die Beamten sind des Staates, der Staat nicht der Beamten halber da. Freiheit der politischen Meinung und Betätigung ist eine Forderung, die der Staat aufstellt. Beamte, die dieser Freiheit entgegengetreten und so ihr Amt gebrauchen, um gegen eine der Grundlagen der bestehenden und jeder vernünftigen Staatsordnung sich zu vergehen, dürfen keinen Anspruch darauf haben, gar noch von den Wählern erhalten zu werden, deren Rechte sie aufs tiefste verletzen.

Auch ein Stellvertreter Gottes.

Wegen ungläubiger Roheiten gegen seine Braut hatte sich der Witzfeldwibel Karl Schneider vom 2. Infanterieregiment vor dem R. A. n. e. r. Kriegsgericht zu verantworten. Die Brutalitäten, die Schneider gegen seine Braut verübte, sind so grausamer und zynischer Natur, wie man sie von dem vollkommensten Menschen kaum erwarten kann, wieviel weniger noch von einem Untertoffizier, dem sowasviel Soldaten untersteht. Schneider hatte im Jahre 1905 mit der Inhaberin eines Delikatessengeschäftes Marie Karl ein Verhältnis angeknüpft, dem im Laufe der Zeit zwei Kinder entsprossen. Im Jahre 1905 verlobte er sich mit der Karl. Von nun an hatte aber diese ein trübes Dasein. Schneider führte ein ausschweifendes Leben und knüpfte überall Liebesverhältnisse an, auch mit verheirateten Frauen, da er seiner bisherigen Braut überdrüssig geworden war. In zynischer Weise gab er dem verzweifelnden Mädchen von seinem Treiben Kenntnis und zwang es sogar, mit seinen neuen Geliebten zusammenzukommen und zu verkehren. Dazu schlug er sie in roher unmenschlicher Weise, um damit seinen anderen Verhältnissen eine Freude anzutun und sich selbst im Wohlstand aller Macht zu zeigen. Vor Gericht wurden durch Zeugen haarsträubende Szenen geschildert. Die ehemalige Braut des Witzfeldwibels sah dabei zusammengebrochen in einem Lehnstuhl, trotz ihrer jungen Jahre schon ein zugrunde gerichtetes Weib. An einem Oktobersonntag des vergangenen Jahres kam Schneider in die Wohnung seiner Braut, die ihn bat, doch mit ihr spazieren zu gehen. Mit zynischem Lachen lehnte Schneider das ab, da er bereits zwei verheirateten Frauen versprochen hätte, heut mit ihnen zusammen zu sein. Das Mädchen beschwor ihn, doch nicht zu den Frauen zu gehen und wollte ihn in der Wohnung zurückhalten. Da fahle ihn die Wut; er packte das Weib an den Haaren, riß sie in der Stube hin und her und schleuderte es endlich mit einem Fußtritt in eine Zimmerdecke, wo es bewußtlos liegen blieb. Ein paar Wochen darauf besuchte die Karl ihren Brautigam in der Kaserne. Der liebenswürdige Herr empfing sie mit den Worten: Das ist ja schön, heut komm ich auch mein anderer Schatz. Tatsächlich trat auch seine neue Geliebte bald darauf zur Tür ein. Um dieser nun zu zeigen, wie er mit der Karl umzugehen pflegte, packte er diese am Hals, würgte sie, bis ihr die Luft ausging und warf sie schließlich mit einem Stoß aufs Bett, wo sie ächzend liegen blieb. Im Februar d. J. teilte die Karl ihrem Brautigam mit, daß sie sich zum dritten Male als Mutter fühlte. Dieser Umstand konnte den Schneider aber nicht milde stimmen. Er schlug auch jetzt noch in roher Weise auf das Mädchen ein. Von der Schwester der Karl, einem 18jährigen Lehnmädchen hat er 60 M. geborgt, das ganze erparste Geld des jungen Mädchens. Als nun seine Braut für das Lehnmädchen im März 3 M. zurückverlangte, warf er ihr die 2 M. ins Gesicht und teilte ihr zugleich mit, daß er die Osterfeiertage in Gesellschaft eines anderen Mädchens verbringen werde. Als seine Braut weinend auf ihren Zustand hinwies, und ihn bat, doch bei ihr zu bleiben, entgegnete er niederrützig: Was geht mich Dein Zustand an, ich kann Dich nicht mehr brauchen, ich muß alle vier Wochen eine andere haben. Das Mädchen, das trotz aller Roheiten noch immer an dem Wurschen hing, wollte ihn mit Gewalt festhalten und hat ihn schließlich, sie nicht im Stiche zu lassen. Da ergriff Schneider seinen Säbel und schlug unmenschlich auf sie ein, so daß sie noch nach 14 Tagen am ganzen Körper blau und grün war. Nur wie durch ein Wunder entging sie dem Tode. Am 14. April d. J. schickte Schneider seinen Schandboten die Krone auf. Die Karl hatte allmählich eingeschlagen, daß Schneider für sie verloren sei und begab sich noch einmal zu ihm, um sich mit ihm auseinanderzusetzen. Als sie ins Zimmer trat, zeigte ihr Schneider gleich eine Photographie mit den Worten: Siehst Du, das ist meine neue Braut, die ich jetzt besuchen werde. Das gequälte Weib konnte sich nicht mehr halten und schlug dem Anhold mit dem Regenschirm über den Kopf. Schneider bearbeitete nun das hochschwängere Mädchen in furchtbarer Weise, indem er blindlings auf sie einschlug. Seinem Wurschen gegenüber bezeichnete er das am Boden liegende blutende Weib als Strahenbirne. — In der Verhandlung macht das Mädchen ihre Aussagen mit schwacher Stimme, die oftmals durch einen Tränenstrom unterbrochen wird. Schneider leugnet mit größter Frechheit alles ab. Und als ihm das Weib in größter Erregung entgegenruft: Schau mich an, Du Feigling, wie ich aussehe und wie ich ruiniert bin und leugne noch einmal, wenn Du die Stirne dazu hast. Schneider blieb trotzdem weiter bei seinem Leugnen und lachte nur frech zu allen Feststellungen. Schließlich versiegte er sich sogar dazu, zu behaupten, seine Braut habe auch mit anderen Männern noch verkehrt. Der Anklagevertreter geißelt in scharfsten Worten die Niedertracht, Gemeinheit und Missetat des Schneider und beantragte eine Gefängnisstrafe von 13 Monaten und Degradation.

Das Gericht verurteilte den Schneider zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Von einer Degradation wurde abgesehen! Dagegen wurde Schneider sofort festgenommen. Es ist unglücklich, daß man einen solchen Kerl noch auf Kreuten loslassen will. —

Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben, im Reichslande allerdings nur die jüdische und die katholische Konfession, den Protestanten ist es nämlich durch Landesgesetz gestattet, aus ihrer Religionsgemeinschaft auszutreten; nicht aber den Katholiken und den Juden. Ueber ein Besuch des Verbandes süddeutscher Freidenker-Vereine, auch den Katholiken und Juden den Austritt aus ihren Religionsgemeinschaften zu ermöglichen, ging die zuständige Kommission des Landesausschusses einfach zur Tagesordnung über.

Unter Zentrumsbüchern.

Während des letzten Reichstagswahlkampfes war im ultramontanen „Zentral-Vollblatt“ in Arnberg wiederholt zu lesen, derjenige, der sich über die Person und die Vergangenheit des Kandidaten Fudangel (Arnberg-Orpo-Weschede) näher unterrichten wolle, möge in der Redaktion des „Zentral-Vollblattes“ vorsprechen und von den dort aufliegenden Akten Kenntnis nehmen. Der Anforderung ist eine Anzahl Personen auch gefolgt. Fudangel hat darauf den Redakteur des genannten Zentrumsblasses verlobt. Die Verhandlung fand dieser Tage am Schöffengericht in Arnberg statt. Es war bloß ein Zeuge geladen, der in der Redaktion des „Zentral-Vollblattes“ war und sich die Akten hat vorlesen lassen. Das geschah aber nicht durch den Redakteur, sondern durch den Arbeitersekretär Weher, und zwar in Gegenwart des Reichstagsabgeordneten Wecker, dem damaligen Gegenkandidaten Fudangels. Jetzt will Fudangel weitere Zeugen laden lassen zum Beweise, daß der Redakteur des Zentrumsblasses die Akten einer Anzahl Personen gezeigt hat, sowie zur Aufdeckung gewisser anderer Machinationen in dem Verleumdungsfeldzug — wie es in Fudangels Blatt, der „Westdeutschen Volkszeitung“, heißt. —

Amerikanische Toleranz. In den meist katholischen Gemeinden Lothringens geht die religiöse Verheerung und Intoleranz soweit, daß man verstorbene Protestanten auf den gemeinsamen Friedhöfen in besonderen Abteilungen, ähnlich den Selbstmördern, beerdigt. Wegen dieses Unfug wendet sich nun eine kürzlich er-

lassene Verfügung des Bezirkspräsidenten von Lothringen, in der bestimmt wird, daß Protestanten und Katholiken in solchen Orten in einer Reihe zu bestatten sind, wo die Trennung eines katholischen und protestantischen Friedhofes wegen der Minderzahl der Angehörigen dieser oder jener Konfession nicht befürdlich genehmigt wurde. Gegen diese selbstverständliche Verfügung hat das bischöfliche Sekretariat des Bischofs Metzler in Metz Beschwerde beim Statthalter eingelegt.

Der Vorgang zeigt wieder, wie notwendig es ist, die Friedhöfe jedem Einfluß der Kirche zu entziehen. —

Berichtigung. In die Notiz: „Eine Kommission zum Studium des Eingeborenenrechts der deutschen Schutzgebiete“ der gestrigen Nummer (Hauptblatt, unter der Rubrik „Politische Uebersicht“) hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Der Vorsitzende der Kommission heißt nicht Köhler, sondern Kohler.

Schweiz.

Büsch, 13. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die konstituierende Sitzung des Großen Stadtrates, des Parlamentes von Büsch, hat Genossen Robert Seidel zum Präsidenten gewählt. Die bürgerlichen Parteien überließen der starken sozialdemokratischen Partei keinen Sekretär, wogegen der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion Protest erhob, was eine erregte Szene veranlaßte. Die übrigen Wahlen vollzogen sich in Ruhe.

Frankreich.

Die Debatte über die Einkommensteuer.

Paris, 12. Juli. (Fig. Ver.) Die Verhandlung über die Einkommensteuer, die so schlüssig eingeleitet hatte, hat durch zwei Reden einen großartigen Charakter erhalten. Am Mittwoch verteidigte der Finanzminister Caillaux in glücklicher Weise seinen Entwurf, gestern setzte sich Jaurès mit dem Aufgebot seiner ganzen Beredsamkeit für die Reform ein. Caillaux hatte sein Werk besonders gegen die Winterei auf der linken, die Clique Sarrien's, zu verteidigen und nicht minder gegen die von der kapitalistischen Tagespresse aller Kulturgrade — vom „Temps“ bis zum „Matin“ — betriebene Demagogie. Er tat es mit Energie und Klarheit und mit redlichem Sachwissen. Jaurès legte besonderen Nachdruck auf den Beweis, daß die Einkommensteuer allen arbeitenden Volkselementen, nicht nur den Kleinbauern zugute kommen werde. Seine vergleichenden Ausführungen über die wirtschaftliche Gliederung Frankreichs und Englands berichtigten manche hergebrachte Meinung, namentlich die, daß Frankreich wohl ein Land der mittleren Eigentümer sei, aber weniger großkapitalistischen Charakter zeige. Im prinzipiellen Teil seiner Rede hob Jaurès hervor, daß nicht ein einziger Sozialist die Einkommensteuer für ein Mittel zur Umgestaltung der Gesellschaft halte. Doch habe dieses Steuersystem einen wirklichen Wert, da es einige der Ungleichheiten und Leiden der bestehenden Ordnung lindern könne. — Mit dieser Erklärung hat Jaurès der Politik der bürgerlichen Presse, die gegen ihn die von einigen Parteigenossen geäußerten abweichenden Anschauungen über die Einkommensteuer auspielt, die Spitze abbrechen wollen.

Die Debatte hat trotz einer langen, sich in Details verkerenden Rede des Deputierten Roche, des finanzpolitischen Sachmannes der reaktionären Bourgeoisie, mit einem unbestreitbaren moralischen Erfolg der Reform geendet. Darüber hinaus von der jetzigen Kammer noch etwas zu erwarten, dazu muß man allerdings einen festen Optimismus haben. —

Vom Gewerkschaftskampf der Lehrer.

Paris, 12. Juli. (Fig. Ver.) Auch bei der Stichwahl, die für ein Mandat des Departementalrats notwendig gewesen war, haben die organisierten Lehrer gesiegt. Trotz der von der Brändischen Clique geleiteten Preffion drang Genosse Couzinié mit 193 Stimmen gegen den gewerkschaftsfeindlichen Kandidaten durch. Der 188 Stimmen erhielt. So hat die Wahlkampagne mit einem vollständigen Siege der Gewerkschaftspartei unter den Lehrern geendet. Sie hat aber auch der gewerkschaftlichen Propaganda und der Erweckung des proletarischen Bewußtseins in der Lehrerschaft ausgezeichnet gedient. —

Italien.

Die Kammer.

Eine soeben herausgebrachte Publikation gibt Auskunft über die Tätigkeit der gegenwärtigen Kammer in den letzten 3 Jahren. Am 1. Dezember 1907 wird das Parlament eine dreijährige Legislaturperiode hinter sich haben. In dieser Zeit sind nicht weniger als 4 Ministerien gekommen und gegangen, und das fünfte ist an der Reihe; es sind das erste Ministerium Giolitti, zwei Ministerien Fortis, das Ministerium Sonnino und das gegenwärtige Ministerium Giolitti. Im italienischen Parlament nehmen, wie auch im französischen, die Anfragen und Interpellationen einen sehr breiten Raum ein. In der bezeichneten Periode wurden denn auch nicht weniger denn 3546 Anfragen und Interpellationen gestellt, wovon 1008 erledigt, der Rest zurückgegeben oder verworfen ward. Gesetzesentwürfe der Regierung, Initiativentwürfe der Kammer und des Senats wurden insgesamt 910 eingebracht, von denen 715 zur Annahme gelangten. Die Zahl der eingebrachten Petitionen betrug 338. Die Kammer hielt 418 öffentliche und 4 geheime Sitzungen ab. Von den Abstimmungen waren 34 namentlich.

Wenn es auf die Masse allein ankäme, dann könnte das italienische Volk mit den Arbeiten seines Parlaments zufrieden sein. In Wirklichkeit hat die italienische Gesetzgebung für das Volk in der ganzen langen Periode so gut wie gar nichts geleistet. —

Gewerkschaftliches.

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.

Der Verband der Tabakarbeiter sieht sich veranlaßt, die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft in den Kämpfen, die er um Verbesserung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter zu führen genötigt ist, in Anspruch zu nehmen.

Seit der Absperrung der 4000 Zigarettenarbeiter und -Arbeiterinnen im Jahre 1905 in Dresden hat der Verband ununterbrochen Kämpfe zu führen und Angriffe der Unternehmer abzuwehren gehabt. Die Zigarettensteuer wurde vielfach von den Unternehmern benutzt, die ohnehin erbärmlichen Löhne der Arbeiterschaft der Zigarettenindustrie noch weiter herabzudrücken. Die Zollgesetzgebung, die eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel zur Folge hatte, traf die Arbeiter der Tabakindustrie weit härter noch, als die übrige Arbeiterschaft, weil in dieser Industrie die Löhne am niedrigsten sind und infolge der Hausindustrie und des Niedrigens der Tabakfabriken auf das flache Land die Widerstandskraft der Arbeiter nur sehr gering ist.

Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes versuchte nun, um weite Schichten der Arbeiterschaft der Tabakindustrie vor vollständiger Degeneration zu bewahren, in den Bezirken, in welchen die erbärmlichsten Löhne gezahlt werden, eine Lohn-erhöhung durchzusetzen. Aber nicht nur, daß jeder Pfennig Lohn-erhöhung durch langandauernde Streiks erkämpft werden mußte, wodurch die finanziellen Mittel des Verbandes aufs äußerste in Anspruch genommen wurden, suchten die Unternehmer das Drängen der Tabakarbeiter nach einem menschenwürdigen Dasein durch Absperrungen abzuwehren. So sind seit fünf Wochen 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen in Gießen ausgeperrt und verlangen die Unternehmer nicht geringeres, als den Austritt der Ausgeperrten aus dem Verband der

Tabakarbeiter. Preisgabe der Organisation, welche allein in der Lage ist, den ungeheuren Schaden, den die Zollgesetzgebung der Arbeiterschaft der Tabakindustrie gebracht hat, einigermaßen herabzumindern, verlangt das Unternehmertum.

Neben dieser Aussperrung hat der Verband noch in 15 Orten Kämpfe zu führen und ist das Verlangen des Vorstandes, hierbei von der gesamten Arbeiterschaft unterstützt zu werden, deshalb durchaus berechtigt.

Nachdem die Mehrheit der Vorstände der Zentralverbände der Ausschreibung einer Sammlung zugestimmt hat, richten wir an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der im Kampf befindlichen Tabakarbeiter leisten zu wollen.

Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden, und bitten wir für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

Adresse: S. Kube, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 IV.
Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besonders Quittungen werden den Einlegendern nicht zugestellt.

Mit Gruß
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
C. Regien.
Berlin, 11. Juli 1907.

Sammellisten werden von der Generalkommission nicht ausgegeben. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsstellen werden ersucht, die Sammlungen gemäß den für die einzelnen Organisationen getroffenen Bestimmungen zu organisieren, und wo dies notwendig ist, selbst Sammellisten herauszugeben.

Berlin und Umgegend.
Die Verhütung des Herrn Prasse. Auf den Brief der Firma O. Prasse, Blücherstr. 81, erklären die von ihm entlassenen Arbeiter:

1. Es ist unwar, daß gegen Ortlepp agitiert wurde.
2. Es ist unwar, daß derselbe zur Organisation herangezogen werden sollte.
3. Es ist unwar, daß Prasse sagte: „Sie wissen ja, was Sie zu tun haben.“ Wahr ist vielmehr, daß Prasse sagte: „Ihr könnt alle aufhören.“
4. Es ist ferner wahr, daß Prasse das verbotene Eingreifen der Organisationsleitung schroff ablehnte.

Der Kleinkrieg um die Arbeitswilligen.

Nach all den Bemühungen der Unternehmer, zum 1. Juli so viele Arbeitswillige heranzubringen, daß wenn irgend möglich, die Bautätigkeit in vollem Maße wieder aufgenommen werden konnte, bei den großen Hoffnungen, die sie auf diesen Tag setzten, ist es leicht begreiflich, wenn die organisierte Bauarbeiterschaft dem Tage mit gemischten Gefühlen entgegen sah. Wenn man auch wußte, daß der Einfluß der Gewerkschaften im Reich wie im Ausland so stark war, daß die Unternehmer ihr Ziel sicherlich nicht erreichen konnten, so war nicht vorauszusetzen, ob nicht doch aus den dunkelsten Gegenden eine solche Zahl Streikbrecher herbeigeschafft wurde, daß der Kampf schwerer wurde und um so größere Opfer erforderte. Aber der kritische Tag ist vorübergegangen und hat der kämpfenden Bauarbeiterschaft statt Erleichterungen eigentlich nur mehr Arbeitsgelegenheit zu den neuen Bedingungen gebracht. Obwohl die bürgerliche Presse im Reich, und namentlich die Amtsblätter, sich rechtlich oder besser gesagt unredlich, bemühten, aller Welt weizumachen, der Zustand in Berlin sei beendet, die Arbeit sei am 1. Juli in vollem Umfang wieder aufgenommen, war die Zahl derer, die sich täuschen oder sonst zu Streikbrecherdiensten amwerben ließen, so gering, daß manche Unternehmer gerade dadurch einsehen lernten, daß es vergeblich war, den Forderungen noch länger Widerstand zu leisten. Das zeigte sich, wie die gestern im „Vorwärts“ veröffentlichten Zahlen beweisen, ja auch recht deutlich im Zimmerergewerbe. Wenn da ein Zimmermeister 40 Gesellen braucht und erhält nur einen und noch dazu einen, der besser mit der Schnapskelle als mit der Arbeit vertraut ist, so ist es ja kein Wunder, daß er lieber die Forderungen unterschreibt, statt sich sein Geschäft ruinieren zu lassen.

In der Zimmererversammlung am Freitag führte Knüpfer auch die Zahlen an, die den Organisationsleitungen von vertrauenswürdigster Seite über die angeworbenen Arbeitswilligen mitgeteilt worden waren. Mit Genugtuung konnte er feststellen, daß diese Zahlen durchaus mit den jetzt in der Unternehmerpresse veröffentlichten übereinstimmen. Für den Zimmererberuf sind bis jetzt im ganzen 232 Arbeitswillige gemeldet. Man irrt sich aber, wenn man glaubt, daß diese nun alle noch in Arbeit stehen, so verhältnismäßig gering ihre Zahl auch ist. War viele sind wieder abgereist, überzeugt davon, daß es ein schändliches, sie selbst wie die Allgemeinheit schädigendes Treiben wäre, wenn sie ihren Berliner Kameraden den Kampf erschwerten. Alle Mithilfe der Unternehmer, die Arbeitswilligen vor jeder Aufklärung zu behüten, ist in den meisten Fällen vergeblich. Selbst durch die streng bewachten Tore des Kasernenquartiers oder Arbeitswilligengefängnisses am Elisabethufer 44, wo Kisten voll Zigarren und Zigaretten, Bier im Ueberfluß und ein schöner großer Phonograph die bewährtesten unwissenden Leute bei Laune erhalten und für die Freiheitsberaubung entschädigen sollen, vermag die Aufklärung, der Gedanke der Solidarität zu dringen. Selbst von diesen dort Eingesperrten, die freilich keine größere Masse bilden, als daß sie nicht im Kremsier nach der Arbeitsstelle und zurück befördert werden können, ist es gelungen, dem Unternehmertum eine Anzahl abtrünnig zu machen.

Aber die meisten Arbeitswilligen, die man von auswärts heranzubringen sucht, kommen gar nicht so weit, dort oder anderswo untergebracht zu werden. Berliner Kollegen, im voraus von ihrer Abfahrt unterrichtet, reisen ihnen entgegen, und kommen sie wirklich bis Berlin, so landen sie meist am Engelufer 15, überzeugt von der Verwerflichkeit ihres Vorhabens.

Es war ein kleiner Zimmermeister aus der Gegend von Meßeritz, der suchte in seiner Heimat für eine Berliner Firma Arbeitswillige anzuwerben. „Am Sonntag reise ich mit den letzten Zimmerern nach Berlin“, verkündete er. „58 Morgen Bauterrain hat unsere Firma. Das ganze Jahr über ist Arbeit. Auch Maurer können sich melden. Unser Geschäft hat fortgesetzt weitergearbeitet.“ — Er hatte glücklich 9 Mann zusammengebracht. Als er aber in Berlin ankam, da konnte er der Firma nur noch 2 Lehrburschen präsentieren. Alle anderen hatten es vorgezogen, Berlin wieder den Rücken zu kehren. Gleich darauf kam ein Trupp von 4 Maurern und 2 Zimmerern aus der Gegend von Prag. Sie wurden bis ins Kasernenquartier am Elisabethufer gebracht. Aber sie kamen wieder heraus und fanden den Weg nach dem Engelufer. Sehr schlau, aber doch nicht schlau genug hatten 2 Streikbrecherwerber einen Transport aus Oberschlesien arrangiert. Es waren 10 Zimmerer. Man hätte ihnen gesagt, daß sie auf der Reise auf keine Frage Antwort geben sollten, oder doch nichts anderes sagen, als daß sie Landarbeiter seien, die nach Stettin reisten. Danach handelten sie. Die Berliner Kameraden, die ihnen entgegen reisten, sagten ihnen auf den Kopf zu: „Ihr lügt ja, Ihr seid doch Zimmerer.“ Aber es nützte nichts; sie leugneten. Doch ihr schneides, bedrücktes Gebaren zeigte nur zu deutlich ihre Bestimmung an. Morgens 1/2 Uhr erreichte man den Bahnhof Friedrichstraße. Hier wurde ausgesteiegen. Von den Arbeitswilligen ging einer in dieser, der andere in jener Richtung, aber schließlich fanden sich doch alle in ein und demselben Hotel am Oranienburger Tor ein. Dort liehen sie ihr Gepäck. Dann ging man in eine Gastwirtschaft zum Kaffeetrinken. Die Berliner blieben selbstverständlich nicht zurück. In der Wirt-

schaft kam es zu einem Wortwechsel zwischen einem der Berliner Zimmerer und dem einen der beiden Begleiter der Arbeitswilligen, einem Bautechniker. Der glaubte sich beleidigt, verlangte Feststellung der Personalien seines Gegners. Beide gingen nach dem Polizeibureau. Als man von dort zurückkam, waren inzwischen 8 der Arbeitswilligen in zwei Droschken unter zuverlässiger Begleitung nach dem — Engelufer abgefahren. Die übrigen beiden suchte nun der Bautechniker zu reiten. Er fuhr mit ihnen in der Droschke davon; Berliner Zimmerer folgten in gleicher Weise. Am Bahnhof Friedrichstraße wurde aussteiegen. Dann folgte ein Dauermarsch im schnellsten Tempo bis nach dem Hochbahnhof Bülowstraße; von hier wieder Droschkenfahrt. Nach vergeblichem Warten vor einer Polizeistation und abermaliger Droschkenfahrt verschwanden die beiden Arbeitswilligen schließlich in einem Privathause in Schöneberg. Aber selbstverständlich nicht auf immer. Sie kamen wieder heraus, trafen ihre geduldig wartenden Berliner Kameraden, stiegen mit ihnen in die Droschke, fuhren zunächst zurück nach dem Hotel, um ihre und ihrer Reisegefährten Gepäck zu holen, und dann — nach dem Gewerkschaftshaus, wo die übrigen 8 Oberschlesier schon lange eingetroffen waren und freundliche Aufnahme gefunden hatten. Der Bautechniker mußte mit leeren Händen zu seiner Firma zurückkehren. Die Solidarität der Arbeiter hatte wieder einmal gesiegt. Wo sich die Macht des Organisationsgedankens der Arbeiter so stark erweist, ist es leicht begreiflich, daß die Unternehmer, selbst die organisierten, dem nicht widerstehen können. Am Freitag waren es, wie Knüpfer mitteilt, 88 der Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte, die die Forderungen der Bauarbeiterschaft bewilligt hatten, unter ihnen 37, die für das Zimmerergewerbe in Betracht kommen, in dem ja im ganzen am selben Tage 663 Bewilligungen zu verzeichnen waren. Stünde ihre Sache nicht so günstig, so hätten die Zimmerer auch sicherlich nicht die Herabsetzung ihres Streikbeitrages von 75 auf 25 Pf. beschloffen.

Ein Schwogel.

Herr Regierungsbaumeister Dörnecke hat die Ausführung der Kochherde auf seinem Bau Tille Wardenbergstr. 3/4 dem ganzlich mittellosen angehenden Töpfermeister Krüger, Schöneberg, Eisenacherstr. 61, übertragen. Die Töpfer konnten von Herrn Krüger ihr Geld nicht erhalten. Sie nahmen an — man hat wohl das Gefühl bei ihnen erweckt oder bestärkt — daß Herr Regierungsbaumeister Dörnecke Herr Krüger finanziell im Stich gelassen hätte. Wie dem auch sei, da die Arbeiter nicht von der Luft leben können, sperrte der Verband den Bau Tille Wardenbergstr. 3/4. Herr Dörnecke schickt uns nun eine eidesstattliche Versicherung seines Wuchalters, wonach er Herrn Krüger außer Lieferung sämtlicher Materialien 550 M. für die Arbeit versprochen und ihm 298 M. a conto gezahlt habe. Die Sperrung seines Baues veranlaßte den Herrn Regierungsbaumeister, sich nach einem anderen „Töpfermeister“ umzusehen, mit welchem Erfolg, zeigt folgende Bekanntmachung der Verbandsleitung:

Achtung! Töpfer!
Die gesperrte Firma Regierungsbaumeister Gustav Dörnecke hat den Töpfermeister Fritz Krüger, welcher den gesperrten Bau Tille Wardenbergstraße bis jetzt für die Firma ausführte, abgehoben und den Bau an den Töpfermeister Kunge, Weigtstraße, übertragen. Kunge ist aber ebenfalls noch seit dem Frühjahr her von uns gesperrt. Der Bau ist darum auf alle Fälle zu meiden.

Die Verbandsleitung.
Warum Herr Regierungsbaumeister Dörnecke sich, wenn er die Materialien selbst liefert und den Lohn a conto zahlt, überhaupt noch zu einem Verkehr mit den Arbeitern einer überflüssigen Mittelsperson bedient, in deren Händen das Geld ganz oder wenigstens teilweise als „Unternehmergewinn“ liegen bleibt, ist uns unklar. Hätte er die Arbeit den Töpfern direkt übergeben und bezahlt, dann wäre sie längst fertig.

Achtung! Militärsattler! In der Militärsattlerfabrik von Franz Prekel u. Co., Große Hamburgerstr. 32, sind wegen erfolgter Abzüge Differenzen ausgebrochen. Wir eruchen die Kollegen, jeglichen Bezug nach dieser Werkstätte fernzulegen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler.
Achtung! Steinarbeiter Berlin I. Wegen Maßregelung eines Kollegen ist die Firma G. Vetter, Am Bahnhof Kuttlichstraße, gesperrt. Arbeitsangebote sind zurückzuweisen.

Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Textilarbeiterausperrung in Landeshut.
Landeshut i. Schl. (Privatbesitz des „Vorwärts“.) Die Textilarbeiterin Meßner und Frahm verlangen bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Die Streikenden lehnten das Ansuchen einstimmig ab. Hierauf wurde durch Anschlag die Aussperrung sämtlicher Arbeiter für Montag bekanntgegeben. Die Betriebe sehen somit still.

Eine neue Lohnbewegung scheint sich auf der „Königshütte“ vorzubereiten. Die Verwaltung zahlt den Hochofenarbeitern bis zu einer bestimmten Tonnenzahl Kohleisens „volles“ und für die darüber erzielte Tonnenzahl nur „halbes“ Gehälte. Die Arbeiter sind damit nicht zufrieden und wollen um Festsetzung eines Normal-Durchschnitts-Gehältes vorstellig werden. Ferner erhalten sie für die Sonntagsarbeiten, die im Hochofenbetriebe unerlässlich sind und deshalb regelmäßig verfahren werden müssen, zu ihrem gewöhnlichen Gehälte-Schichtlohn einen Aufschlag von 50 Proz. Die Arbeiter sind jedoch jetzt dahinter gekommen, daß dieser Aufschlag keinen Mehrverdienst bedeutet, weil er aus der den ganzen Monat über ins Verdienen gebrachten Summe entnommen wird. Der Arbeiter müßte daher, wenn ihm am Sonntag nur eine Schicht gutgeschrieben würde, im ganzen Monat genau ebensoviel verdienen, als wenn er 1 1/2 Schicht erhält, nur würde sich der Tagesverdienst etwas erhöhen, weil der Monatsverdienst durch eine geringere Anzahl von Schichten zu dividieren wäre. Die Arbeiter erhalten also im Grunde genommen für die Sonntagsarbeit keine besondere Entschädigung und wollen daher an die Verwaltung mit dem Ersuchen herantreten, diese Frage klarzustellen. Gerade der Hochofenbetrieb erfordert einen Stamm erfahrener und abgehärteter Arbeiter, die ein außerordentlich schweres Tagewerk zu bewältigen haben, und da die Hochofenanlage ständig im Betriebe erhalten werden muß, wenn nicht schwere Verluste eintreten sollen, so ist die in der Vorbereitung begriffene Lohnbewegung auch für Fernstehende von hohem Interesse.

Lohnbewegung im Erfurter Baugewerbe. Obgleich der Kampf nun schon 10 Wochen dauert, ist noch keine Aussicht vorhanden, daß derselbe beigelegt werden könnte. Die Ende Mai angebahnten Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Obgleich versprochen wurde, dieselben nicht wieder abzubrechen, hat es der Arbeitgeberbund bis heute noch nicht für notwendig erachtet, auf den ihm von den Arbeitnehmerorganisationen unter dem 21. Juni unterbreiteten Vermittlungsvorschlag zu antworten. Zu dieser Stellungnahme sind die Arbeitgeber jedenfalls nur durch die kleinen Erfolge ihrer Drohung: „Heranziehung ausländiger Arbeitskräfte“ veranlaßt worden. Daß sie jedoch nicht in der Lage sind, ihren Bedarf zu decken, geht aus dem fortwährenden Annoncieren in Erfurter und auswärtigen Zeitungen hervor, in denen Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer zu gewissen Stundenlöhnen und für Akkordarbeit nach Erfurt gesucht werden. Um dieselben sicher zu machen, lanciert man noch die unwahren Mitteilungen in die bürgerlichen Mäler und speziell in auswärtige, der Kampf im Erfurter Baugewerbe sei beendet. Daher wende man sich nicht, wo dieses geschieht, betreffs Aufschluß über den Stand des Kampfes an die Streikleitung der drei Berufe in Erfurt, Magdeburgerstr. 51, Tivoli. Der Stand des Kampfes ist also ein guter zu bezeichnen. Drei Viertel der am Streik Beteiligten sind abgereist resp. anderweitig untergebracht und 50

arbeiten zu den neuen Bedingungen. — Mit den den Arbeitgebern zur Verfügung stehenden circa 250 Arbeitswilligen aller drei Berufe inklusive der bis jetzt herbeigeschafften Italiener, gegenüber 2000 Arbeitnehmern, welche vor dem Kampfe gearbeitet haben, werden die Unternehmer wohl nicht in der Lage sein, die Bauarbeiter Erfurt zwingen zu können, die Arbeit zu ungunstigen Bedingungen oder erfolglos aufzunehmen. Vielmehr halten dieselben ihren letzten Vermittlungsvorschlag aufrecht. Solange die Arbeitgeber daher ihren Standpunkt nicht ändern, sind auch die noch jetzt am Kampfe Beteiligten bereit, auszuharren. Zugunsten der Bauarbeiter ist daher nach wie vor von Erfurt streng fernzuhalten.

Zur Steigerbewegung im Ruhrkohlengebiete.

Die kürzlich ins Leben gerufene Organisation der Grubenbeamten macht erfreuliche Fortschritte. So fand vor einigen Tagen im „Köln Hof“ zu Dortmund eine Versammlung statt, an der rund 800 Steiger teilnahmen. Der gemäßigtere Steiger Werner, der Vorsitzende dieser neuen, für die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiete wiederbesprechenden Organisation, verwies seine Kollegen auf die Organisationen der Arbeiter, wies hin auf die durch die Organisationen erlangten Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis und stellte überhaupt seinen Kollegen, den Grubenbeamten, die Organisationen der Arbeiter sowohl in prinzipieller wie tatsächlicher Hinsicht (also als Kampfsorganisationen) als nachahmenswertes Muster hin, nach welchem sich die Steigerorganisation, wolle sie etwas für die Gesamtheit der Grubenbeamten erreichen, richten möge. Das charakteristische der augenblicklichen Situation sowie der neuen Bewegung überhaupt war, daß sich sämtliche zu der Angelegenheit aufernden Redner im Sinne des gemäßigteren Vorsitzenden aussprachen. Noch vor ganz kurzer Zeit hätte man so etwas einfach für unmöglich gehalten.

Daß der kapitalistische Raubtiergeist sofort wußte, „was die Glocke geschlagen“, nachdem die bisher als feste Säule der Kohlenherten angesehenen Grubensteiger angingen, sich zusammenzuschließen, ist eigentlich selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich aber ist, daß mit der Erkenntnis der Sachlage das Grubenkapital darauf bedacht war, Gegenminen zu legen — parallel den üblichen plumpen Maßregelungen. Als eine solche Gegenmine gegen die Organisation der Steiger betradhten nun diese nicht mit Unrecht die unter der kapitalistischen Riechermaske geplante Gründung einer neuen Vergshule direkt im Kohlenrevier. Die Gründung einer neuen Vergshule bedeutet eine Verdoppelung der Heranbildung geschulter Grubenbeamten und somit die Schaffung einer Reserve-Armee geschulter Steiger, die dann zu gegebener Zeit der Steigerorganisation in den Rücken zu fallen haben. Diese Absicht ist indes auch von den Steigern erkannt, und so beschloß sich die Steigerversammlung in Dortmund denn auch mit dieser Frage. Das Resultat der Besprechung war die Annahme folgender Resolution:

Die im „Kölnischen Hof“ zu Dortmund versammelten Steiger der Bezirke des Dortmunder Reviers erheben energischen Protest gegen die im Bochumer Bezirk geplante Gründung einer Vergshule. Die Versammelten sind der einstimmigen Meinung, daß in den Vergschulen in Bochum und Essen Steiger hinreichend genug ausgebildet werden, um dem Bedarf Genüge zu leisten, daß sogar schon ein Ueberfluß von Steigern vorhanden ist. Sie sehen daher in der Schaffung einer weiteren Schule nur das Bestreben der Grubenbesitzer, sich einen übermäßig großen Beamtenstand zu schaffen, und bitten die staatliche Behörde, die Genehmigung zum Bau der Schule zu versagen.

An der Gründung der neuen Vergschule werden sich die Grubenverwaltungen durch die staatliche Behörde am allerwenigsten hindern lassen, wenn es den Vergehern sonst ernst mit der Gründung ist; vielleicht war der Beschluß gegen die Gründung einer neuen Vergschule auch nicht gerade der klügste. Als Zeichen der Spannung jedoch und als ein Symptom des Geistes, der zurzeit die Grubensteiger im Ruhrgebiete befeuert, ist eine solche Kundgebung immerhin beachtenswert.

Ausperrung der Seelente.

Der Vorstand des Vereins Hamburger Reeder beschloß, die am Streik beteiligten Seelente nicht eher wieder einzustellen, bis der Streik an sämtlichen deutschen Hafenplätzen vollständig beendet und die Arbeit zu den früheren Lohnsätzen wieder aufgenommen ist. An einigen Oiseplätzen ist dies bisher noch nicht der Fall und in Bremen ist die Wiederaufnahme der Arbeit an Bedingungen geknüpft.

Was eine Organisation zu erzielen vermag, wenn die Arbeiter nur einmal einsehen, daß nur durch Einigkeit etwas erreicht werden kann, zeigt ein kurzer Ueberblick über die Tätigkeit der Organisation der Kaiserarbeiter im Allgäu. Seit dem Einsetzen der Organisationsarbeit im Jahre 1904 wurden erreicht: Lohnerhöhungen von 4 bis 6 M. pro Woche, Herabsetzung der Arbeitszeit von 14 und 15 Stunden auf 10 und 9 1/2 Stunden, Abschaffung von Kost und Logis beim Unternehmer und noch eine Reihe anderer Verbesserungen. — Daß die Kaiserarbeiter eine namenlose Wut haben auf die organisierten Arbeiter ist nur zu begreiflich. Auch der Räuber ärgert sich, wenn man ihm seine Beute abnimmt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unter bestverdächtigen Umständen erkrankt.

Hamburg, 13. Juli. (B. Z. W.) Auf dem gestern von Kattluta eingetroffenen Bremer Dampfer „Trifels“, der wegen Bestverdacht für den Verkehr gesperrt ist, war während der Reise ein Mann der Besatzung unter bestverdächtigen Umständen erkrankt. Der Dampfer ist isoliert verankert und ein Polizeiposten ist an Bord stationiert.

Eine Gasexplosion.

Zeig, 13. Juli. (B. Z.) Als heute vormittag der Wirt der neuen Schönenhaukhalle, Island, mit brennendem Streichholz nach der Ursache von ausströmendem Gas suchte, erfolgte eine heftige Explosion, durch die das Gebäude zertrümmert wurde. Island ist tödlich verletzt.

Der Eisenbahnunfall.

Schwerte, 13. Juli. (Amtliche Meldung.) Nachmittags 3 Uhr 50 Minuten fuhr der D-Zug 8 Berlin-Röln auf der Jugelmehle Steinhofen der Strecke Schwerte-Dagen infolge Ueberfahrens des Güterzugs 7281 in die Planke. Reisende des D-Zuges 8 wurden nicht verletzt. Vom Zugpersonal des D-Zuges 8 erlitt der Zugführer leichte Verletzungen. Untersuchung ist eingeleitet.

Die sozialdemokratische Gefahr.

Oreis, 13. Juli. (B. Z.) Der sozialdemokratische Bürgermeister in Hohenhausen wurde von der hiesigen Regierung seines Amtes enthoben.

Eine Bombenexplosion.

Obessa, 13. Juli. (B. Z. W.) In der Arrantkassastrasse explodierten im Hause eines Kolonialwarenhändlers zwei Bomben, wobei 4 Männer und 1 Frau getötet wurden, die mit der Anfertigung von Bomben beschäftigt waren. Die Explosion richtete großen Schaden an. Das Treppenhaus stürzte ein, 9 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Beendeter Generalstreik.

Wob, 13. Juli. (B. Z.) Infolge Freilassung der verhafteten Führer der Ausständigen ist der hiesige Generalstreik beendet worden.

Die Arbeitsbedingungen der Konsumvereine.

II.

Dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission schreibt sich in wesentlichen die Breslauer „Volkswacht“ an, indem sie verlangt, daß die Genossenschaften bei Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Rücksicht zu nehmen haben, die an der Spitze der Privatindustrie marschieren, wie wir das ja auch von Staats- und Gemeindefabriken verlangen. Im Anschluß daran schreibt unser Breslauer Bruderblatt am 30. Juni:

„Uns scheint der Vorgang aufs neue zu beweisen, welchen Gefahren Arbeiterführer ausgesetzt sind, die sich allzusehr in ein Teilgebiet unserer positiven Arbeit verlagern und dabei, wenn auch nur vorübergehend, den Blick auf große Ganze verlieren. Die deutsche Arbeiterbewegung ist dieser Gefahr bisher immer am schnellsten ausgewichen, hoffen wir, daß es auch im vorliegenden Falle geschieht.“

Ebenso schrieb die „Brandenburger Zeitung“ am 2. Juli:

„Wenn unsere Genossenschaften sich auf diesen Boden ernsthaft begeben wollten, dann würden sie sich darauf gefaßt machen müssen, daß Gewerkschaften und Partei von ihnen abzurücken, weil beide nicht die Verantwortung übernehmen können, für die modernen Unternehmerrgewohnheiten, denen anscheinend die führenden Geister des Verbandes der deutschen Konsumvereine neuerdings huldigen.“

Schon der Ton, in dem die Resolution gehalten ist, zeigt, daß die führenden Genossenschaften sich von ihrem Kleinbürgerlichen Gefolge und den modernen Unternehmerrgewohnheiten allzu sehr haben beeinflussen lassen.

Freilich, Staat und Gemeinden sind längst dahin gekommen, auch mit Rücksicht auf die „Konkurrenzfähigkeit“ sogar schlechtere Arbeitsverhältnisse zu gewähren als die Privatbetriebe. Sie wollen allerdings mit ihrer Rückständigkeit die Arbeiter der Privatbetriebe zurückhalten, neue Forderungen an die Privatunternehmer zu stellen bezw. den Arbeitern die Erringung besserer Löhne usw. in den Privatbetrieben damit erschweren.

Die Genossenschaften tun mit ihrem Beschluß genau das selbe, wenn auch aus anderen Motiven.

Die „Gleichheit“ hat in einem längeren Artikel die Rückständigkeit beleuchtet, die darin liegt, daß infolge der Elmschen Resolution die gleiche Bezahlung männlicher und weiblicher Lagerhalter abgelehnt wird, und sie bringt dies Verhalten treffend im Gegenfah zu Ausführungen, welche die Genossin Helma Steinbach vor Jahren (1903) in der „Neuen Zeit“ gemacht hat. Diese schrieb damals: in der Genossenschaft hätten die Frauen das „Bürgerrecht“. Dazu sagt jetzt die „Gleichheit“:

„Wir mitarbeiten dürfen, ohne Anspruch auf Gleichberechtigung, dankt uns gerade kein erstrebenswertes „Bürgerrecht“, auch wenn die Vorenthaltung der Gleichberechtigung mit dem Hinweis auf die Konkurrenz zu begründen versucht wird. Es offenbaren sich darin kapitalistische Tendenzen. Genossin Steinbach hat die Ausbreitung kapitalistischer Tendenzen in der Konsumvereinsbewegung feierlich verurteilt. Die Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine begrüßte sie also:

„Das Nichtunggebende des Gründungstages in Dresden ist die — unvorsichtige — zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung: die bisher in Deutschland betriebene Organisation des Konsums war so sehr vom Antraut kapitalistischer Tendenzen überwuchert, daß die ihr zum Heile der Gesamtheit innewohnenden gewaltigen Kräfte nicht zur Entfaltung kommen konnten.“

Aber — Heil uns! Wenn Zehntel aller Konsumvereinsmitglieder marschieren heute schon in den Reihen des Klassenbewußten organisierten Proletariats.“

Das klingt sehr gut, und wir glauben: in den vier Jahren, die seitdem verfloßen sind, hat sich noch vieles gebessert. All die aufwendete Mühe in der Erziehungsarbeit der Genossenschaftler zu wahrenhaft genossenschaftlicher Gesinnung ist sicher nicht erfolglos gewesen. Um so bitterer schmeckt der Beschluß des letzten Verbandstags. Durch ihn ist eine der schlimmsten kapitalistischen Sünden, die Degradierung, die stärkere Ausbeutung des Weibes, gewissermaßen als berechtigt sanktioniert worden.“

Endlich gefaßt sich zu den Gegnern des Elmschen Standpunktes noch Genosse E. Hirsch, der in einer Zuschrift an die Elmsfelder „Freie Presse“ darauf hinweist, daß bereits ein Unternehmerrorgan, der „Detailist“, aus den Elmschen Ausführungen Kapital geschlagen hat. Der „Detailist“ schreibt:

„Wie oft sind die gleichen Gründe von den Kaufleuten angeführt worden, und wie wurden diese von den Genossen als solcher Gründe mit Dohn und Spott übergeben?“

Der „Detailist“ führt dann an, was von Elm gegen Sonntagstraße und Aktuelabelenschluß vordringt, und bemerkt dazu:

„Man wird sich das alles gut merken dürfen, und wenn die Herren Sozialdemokraten und solche, die es werden wollen, bei ihren weiteren Forderungen Rücksichtnahme auf die Prinzipale absehen, so wird man sie höchst einladen können, gefälligst vor ihrer eigenen Tür zu stehen.“

Inzwischen hat nun Genosse von Elm unter dem Titel „Sozialreform und Konsumvereine“ eine Entgegnung auf den gestern von uns zitierten Artikel des Elmsfelder und Dortmund-er Parteiblatts erscheinen lassen. von Elm schreibt:

„Die Konsumvereine haben im geschäftlichen Leben mit den Krämer, mit jener Schicht des Mittelstandes, zu konkurrieren, welche jeglicher Sozialreform völlig verständnislos gegenübersteht. Die Verbände der Lagerhalter und Handlungsgehilfen sind heute noch nicht stark genug, um durch wirtschaftliche Kämpfe die Krämer, die Konkurrenten der Konsumvereine, zur Anerkennung ihrer programmatischen Ziele zwingen zu können. Daraus ist selbstverständlich dem Verband ein Vorwurf nicht zu machen — die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Krämerereien sind derart schlimm, daß die Organisierung der in ihnen Beschäftigten auf enorme Schwierigkeiten stößt. Die Situation erschwert aber den Konsumvereinen, selbst den größeren, es ungemein, alle Forderungen ihrer Angestellten zu verwirklichen, mögen es auch noch so berechtigte sein.“

Nach der letzten Statistik betrug die Zahl der Mitglieder der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen 920 Verbände 642 741; von diesen waren etwa 500 000 Arbeiter; die Zahl der in der Warenverteilung beschäftigten Personen betrug dagegen nur 8307. Die Arbeiter sind den Konsumvereinen als Mitglied beigetreten, um durch dieselben eine Verbilligung ihrer Lebenshaltung zu erwirken. Die soziale Bedeutung der Genossenschaften ist ihnen zum größten Teil fremd; hat doch auch unsere Parteipresse mit wenigen Ausnahmen die Konsumvereine bisher fast ausschließlich vom Standpunkt der materiellen Vorteile aus gewertet, und versuchen doch auch heute noch einige Heberabfälle, diejenigen Genossen, die den Konsumvereinen eine höhere Bedeutung beimessen, als „theoretische Wirrköpfe“ in den Augen der Genossen herabzumähdigen. An der in einzelnen Konsumvereinen leider noch grassierenden Dividendensucht sind nicht zum wenigsten jene einseitigen Dogmatiker mitschuldig, welche die genossenschaftliche Erziehung der Arbeiter bislang geistlich vernachlässigt haben.“

Auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind, trotzdem ihnen der Kölner Gewerkschaftslogreß die Verpflichtung auferlegte, Mitglied der modernen Konsumvereine zu werden, bis jetzt noch nicht zum vollen Maße diesem Beschluß nachgekommen. In einzelnen Städten, namentlich in der „Stadt der Intelligenz“ — in Berlin — ist von einem Verständnis für die Genossenschaftsbewegung bei der Masse der Arbeiterschaft überhaupt nichts zu spüren. Die Berliner Parteigenossen und Gewerkschaftler sind größtenteils Mitglied in den großen Rabattsparevereinen und wirken eben dadurch „zielbewußt“ dafür, daß die Zerstückelung im Kleinhandel dauernd aufrecht erhalten wird. Konsumvereine, die keinen großen Umsatz haben, sind nichts weiter als Krämer und können ihren Mitgliedern keine großen Vorteile bieten. Die Mehrzahl unserer Konsumvereine sind infolge der geringen Unterstützung der Arbeiterschaft immer noch Kleinbetriebe, denen die Konkurrenz scharf auf den Nägeln brennt.

Überall in der Welt finden wir ja nun Leute, die stets in einem Luftballon voll unbedachter Theorie über diese Erde segeln, für welche die Konkurrenz überhaupt keine Rolle spielt, und die deshalb auch den Standpunkt vertreten, die Konsumvereine mühten alles Besseren, was von ihren Angestellten von ihnen gefordert wird. Die meisten Konsumvereine haben sich aus ganz kleinen Anfängen emporentwickelt und standen einmal alle nicht auf der „Höhe der Aufgabe“ — ohne Rücksicht auf die bestehenden, doch von ihnen nicht geschaffenen Verhältnisse — ihren Laden nicht nur an Sonn- und Feiertagen vollständig, sondern auch jeden Abend um 8 Uhr schließen zu können und ihren Angestellten jede Woche einen halben Tag frei und außerdem jährlich 14 Tage Ferien zu geben.

Vielleicht erläutert und der „Besucher“ (des Düsseldorf-er Genossenschaftstages) es einmal, wie denn der kleine Konsumverein, der nur einen Angestellten in seinen Verkaufsstellen beschäftigt, alle diese Wünsche erfüllen soll.

Auch die Frage der Gehälter löst der „Besucher“ spielend — im Handumdrehen. „Säite v. Elm.“ — schreibt er — „sich rechtzeitig die nötigen theoretischen Kenntnisse verschafft, so würde er wissen, daß durch Erhöhung der Aufwendung für die Arbeitskraft nur der Profit zu sinken braucht, daß aber keineswegs die Erhöhung der Warenpreise eine naturnotwendige Folge ist.“

Gräu — Freund — ist diese Theorie — für die Konsumvereine nämlich, die ihrer großen Mehrzahl nach schon ganz erheblich höhere Gehälter zahlen als die Konkurrenz, und die einen „Profit“ überhaupt nicht machen. Von einer kapitalistischen Blutmacherei könnte bei ihnen nur dann gesprochen werden, wenn sie auf Grund schlechterer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, als sie die Konkurrenz gewährt, sich billiger Warenpreise zu verschaffen suchen. Das ist nicht der Fall.

Für unseren Luftballon-Theoretiker sind jedoch die Konsumvereine kapitalistische Betriebe, die in der Warenverteilung beschäftigten Angestellten sind die ausgebeuteten Lohnflaven, denen man selbst bei den größten Konzessionen immer nur erst einen Teil von dem wiedergibt, was man ihnen vorher abgenommen“. Auf den vorliegenden praktischen Fall angewandt, durchaus unzutreffend, Herr Theoretiker. Die Lagerhalter, Verkäufer und Verkäuferinnen verteilen doch nur die Waren, die die Aufbereitung besorgen andere, nicht im Konsumverein beschäftigte Arbeiter. Sollen diese nun, die vielleicht entweder in derselben Stadt oder an einem anderen Ort Mitglied des Konsumvereins sind, völlig leer ausgehen, während die im Konsumverein tätigen Personen den ganzen Ueberschuß erhalten? ...

Wenn der Lagerhalterverband in kurzschichtiger Weise den Genossenschaften den Fehlschuß geradezu ins Gesicht warf, indem er den alleseitig als eine wesentliche Verbesserung anerkannten Dienstvertrag ablehnte, so sollten einseitige Leute nun nicht auch in den Fehler verfallen, auf die Genossenschaftler in unverantwortlicher Weise loszuschlagen und nur deshalb, weil sie nicht gleich mit Hurra alles bewilligt haben, was die Verbände der Genossenschaftsangehörigen fordern, die Genossenschaftsleiter kapitalistischer Mäuren bezichtigen. Mit großer Berechtigung wird in der Düsseldorf-er Resolution gesagt, daß, wenn durch eine plötzliche Verwirklichung der prinzipiellen Forderungen der Angestellten diese Konsumvereine konkurrenzunfähig gemacht würden, damit auch zugleich den von ihnen beschäftigten Personen die Existenzmöglichkeit geraubt würde. Das Wort von dem „Ust abfagen, auf dem man sitzt“, ist hier sehr zutreffend.

Die Genossenschaften sind zu Tarifverhandlungen mit den Verbänden der Lagerhalter und Handlungsgehilfen auch ferner bereit; beschränken sich diese Verbände darauf, tariflich festzulegen, was zurzeit auch der Genossenschaftsleitung, ohne schwere Schädigung der Bewegung herbeizuführen, möglich erscheint, werden ohne Zweifel für die Angestellten in den zurückgebliebenen Vereinen wesentliche Verbesserungen erzielt werden. ...

So weil Genosse von Elm. Unsere eigene Meinung können wir sehr kurz zusammenfassen. Ein eigentlicher „Streitfall“ kann unserer Erwähnung nicht vorliegen; denn es handelt sich um Dinge, über welche unter Sozialdemokraten eine Meinungsverschiedenheit schlechterdings unmöglich ist, als da sind: Sonntagstraße, Aktuelabelenschluß, Mindestlöhne, Gleichstellung der beiden Geschlechter nach dem Grundsatz: „Für gleiche Arbeit gleichen Lohn“ usw. Die Gründe, die Elm gegen diese Forderungen anführt, sind in der Tat genau dieselben, welche die kapitalistischen Unternehmer von jeher dagegen angeführt haben. Da von Elm diese Gründe zu den seinigen macht, so muß er sie wohl für richtig halten. Wenn aber diese Gründe richtig sind, dann wären die Forderungen und Grundsätze der Sozialdemokratie falsch! Ob von Elm dies einseht, das wird sich aus der weiteren Diskussion ergeben, die von einigen unserer Parteiblätter bereits angekündigt ist.

Zwei Generaldirektoren der italienischen Strafanstalten unter Prozeß.

Rom, 11. Juli. (Fig. Ver.)

Gegen den früheren Generaldirektor der italienischen Gefängnisse, Giuseppe Canevelli, und gegen den jetzigen Generaldirektor Alessandro Doria, ist das Hauptverfahren wegen Verleitung zu falscher Zeugenaussage eröffnet worden. Dieser neueste Skandal ist eigentlich recht alt und wir haben vor Jahr und Tag schon Gelegenheit gehabt, uns mit ihm zu beschäftigen. Er geht zurück auf die moralische Tortur, der ein unglücklicher politischer Gefangener, Pietro Acciarito, im Zuchthaus von Santo Stefano unterworfen worden ist.

Pietro Acciarito hatte im Jahre 1897 ein Attentat auf Humbert I. unternommen, einen Versuch mit gänzlich ungeeigneten Mitteln, unternommen von einem Menschen, der sich durch langes Hungern im Zustande der Geistesstörung befand. Humbert I. trug nicht einmal eine Schramme davon und Acciarito wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, weil, wo es sich um die Person des Königs handelt, den Versuch ja dieselbe Strafe trifft, wie die vollendete Tat.

Natürlich hatten die Polizeiseelen an einem Opfer nicht genug; ein so dekoratives Verbrechen mußte mindestens ein halbes Gefängnis mit „Anarchisten“ füllen! Also galt es, Acciarito zu „Geistlichen“ zu bringen. Aber, womit lodt man einen, der vom

Leben nichts mehr erwartet als lebenslängliches Gefängnis? — Man versuchte, Acciarito durch die Aussicht auf Vergnädigung zum Sprechen zu bringen! Aber den armen Teufel lodte die Aussicht auf Freiheit nicht. Da versiel die Spiegelpantastie auf ein insames Mittel: dem Zuchthausler die Freiheit verschönern, sie verführerisch erscheinen lassen, sie mit Menschen bevölkern, die ihm lieb und teuer sind. Und die Herren am grünen Tisch schämten sich nicht, einem Unglücklichen, der in der Dede der Einzelhaft verzweifelte, vorzulügen, daß seine Geliebte, Pasqua Benaruba ihm ein Kind geboren hätte! — Die Geliebte war zwar längst in einem Hospitallbett gestorben, und Mutter war sie nie gewesen, aber das kümmert die Spiegel nicht. An den heiligsten Gefühlen wollten sie Acciarito zur Teilnahme am Leben zurückzerren. Und das Spiel gelang: Man steckte dem Zuchthausler falsche Briefe zu, in denen die Benaruba von dem Kinde sprach, und den Armen padte die Sehnsucht nach dem kleinen Geschöpf, nach der ihrer Stütze beraubten Mutter, und die Vergnädigung, die ihm so zwecklos erschienen war, wurde auf einmal das Ziel seiner Wünsche.

Als man so Dresche in das verhärtete Herz gelegt hatte, begann man, Verlangen und schlechte Anschläge hineinzusenden: Dem Acciarito wurde ein Zellengenosse gegeben, der Zuchthausler Petito, der ihm beständig in den Ohren lag: er solle seine Mitschuldigen nennen, dann könne er der Vergnädigung sicher sein. Das Resultat der langen Folter war, daß Acciarito „Mitschuldige“ nannte, und zwar fünf Anarchisten: Ceccarelli, Gudini, Colabona, Trenta und Diotallevi. Diese fünf kamen im Jahre 1900 vor die Assisen von Teramo, und gleichzeitig kamen die Verbrechen der hohen Gefängnisbeamten vor die Assisen der öffentlichen Meinung: Es wurde bekannt, daß der damalige Direktor der Strafanstalt von Santo Stefano, Angelelli, Acciarito durch die falsche Aussicht auf Vergnädigung und durch lägenhafte Briefe betrogen hatte, seine sogenannten „Entwählungen“ zu machen. Acciarito, der erst während der Verhandlung erfuhr, wie furchtbar man mit ihm gespielt hatte, widerrief in einer ergreifenden Sitzung alle seine Aussagen und wandte sich mit wilder Anklage gegen den Direktor Angelelli. Die Geschworenen sprachen die fünf Anarchisten frei, und der Direktor Angelelli blieb unter der Anklage: in der von ihm geleiteten Strafanstalt die seelische Tortur angewandt zu haben. Die Generaldirektoren Canevelli und Doria sagten unter ihrem Eide aus, nichts von den Machinationen gewußt zu haben, durch die Acciarito zum Reden gebracht worden war.

Nach diesem Prozeß mag der Direktor Angelelli wohl gedacht haben, er würde gute Karriere machen, weil er es nicht nur verstanden hatte, Acciarito zum Reden, sondern auch sich selbst zum Schweigen zu bringen. Aber Angelelli machte nicht Karriere; er wurde sogar von einem Gefängnis zum anderen veretzt, mit Vorliebe in Malariaorte, bis ihm die Sache zu bunt wurde. Da veröffentlichte er denn Dokumente, aus denen hervorging, daß er auf Befehl seines Vorgesetzten die ganze Sache inszeniert hatte. Das war vor zwei Jahren. Es wirbelte viel Staub auf, und Angelelli bekam den Abschied.

Nun strengte aber einer der von Acciarito als Mitschuldiger bezeichneten Anarchisten, Diotallevi, einen Prozeß wegen falscher Anklage gegen die beiden Generaldirektoren, gegen Angelelli, Acciarito und dessen Mitgefängenen Petito an. Nach mehrjähriger Voruntersuchung ist jetzt gegen die fünf Angeklagten das Verfahren eingeleitet worden, „weil die Elemente zur Anklage fehlen“. — Der von der Staatsanwaltschaft angestrebte Prozeß wegen falscher Zeugenaussage wird als verjährt (10 Jahre!) niedergeschlagen, ebenso der Prozeß gegen die Generaldirektoren Doria und Canevelli wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt. Gegen diese beiden Herren wird aber die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen wegen Verleitung zu falscher Zeugenaussage. Es handelt sich um die Pressionen, die beide Generaldirektoren gegen ihren Untergebenen, den Direktor Angelelli, ausgeübt haben sollen, damit er vor den Assisen von Teramo sich allein als den Schuldigen an dem Lügenpiel mit Acciarito bezeichne. — Dieser Prozeß, der die ganze Kette von Zusammenhängen vor die Öffentlichkeit bringen wird, soll im kommenden Herbst zu Rom verhandelt werden.

Aus der Partei.

Provinz Brandenburg.

Am 15. Juli wird das Bureau des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine für die Provinz Brandenburg eröffnet. Die Adresse desselben ist: Ditto Weis, Brandenburger Provinzialsekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69. (Telephon: Amt IV, Nr. 5023.)

Der Kampf um die rote Festung.

In Insterburg haben die Partei und die freien Gewerkschaften seit Juni 1906 auf mehrere Jahre ein Versammlungslokal mit Nebenräumlichkeiten gemietet und dort auch im Herbst vorigen Jahres den Provinzialparteitag für Ostpreußen abgehalten — zum großen Aerger der Behörden und der „Rechtserhaltenden“ Spießbürger.

Dem Wirke dieses Lokals, der gewiß gehofft hatte, in ein paar Jahren durch die Arbeiter ein reicher Mann zu werden, verkehrten und verzehrten nun die Arbeiter a u ß e r den Versammlungen nicht genug. Daher trachtete er schon lange danach, die „roten Brüder“ wieder loszuwerden. Wenn nur der Kontrakt nicht gewesen wäre! Schon vor dem 1. April d. J. hatte sich der Wirte mit Unterstützung der Polizei von der Militärbehörde die Gewiheit verschafft, daß, wenn er die Sozialdemokraten entferne, sofort der über sein Lokal verhängte Militärbeschluss aufgehoben werde und er auch wieder die ihm entzogene Tanzerelaubnis erhalte! Daraufhin wurde der Wirte dann am 1. April d. J. kontraktbrüchig und ließ in den von den Arbeiterorganisationen gemieteten Räumen keine Sitzungen noch Versammlungen mehr abhalten, trotzdem er bereits für ein Vierteljahr die Miete im Betrage von 100 M. vorausgenommen hatte! Natürlich durften ein paar Tage darauf gleich wieder Militär und Beamte bei ihm verkehren und tanzen.

Selbstverständlich klagte der als Mieter fungierende Gewerkschaftssekretär gegen den kontraktbrüchigen Wirte auf Einhaltung seiner kontraktlichen Verpflichtungen. Er erzielte denn auch eine vorläufig vollstreckbare amtsgerichtliche Verfügung, nach welcher der Wirte angewiesen wurde, dem Mieter das Lokal bis zum Jahre 1909 zur Verfügung zu stellen. Das ließ den Wirte aber kalt. Er konnte sich nicht denken, daß es auch für die Sozialdemokraten bürgerliche Rechte gibt. Die Mieter ließen jedoch nicht locker. Es wurde eine Vollstreckbarerklärung erwirkt und gleichzeitig zu Sonntag den 30. Juni eine öffentliche Volksversammlung nach dem gesperrten Lokal einberufen. Werkswürdigerweise gelangte aber die durch eingeschriebenen Briefe am 28. Juni bewirkte Anmeldung bis zum 30. Juni, dem Tage der geplanten Versammlung,

nicht in die Hände des Polizeichefs von Insterburg, sondern nur bis auf den Tisch eines unteren Polizeibeamten, weshalb die Abhaltung der Versammlung, weil „nicht rechtzeitig angemeldet“, verboten wurde.

Dieser sonderbare Zwischenfall machte die Genossen aber nur noch kampflustiger. Mit der Vollstreckungsurkunde bewaffnet, suchten sie den zuständigen Gerichtsvollzieher auf, um den Zutritt zum Lokal eventuell mit Gewalt zu erzwingen. Am Nachmittag hatten sich einige hundert Versammlungsbesucher vor dem verschlossenen Lokal, über welches nun wieder der Militärposten verhängt war, eingefunden, als Genosse Krise und einige Vertrauensleute in Begleitung des Gerichtsvollziehers und zweier mit dem nötigen Einbruchswerkzeug versehener Schlosser zur Erstürmung der toten Feste anrückten.

Draußen standen hinter verschlossenen Türen der Wirt, sein erwachsener Sohn und andere Familienmitglieder — wie behauptet wurde, mit geladenem Revolver bewaffnet — zur Verteidigung bereit. Künftliche Gemüter sahen im Geiste schon zertrümmerte Fenster und Türen, sowie blutige Menschenleiber. Aber es kam anders. Als der Vollziehungsbeamte, dem auch mehrere Polizisten zur Verfügung standen, nach längerem gütlichen Zureden nun in bestimmter Weise auf die Folgen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt hingewiesen hatte, kapitulierten die rebellische Gastwirtschaftsfamilie und die Tore öffneten sich, um den draußen stehenden „Feind“ hereinzulassen. Eine Versammlung konnte nun zwar nicht abgehalten werden, aber man unterließ sich eine Stunde lang über die gegenwärtigen und kommenden Ereignisse. Und da der Wirt auf Befragen erklärte, auch für die Folge nur der Gewalt weichen zu wollen und freiwillig sein Lokal nicht herzugeben, wurde von seiten der Arbeiter nicht ein Glas Bier, nicht ein einziger Schnaps getrunken: Wirt und Wirtin standen beschäftigungslos hinter den Küfets.

Für die folgende Woche sowie für den nächsten Sonntag wurden nun wieder Versammlungen arrangiert und der Vorkost über die Getränke des Lokals verschärft und der Wirt — ergab sich! Er erklärte nun, den Vertrag einhalten zu wollen, und setzte der Abhaltung von Versammlungen und Sitzungen keinen Widerstand mehr entgegen. Jetzt sind die Genossen in Insterburg darauf gespannt, was für neue Hindernisse ihnen von behördlicher Seite in den Weg gelegt werden.

Eine ausgezeichnete Organisation haben die Augsburger Parteigenossen in letzter Zeit geschaffen mit dem Erfolge, daß sich nicht nur die Massenverhältnisse besserten, sondern auch die Mitgliederzahl ganz bedeutend wuchs. Der Organisator ist ein Parteigenosse, der früher als Vizefeldwebel im Bureau des Generalstabes tätig war und seine Arbeitskraft jetzt der Sozialdemokratie im Interesse der Wähler-Verbrüderung zur Verfügung stellt.

Deutscher Arbeiterverein Basel, 1832 bis 1907.

Der Verein feiert demnächst sein 75jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß hat sein Mitglied Genosse Herb eine 58 Seiten umfassende Festschrift veröffentlicht, die als ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung bezeichnet werden darf. Besonders bemerkenswert sind die aktenmäßigen Mitteilungen über die Verhandlungen, denen die Vereine der ausländischen Arbeiter und die Arbeiter als Einzelpersonen in der Schweiz seitens der Behörden ausgesetzt waren. Es sind danach die heute immer wiederkehrenden Verfolgungen und Ausweisungen gar nichts Neues, sondern nur die Fortführung jener engherzigen, liebedeuerlichen Politik der Schweiz gegenüber dem Ausland, die im vorigen Jahre mit den Massenverhaftungen freilebender Arbeiter und mit der Ausweisung unferer Genossen Hauth aus dem Kanton Zürich ihren Höhepunkt erreichte.

Eine der schmachlichsten Handlungen der schweizerischen Reaktion war die Auflösung von 18 deutschen Arbeitervereinen und die Ausweisung ihrer circa 600 Mitglieder aus der Schweiz im Jahre 1850, von welcher Maßregel auch der Basler Verein betroffen wurde. Ferner die Auslieferung der gedruckten Liste der Ausgewiesenen, die meistens Süddeutsche, namentlich Badenenser, waren, an die bairische Regierung, die dann ihrerseits selbstverständlich den anderen deutschen Regierungen ihre ausgewiesenen „Untertanen“ demunzierte. Die preussische Regierung verbot damals den Handwerksburschen das Wandern in der Schweiz, und der berüchtigte Bundesrat in Frankfurt a. M. verfügte dies gleich für alle deutschen Handwerksburschen!

Die Festschrift behandelt auch die Zeit des Sozialistengesetzes ziemlich eingehend, während welcher Basel ja eine der Zentralstellen für den „Export“ des bürgerlichen „Sozialdemokrat“ war.

Der Basler Arbeiterverein hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Seit Jahrzehnten aber steht er auf sozialdemokratischem Boden und ist er bestrebt, unsere Sache zu fördern. (Die Festschrift kann übrigens vom deutschen Arbeiterverein in Basel zum Preise von 50 Cts. bezogen werden.)

Wieder ein sozialdemokratischer Bezirksrichter in der Schweiz. In Schaffhausen ist Genosse Hermann Schlatter, Redakteur des sozialdemokratischen „Echo vom Rheinfuß“, ohne Gegenkandidaten mit 1250 Stimmen in das Bezirksgericht gewählt worden. Das Amt wird mit 1200 Frank jährlich honoriert. Schlatter wird nach wie vor Redakteur des sozialdemokratischen Tagesblattes bleiben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Presse vor der Revisionsinstanz. Durch Genossen Deifel, verantwortlichen Redakteur der „Vergessenen Arbeitersstimme“, soll ein Amtsrichter in einem Artikel „Räubergerichte“ beleidigt sein. Die Beleidigung wird erklart in dem Vorwurf, daß Amtsgericht habe in einer bestimmten Sache Ledersgriffe begangen. Zwar wurde dem Genossen Deifel an sich der Schuß des § 193 angebilligt, aber — (so dieses famose „aber“) er soll in der Wahrnehmung der Interessen über den Schuß dieses Paragraphen hinausgegangen sein! Deifel wurde, nachdem ihn dasselbe Gericht schon vorher wegen einer anderen Sache zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt hatte, zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten und drei Wochen Gefängnis verurteilt. Seine Revision verwarf der 5. Strafsenat des Reichsgerichts. —

Ein kritischer Tag im Parlament.

London, 10. Juli. (Eig. Ber.)

Der 9. Juli war wohl der kritischste Tag für die liberale Regierung in dieser Session. Es war dies der Tag für die Kommissionsberatung der Budgetvorlage, und nach altem Brauch bildet das ganze Parlament die „Kommission“. Bereits vergangene Woche hatten die Whigs (Einheitspartei) der Regierung eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Die in diesem Parlament äußerst schwache Gruppe der Konserverliberalen — die Partei der Schatzkammer — hatte der Regierung eine Falle gestellt: sie kündigte an, daß sie bei der Kommissionsberatung des Budgets die Beseitigung der Zuderzoll beantragen würde. Und die Ankündigung dieses Antrages hatte „die Regierung des Freihandels“ in Gefahr gebracht! Wir wollen gleich bemerken, daß „die stärkste liberale Regierung der modernen Zeit“ schließlich von der Niederlage verschont blieb:

Die Majorität zur Beibehaltung des Zuderzolls betrug 137 Stimmen! (Für Abschaffung dieser Steuer stimmten nur 176.)

Trotzdem die große Majorität, welche die Regierung erhielt, dem Ungelegenheiten in keiner Weise verrät, daß die Situation für die Regierung äußerst gefährlich war, so war die Gefahr doch vorhanden, und es wird deshalb notwendig sein, die Lage in kurzen Worten zu schildern.

Die letzten Jahre konserverliberaler Regierung hatten dem englischen Volke überaus schwere Lasten auferlegt. Der Burenkrieg verteuerte das Brot, den Tee, Zuder, Kohlen usw. Die Kriegssteuern lasteten auf der großen Masse der Arbeiterbevölkerung um so schwerer, als England im Jahre 1901 von einer großen industriellen Krise heimgeführt wurde, durch welche die Arbeitslosigkeit ganz riesenhafte Dimensionen annahm. In dieser Zeit der wirtschaftlichen und politischen Depression hatte die liberale Demagogie leichtes Spiel: Alles Unheil war ein Produkt des Konserverliberalen Regimes: der Krieg, die wirtschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit und Armut. Es brauchte nur eine liberale Regierung aus Zuder zu kommen, und alle Kriegssteuern würden verschwinden! Der Arbeiter würde dann wieder einen „free breakfast table“ (einen „unentgeltlichen“ Frühstückstisch) erhalten, soll heißen: daß die Lebensmittel von allen Steuern befreit werden würden. In unzähligen Versammlungen verpflichteten sich vor allen Dingen die liberalen Kandidaten, daß sie es als ihre nächste Aufgabe betrachten würden, für die Beseitigung der Zudersteuer einzutreten. Dieses „Pledge“ (Versprechen) gerade spielte in der Budgetdebatte der letzten Tage die Hauptrolle. Die Konserverliberalen schlugen Kapital daraus, indem sie hervorhoben: wenigstens 150 Kandidaten hätten sich bei der Wahl verpflichtet, für die Beseitigung der Zudersteuer zu stimmen!

Im ersten Jahre liberaler Regierung konnte man billigerweise noch keine tiefgreifenden Reformen vom liberalen Finanzminister erwarten, da er ja zuerst nur das Material seines Vorgängers zusammenstellen und dem Lande präsentieren konnte. Darauf aber war der Finanzminister frei von allen Rücksichten; es lag ihm die Pflicht ob, der Nation ein liberales Budget zu präsentieren und zu beweisen, daß es der liberalen Regierung ernsthaft darum zu tun ist, die sozialen Gegensätze wenn auch nicht zu beseitigen, so doch wenigstens zu mildern. Aber die liberale Partei ist diesen Beweis bis jetzt schuldig geblieben! Sie ist auf dem besten Wege, im alten Schlandrian weiter zu turmeln.

Genau enthält das Budget in diesem Jahre bedeutende Reformen, aber diese entlasten nicht die Schultern des armen Volkes. Das Budget entlastet wohl Steuerzahler, die ein Einkommen bis zu 40 000 M. haben, und zwar mit 30 Pf. für je 20 M. Steuern, aber die Regierung ist nicht imstande, die Zudersteuer von 6 Millionen Pfund Sterling auch nur halb zu reduzieren, trotzdem wir augenblicklich in einer Zeit der höchsten wirtschaftlichen Prosperität leben! Nun ist aber Zuder einer der größten Konsumartikel des englischen Volkes, welches ja sehr viel Tee gebraucht. Wie ein Abgeordneter in der Debatte mitteilte, beträgt der Zuderkonsum der Arbeiterbevölkerung mit einem Einkommen von 25 Schilling nach Berechnungen, welche die Regierung in einem Memorandum veröffentlicht hat, 3 1/2 Pfund pro Woche!

Die Regierung versuchte, ihren Standpunkt zu verteidigen mit dem Hinweis auf das System der Altersversicherung, die fürs nächste Jahr versprochen worden ist. Die Vertreter der Arbeiterpartei wiesen aber diese Art Bauernfang konsequent und schroff zurück. Philipp Snowden protestierte im Namen der Arbeiterpartei dagegen, daß die Basis der kommenden Altersversicherung durch eine indirekte Lebensmittelfsteuer geschaffen werden soll. Eine Altersversicherung, auf einem solchen System aufgebaut, so sagte er, biete nicht die geringste Stütze für die Arbeiterbevölkerung.

Die Masse der liberalen Vertreter stimmte zwar mit der Regierung, nachdem ein großer Teil derselben die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß die Regierung die Steuer wenigstens in nächstem Jahre beseitigen werde. Andere verlangten ein definitives Versprechen, das aber nicht direkt von der Regierung gegeben wurde.

So sind die liberalen Steuerreformen denn für ein Jahr vertagt! Das Problem der Altersversicherung ist jedenfalls sehr brennend, und es ist klar, daß im nächsten Jahr der Anfang gemacht werden muß. Vorläufig weiß man noch nicht, wie die Frage endgültig gelöst werden wird. Mit Sicherheit kann man aber jetzt schon behaupten, daß die Altersversicherung in Großbritannien himmelweit verschieden sein wird von dem so viel gepriesenen Versicherungssystem des Deutschen Reiches, indem der englische Staat die gesamten Kosten tragen wird. Dann aber ist es auch so gut wie ausgeschlossen, daß das Verwaltungssystem auf einem so fabelhaft viel Geld verschlingenden bürokratischen Apparat aufgebaut werden wird, wie das, auf welchem in Deutschland nun einmal all solche Sachen beruhen.

Soziales.

(Siehe auch 2. Beilage.)

Ungültige Arbeiterschutzverordnung.

Für ungültig erklärte das Kammergericht dieser Tage die für Frankfurt am Main erlassene Polizeiverordnung vom 1. Mai 1901, welche die Verhaltung von Unfällen bei hantieren Arbeiten zum Zwecke hat. Die angeklagten Bauunternehmer Schmidt und Brand wurden freigesprochen. Das Kammergericht ging von folgenden Erwägungen aus: Wenn auch einige der Schutzvorschriften das gesamte Publikum im Auge habe, so dienten doch wieder andere lediglich dem Schutze der beteiligten Bauarbeiter. Damit handelte es sich aber um eine Polizeiverordnung im Sinne des § 120a der Gewerbeordnung, vor deren Erlasse den Vorständen der beteiligten Berufsgenossenschaften oder Genossenschaftsaktionen Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung zu geben ist. Wo aber für das rechtliche Zustandekommen einer Polizeiverordnung die Erfüllung gewisser Voraussetzungen vorgeschrieben ist, da müsse aus dem Texte der Verordnung, um diese gültig zu machen, die Erfüllung jener Voraussetzungen hervorgehen. Die Verordnung vom 1. Mai 1901 lasse aber nicht erkennen, ob der Vorstand der Berufsgenossenschaft vor dem Erlaß gehört worden sei. Deshalb ihre Ungültigkeit.

Sind Streikunterstützungen steuerpflichtig?

Ueber die obige Frage geht zurzeit eine Notiz durch die Presse, wonach das sächsische Finanzministerium entschieden hat, daß Streikunterstützungen nach § 19 Ziffer 8 des dortigen Einkommensteuergesetzes nicht einkommensteuerpflichtig seien, da der Empfänger auf sie kein einlagbares Recht besitze. Diese Entscheidung stützt sich nur auf die in Betracht kommende sächsische Rechtsnorm. Für Preußen stellt § 7 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Mai 1891 fest, daß als steuerpflichtiges Einkommen die Jahreseinkünfte aus Kapitalvermögen, Grundvermögen, Handel und Gewerbe, aus gewinnbringender Beschäftigung, sowie aus Rechten auf periodische Hebungen und Vorteile jeder Art zu gelten haben. In Literatur und Rechtsprechung ist unbestritten, daß nach dieser Vorschrift die nicht aus einer dieser Quellen entstehenden Einkünfte kein steuerbares Einkommen bilden. Da ein Recht auf Streikunterstützung aber nicht besteht, würde für den Herrschaftsbezirk des preussischen Einkommensteuergesetzes sonach dasselbe zu gelten

haben, was für Sachsen durch die ministerielle Entscheidung anerkannt ist. Auch das neue württembergische Einkommensteuergesetz erklärt in dem hier in Betracht kommenden Artikel 6 für steuerpflichtig das Einkommen „aus Dienst- oder Arbeitsverhältnissen... sowie aus Rechten auf wiederkehrende Bezüge und Vorteile irgend welcher Art...“ Ein Einkommen aus dem Arbeitsverhältnis ist die Streikunterstützung zweifellos nicht, da sie nicht aus dem Arbeitsverhältnis entspringt und für ein solches gewährt wird, sondern gerade im Gegenteil mit Rücksicht auf die erfolgte Lösung und das Nichtbestehen eines Arbeitsverhältnisses und für die Dauer des Nichtbestehens bezahlt wird; auch hier könnte die Streikunterstützung somit nur besteuert werden, wenn sie sich auf ein festes Recht auf einen wiederkehrenden Bezug darstellte. Da dies im allgemeinen nicht der Fall, bleibt sie auch in Württemberg einkommensteuerfrei. Es darf dies um so mehr angenommen werden, als bei Beratung des Einkommensteuergesetzes in der Abgeordnetenversammlung sogar erklärt wurde, selbst die öffentlichen auf Grund des Unterstufungswohnstättengesetzes usw. gewährten Armenunterstützungen, auf die doch ein gesetzlicher Anspruch besteht, gehörten nicht zu jenen steuerpflichtigen Rechten auf wiederkehrende Bezüge. Ebenso liegt es nach der bairischen Gesetzgebung: § 2 des Einkommensteuergesetzes vom 20. Juni 1884 in seiner demalsten geltenden Fassung bezeichnet als steuerbar u. a. das Einkommen aus einem öffentlichen oder privaten Dienstverhältnis... aus Kapitalvermögen, Renten und anderen derartigen Bezügen. Daß die Streikunterstützung nicht als aus einem Dienstverhältnis bezogen angesehen werden kann, ist bereits oben bei Besprechung der württembergischen Gesetzgebung ausgeführt; aber auch unter den Andeutungen „andere derartige Bezüge“ wird man sie nicht wohl bringen können, da hier wohl mehr an rentenähnliche Bezüge, also auf längere Zeit regelmäßig und ohne Rücksicht auf Verhältnisse, wie sie bei der Streikunterstützung vorliegen, fällige Einnahmen gedacht ist. Am weitgehendsten ist der Begriff des steuerpflichtigen Einkommens in Hessen. Nach Artikel 18 des Einkommensteuergesetzes gehören zum Einkommen alle Einkünfte aus dem Ertrag gezeiger gehören zum Einkommen alle Einkünfte aus dem Ertrag des Einkommens erhebende Vorteile jeder Art. Zu den letzteren könnten auch die während eines Streiks gezahlten Unterstufungen gerechnet werden, und da nach dem hessischen Gesetz das Bestehen eines Rechtsanspruchs auf derartige Vorteile nicht Voraussetzung ihrer Steuerpflichtigkeit ist, so ist die Möglichkeit, Streikunterstützung in Hessen zur Steuer heranzuziehen, nicht ganz ausgeschlossen!

Aus Industrie und Handel.

Miserable in Russland.

Die russische Abteilung für Landwirtschaftsökonomie und Statistik veröffentlicht nähere Angaben über den Saatensand im Schwarzerdegebiet am 23. Juni. „Unbefriedigend und schlecht“ ist der Stand des Wintergetreides in den Gouvernements Wolhynen, Podolien, Westarabien, Cherson (mit Ausnahme zweier Kreise) und Orel. Nach denselben offiziellen Angaben ist der Stand des Wintergetreides „mittelmäßig“ in den Gouvernements Tschernigow und Kiew.

Wie wenig jedoch diese Angaben, wie auch die jüngst veröffentlichten Angaben des zentralstatistischen Amtes den wahren Sachverhalt wiedergeben, ist aus folgendem ersichtlich. Der ultrareaktionäre „Kiewljanin“ schildert die Ernteaussichten im Gouvernement Kiew weit anders, als die offiziellen Korrespondenten der Behörden: „Nach vollkommen genauen Angaben“ — schreibt das Blatt am 23. Juni — „kann der Winterweizen als vollkommen verloren gelten; in einem kleinen Teil ist nicht mehr als 10 Proz. desselben erhalten geblieben.“ Nach den Angaben desselben Blattes steht der Roggen verhältnismäßig besser, doch kann auch hier „bestenfalls nicht mehr als die Hälfte einer mittleren Ernte erwartet werden“. Die offiziellen Berichte sprechen von einer „mittelmäßigen“ Ernte im Gouvernement Kiew. Wie muß es also erst in den Gouvernements aussehen, in welchen der Getreidestand als „unter mittelmäßig“ und „schlecht“ qualifiziert worden ist?

Welthandelsflotte. Der „Berliner Börsen-Courier“ veröffentlicht eine Zusammenstellung des Tonnengehalts der Handelsflotte der größeren schiffahrtstreibenden Nationen, die unsere gestrigen Mitteilungen in einigen Beziehungen ergänzt. Die Tabelle berücksichtigt auch die Dampfer und Segler kleinerer Dimension, die in den meisten Statistiken unbeachtet bleiben. Die Vergleichszahlen sind Frühjahr 1907 und Frühjahr 1906:

Flagge	Dampfer		Segler	
	Brutto-Reg.-T.	Netto-Reg.-T.	Brutto-Reg.-T.	Netto-Reg.-T.
	1907		1906	
1. Großbritannien	17 001 189	1 819 529	16 168 748	1 444 848
2. Deutsches Reich	8 705 700	404 802	8 875 743	434 610
3. Ver. Staaten v. Nordamerika	3 160 895	1 351 033	2 827 756	1 413 833
4. Frankreich	1 284 368	477 415	1 253 737	437 458
5. Norwegen	1 264 002	654 520	1 145 545	693 334
6. Japan	1 008 747	3 129	996 538	8 540
7. Italien	823 325	896 084	775 069	429 359
8. Holland	778 855	98 772	683 180	36 115
9. Russland	720 198	217 713	694 063	219 070
10. Schweden	688 517	191 031	650 708	205 680
11. Desterreich-Ung.	677 221	11 898	618 031	12 443
12. Spanien	673 301	35 448	634 339	82 178
13. Dänemark	650 955	77 635	579 464	80 637
14. Griechenland	421 743	44 780	373 223	53 547

Belgischer Zuderkonvention. Die belgische Regierung hat an die Regierungen der Signatarmächte der Brüsseler Konvention die Aufforderung gerichtet, sie davon in Kenntnis zu setzen, ob ihnen der 25. Juli als Zeitpunkt für den erneuten Zusammenritt der permanenten Zuderkommission genehm sei, die während ihrer Tagung die Frage erörtern soll, ob die von den englischen Delegierten auf der Junierversammlung zum Ausdruck gebrachten Wünsche annehmbar seien.

Russlands Branntweinproduktion. Russland hat unter allen Ländern die höchste Spiritusproduktion. In der Kampagne 1905/06 wurden 91 043 588 Wedro (1 Wedro = 12,8 Liter) Branntwein zu 40 Proz. erzeugt. Verkauft wurden 1905 in 65 Gouvernements und 10 Gebieten, wo das Monopol bestand, 75 087 174 Wedro zu 40 Proz. im Jahre vorher um 4 725 406 Wedro weniger. Die Bruttoeinnahmen beliefen sich 1905 auf 612 487 800 Rubel und die Nettoeinnahmen auf 443 233 011 Rubel, gegen 1904 um 56 590 863 Rubel mehr.

Der Durchschnittsverbrauch pro Kopf in gewöhnlicher Verkaufsware betrug 0,567 Wedro oder etwa 11 Flaschen zu 1/2 Wedro.

Pariser Handel. Nach den statistischen Angaben der Zivilbehörden betrug der Wert der Einfuhr in den ersten 6 Monaten des Jahres 1907 3 004 133 000 Frank gegen 2 845 713 000 Frank im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Wert der Ausfuhr belief sich auf 2 760 595 000, bezw. 2 523 934 000 Frank.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialdemokratie und antikirchliche Propaganda. Ein erweitertes Vortrag von H. Weibel, Preis 20 Pf. — Patriotismus und Sozialdemokratie von Karl Kautsk. Preis 20 Pf. Verlag: Leipziger Buchdruckerei H. W. in Leipzig, Landwehrstr. 19-21.

Die Reform des Heilverbands in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung als organische Verbindung zwischen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten. Von H. Schwant. 3,50 M. Verlag: G. Reuber, Köln a. Rh.

Müllerstrasse 182-183

Ecke Sellenstrasse

Sensationeller Verkauf

des gesamten aus der Concursmasse
Jacques Cohn herrührenden Lagers u.
anderer Waren zu wirklichen Spottpreisen

Jacques Cohn

Kolossale Lager in Kleiderstoffen
Kolossale Lager in Waschstoffen
Kolossale Lager in Baumwollwaren
Kolossale Lager in Leinenwaren
Kolossale Lager in Gelbwäsche
Kolossale Lager in Tricotagen
Kolossale Lager in Gardinen und Teppichen
Kolossale Lager in Herren- u. Knaben-Confection
Kolossale Lager in Kurzwaren
Kolossale Lager in Spitzen und Bändern

Enorm grosse Lager in

Damen- u. Kinderconfection

welche rücksichtslos im Preise herabgesetzt wurden; besonders:

Costüme & Jacketts & Blousen & Costüm-
röcke & Unterröcke und Kinderkleider

Damenhüte und Putzartikel

zu horrend billigen Preisen

Arbeiter finden für jeden Beruf

richtig gearbeitete Bekleidung in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, jetzt nur Gelber Laden.



Singer A 75,00,
B, versenkbar, 105,00
Bobbin, Adler etc.

S. Kaliski,

Kleiststrasse 21,
am Wittenbergplatz.
Bellealliancestr. 107
Häussches Tor.

Chausseestrasse 80,
an der Boyenstrasse.

Frankfurterstr. 115,
an der Andreasstrasse.

Oranienstrasse 31,
an der Adalbertstrasse.

Beusselstrasse 18,
an der Turmstrasse.

Invalidenstr. 160,
an der Brunnenstrasse.

Brunnenstrasse 92,
an der Rügenstrasse.

Auf Wunsch gr55. Ratenzahlungen
bei festen Kassapreisen für
Näh-Maschinen von v. 4,00 an.



Brennaber-Jockey etc.,
Specialrad,
von 55,00 an.



für Kinder 7-60,00,
für Erwachsene
8-100,00.

Sportwagen
5,50, 6,25-50,00.

Homophon Platten

Überall erhältlich
Homophon Company
Fabrik Berlin, 24 Klosterstr. 3/6.
Doppelseitig b. spielt.
Passend für jede Platten-Sprechmaschine

Ewig jung

Bleibt ein Gesicht mit weissem rosigem Teint, zarter sammet-
weicher Haut sowie ohne Sonnenprossen und Hautunreinig-
keiten, daher gebrauche man die edle

Steckenpferd-Ellienmilch-Seife

von Bergmann & Co., Raddeburg, à Stk. 50 Pf. überall zu haben.



Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mk.!

Gramophone, Phonographen, Spieldosen,
echte Menzeln- Zithern, Konzert- Zithern,
Geigen, Mandolinen, Hand-Harmonikas. Grosses
Auswahl in Zenophone-Platten, Edison-
Walzen usw. Zubehörteile und Reparaturen
billigst.

Jahre's Musik-Spezialgeschäft

N. Demminstr. 2, an der Brunnenstrasse.
SO., Betzestr. 10, am Köstbuser Tor.



Lebens-Versicherung.

VICTORIA zu BERLIN.

Lebens-Versicherungsbestand: über 1 Milliarde u. 395 Mill. Mk.
Gesamt-Vermögen: rund 600 Millionen Mk.
Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1906: 123 777 096 Mk.
Pro 1000 erhalten die Versicherten 24 366 296 Mark
Ueberschuß als Dividende.

Unfall-
Einbruch-
Diebstahl-

Volks-Versicherung.

VICTORIA.

FEUER-VERSICHERUNGS-ACTIEN-GESELLSCHAFT.
Ganz neue liberalste Bedingungen.

Feuer-Versicherung.

Achtung, Vereine!

für Sommer- und
Kinderfeste

empfehlen Stocklaternen, Fackeln,
Schärpen, Kopfbedeckungen,
Illuminat.-Laternen, Dekorations-Girlanden, Verlosungs-
Artikel, Harken, Sessen, Keglerpreise, Jax- und
Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeichen.

Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung.

Pohl & Weber Nachf., Berlin C.

Am Spittelmarkt 4/5, I Alexanderstr. 51/52
Inb.: Otto Oeser. Inb.: Ernst Herbst.

Kataloge gratis und franko. Versand nach ausserhalb.

!! Wo !!
!! Wer !!

kaufe ich preiswert für mich Stoff z. fertigt mir einen Herrenanzug, wenn
Herrenanzug? Bei Ludwig Engel, ich Stoff habe? Ludwig Engel,
Pronzauerstr. 23, II, Alexander-Platz. Pronzauerstr. 23, II, Alexander-Platz,
Gegründet 1892. Großes Stofflager. für 20 Mk., feinste Putaten, 2 Kin-
Reinste Muster Kachener Fabrikate, proben, für guten Eig belam goldene
reimollene Stoffe, Reise von Medaille. Ein Versuch führt zu
5 Mk. an der Meier. Spottbillig! dauernder Kundschaf.

!! Ohne Konkurrenz !!

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler
Tor u. Invalidenstr. Tor u. Invalidenstr.

Gegr. 1. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehülften Berlins.

Empfehl
sich allen Arbeitern, Parteigenossen
und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge
in allen Größen und Preislagen.
Reichhaltiges Lager in fertigen
Sommer-Paletots, Ulster, Fantasie-Westen
sowie
Arbeiter-Berufskleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen Betriebswerkstätten unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
Lieferanten der
Konsum-Genossenschaft Berlins u. Umgegend,
des Berliner Konsum-Vereins sowie des Charlotten-
burger Konsum-Vereins.

Generl. Geschütz

„TASSI“

CIGARETTEN

sind die besten.

ULLY
YORK
ACOSTA } 3 Pfg.

Die

Möbel-Fabrik

von
A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5

empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 Mk.
in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und
Eisart sowie auch Volkswaren eigener Fabrikation zu
äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Be-
dienung. Kulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. [50472]

A. WERTHEIM

Besonders preiswert:

PORZELLAN

Weiss	
Speiseteller tief	20 Pf., flach 15 Pf.
Dessertteller	12 Pf.
Kompotteller	8 Pf.
Terrinen	95 Pf., 1.30
Kartoffelschüsseln mit Deckel	70 Pf.
Saucieren	45 Pf.
Kompottieren	17 bis 45 Pf.
Bratenschüsseln oval	25 Pf., bis 1 Mk.
Bratenschüsseln rund	35 Pf.
Kaffeekannen	28 Pf.
Teekannen	22, 45 Pf.
Milchtöpfe	7, 15 Pf.
Tassen	9 Pf.
Fruchtschalen mit Fuss	25 Pf.
Kompottschälchen	7 Pf.
Ein Posten flache Speiseteller	10 Pf.

Bunt	
Butterdosen	45, 60 Pf.
Leuchter	30, 35, 45 Pf.
Kaffebecher	13, 22 Pf.
Milchtöpfe	10, 22, 30 Pf.
Tassen	25, 27, 35, 40 Pf.
Dessertteller	18, 20, 22 Pf.
Dejeuners mit Tablett	2.50 Mk.

Kaffeeservice

9 teilig	2.90, 4.25, 4.50, 6 Mk.
16 teilig	6 Mk., 7.75, 8.50 Mk.

Tafelservice mit Gold- oder Blumendekor

30 teilig	25 Mk., 60 teilig 50 Mk., 56 Mk.
78 teilig	68 Mk., 70 Mk.

GLAS

Milchsatten gepresst	7, 9 Pf., blau 9 Pf.
Kompottieren gepresst	13 bis 90 Pf.
Butterdosen gepresst	25, 27 Pf.
Teller gepresst	4, 13, 15 Pf.
Kuchenteller gepresst	54, 65 Pf.
Weissbierpokale gepresst	22, 35 Pf.
Weissbierpokale Schalenform	27, 40 Pf.
Wassergläser gepresst	5, 6 Pf.
Mundwassergläser gepresst	7 Pf.
Bowlenkannen geschliffen	60, 85 Pf.
Butterdosen geschliffen	85 Pf.
Käseglocken geschliffen	60 Pf., 1.20
Sturzflaschen geschliffen	45 Pf. bis 1.35
Wasserflaschen geschliffen	45 Pf.
Wassergläser geschliffen	20 Pf.
Goldrandbecher geschliffen	7, 10 Pf.
Bierbecher mit Bordüre	12 Pf.

Weingarnitur, Strahlenschliff

Rot- u. Rheinweinkelche	42 Pf.
Madeirakeiche	38 Pf.
Bowlenkelche	52 Pf.
Champagnerkelche	50 Pf.
Biertulpen	52 Pf.

Einmache-Hafen

1/2 Ltr.	1/4 Ltr.	1 Ltr.	1 1/2 Ltr.	2 Ltr.	2 1/2 Ltr.	3 Ltr.
8	9	12	15	19	23	30 Pf.

Einmachegläser mit Verschluss

1/2 Ltr.	1/4 Ltr.	1 Ltr.	1 1/2 Ltr.	2 Ltr.
Perfect	44	48	53	60
Adler	28	38	45	50 Pf.

Neu aufgenommen:

Normal-Einmachegläser

In sämtlichen Grössen zu Originalpreisen. dazu Apparat und Kochtopf, 13.50 komplett

STEINGUT

Majolika-Blumentöpfe	35, 50, 60, 85 Pf., 1.10, 1.35
Majolika-Bowlenkrüge	42, 55, 80 Pf.
Schalenkörbchen Majolika	14, 27 Pf.
Marmeladendosen	40 Pf.
Salatieren bunt	Satz 50 Pf.
Butterkühler Steinzeug	1.15
Butterdosen Steinzeug	50, 60, 68 Pf.
Tafelservice bunt dekoriert, 23 teilig	6.50

Waschgarnituren dekoriert, 2 teilig	3 Mk.
Waschgarnituren elfenbein, 3 teilig	2.90
Waschgarnituren elfenbein, 5 teilig	4.75
Waschgarnituren dekoriert	
5 teilig	3.40, 3.75, 5.25, 6 Mk.

Ein grosser Posten durchbrochener

Schalen und Körbchen

In verschiedenen Grössen, zu besonders billigen Preisen.

EMAILLE-GESCHIRRE

Schmortöpfe ohne Ring, 6 Grössen	40 Pf. bis 1.75
Schmortöpfe mit Ring, 6 Grössen	60 Pf. bis 2 Mk.
Ringtöpfe 10 Grössen	55 Pf. bis 3 Mk.
Kasserollen ohne Ring, 8 Grössen	15 bis 90 Pf.
Kasserollen flache, 10 Grössen	15 Pf. bis 1.25
Kasserollen 5 Grössen	65 Pf. bis 1.10
Kochtöpfe gerade Form, mit Griffen, 8 Grössen	25 Pf. bis 1 Mk.
Kochtöpfe hohe Form, mit Griffen, 10 Grössen	40 Pf. bis 4 Mk.
Waschtöpfe gebauchte Form, 3 Grössen	2.50 bis 4.25
Gaskochertöpfe m. Deckel, 6 Grössen	75 Pf. bis 1.80
Gas-Wasserkessel 5 Gr.	85 Pf. bis 1.75
Wasserkessel f. den Herd, 5 Grössen	70 Pf. bis 1.40

Bratpfannen rund, 10 Grössen	12 bis 90 Pf.
Fischkocher oval und lang, 4 Grössen	2 Mk. bis 6 Mk.
Obstkocher mit Griffen, 8 Grössen	35 Pf. bis 1.75
Milchkocher 3 Grössen	60 Pf. bis 1.10
Essenträger 4 u. 5 teilig, 4 Grössen	1.40 bis 3.50
Milchkrüge gerade Form, 2 Grössen	40 und 60 Pf.
Kaffeeflaschen ca. 1 1/2 Liter	35 Pf.
Eierbecher weiss 5 Pf., dekor.	15 Pf.
Senftöpfe dekoriert	20 Pf.
Teller flach oder tief, 3 Grössen	12 bis 20 Pf.
Maschinentöpfe 6 Gr.	25 bis 80 Pf.
Schüsseln flache, 8 Grössen	18 bis 90 Pf.

Schüsseln tiefe, 8 Grössen	45 Pf. bis 1.35
Wasserkannen gerade Form, 6 Gr.	80 Pf. bis 2.50
Wasserkannen dekor.	2.50
Waschschüsseln dekoriert	2.75
Seifenhalter mit Haken, 12, zum Anhängen	30 Pf.
Konsole mit Mass, 1/2 Liter	35 Pf.
Kehrschaufeln 4 Grössen	40 bis 75 Pf.
Toiletteneimer dekoriert	4 Mk.
Toiletteneimer weiss	1.75
Wannen oval 6 Grössen	1.45 bis 3.75
Wannen rund 3 Grössen	1.75 bis 2.50
Wassereimer 28 cm, grau, 68, hellblau	85 Pf.

REISE-UND BADE-ARTIKEL

Reisetaschen, Reisekoffer, Rohrplattenkoffer, Kabinenkoffer, Reisekörbe, Reise-Necessaires, Rucksäcke usw.

Bade-Anzüge, Bade-Trikots, Bade-Laken, Bade-Mäntel, Frottiertücher, Badekappen, Bade-Pantoffel, Bade-Schuhe usw.

Unsere Geschäftshäuser werden um 1/2 9 Uhr geöffnet.

Soziales.

Zur Leutenot im Oberbruch.

Von einem Landarbeiter wird uns geschrieben:

In vergangener Woche konnte man in den bürgerlichen Blättern der Provinz Brandenburg lesen, daß in Sachsendorf auf dem Gute des Herrn Amtsrat Schmelzer 60 russische Schnitter rebelliert hätten. Sie hätten maßlose Lohnforderungen gestellt und man sei gezwungen gewesen, die Gendarmen zu holen. Diese hätte alle Mühe gehabt, die russischen Schnitter zu beruhigen und dieselben fortzubringen. Wie sieht es aber auf den Gütern des Herrn Amtsrat in Wahrheit aus? Auf dem Rittergut Dahnow, welches demselben Herrn gehört, waren im Anfang April circa 70 russische Schnitter. Mitte Juni nur noch 20-25; die anderen sind alle fortgelaufen, weil sie zu wenig verdienten. Wer die Verhältnisse kennt, wundert sich darüber nicht. Die russischen Arbeiter ziehen in demselben Affordlohn wie die deutschen. Der Affordlohn wird wie folgt berechnet: Wenn z. B. 40 Leute in Afford a Person 2 M. und 40 Leute in Tagelohn a Person 1,50 M. verdienen, so nimmt man den Affordarbeitern 20 Pf. ab und legt sie den Tagelohnarbeitern zu, so daß alle auf den gleichmäßigen Lohn von 1,50 M. kommen. Nun sind etwa 100 russische Schnitter auf den beiden Gütern Sachsendorf und Dahnow kontraktbrüchig geworden. Jeder dieser Leute hatte eine Skaution in der Höhe bis 20 M. stellen müssen. Das bedeutet für die Gutskasse einen Betrag von 2000 M., welcher angeblich zur Befreiung der Kosten bei Beschaffung der Leute verwendet wird. Oft wird gegenüber dem Vorwurf über Beschäftigung so vieler Ausländer erklärt: ja, wenn wir im eigenen Lande genug Leute in der Landwirtschaft bekämen, so würden wir keine Ausländer holen. Woran liegt es aber, daß z. B. auf dem Gute Dahnow nicht genügend hiesige Leute zu beschaffen sind? Nur ein paar Punkte über die elende Lage der Landarbeiter, die von den Konservativen als patriarchalische bezeichnet werde, mögen Erwähnung finden. Das Trintwasser sieht, wenn es aus dem Brunnen kommt, schön klar aus; nach 1 bis 2 Stunden ist es ganz schmutzig-gelb mit einer dicken Haut darüber und sinkt aus dem Eimer heraus. Die Krankenversorgung ist miserabel. Ein deutscher Schnitter bekam starken Gelenkrheumatismus, so daß er nicht gehen noch stehen konnte. Er wurde mit einem Oelgeschmamm zum Arzt im Nachbarort gefahren. Derselbe verschrieb eine Einreibung. Die Apotheke befindet sich in einem anderen Dorfe. Man fuhr trotz der großen Schmerzen des Kranken nicht sofort zum Arzt zur Apotheke. Erst abends, als die Arbeitskollegen des Erkrankten um 8 Uhr in die Schnitterkaserne kamen, jagte ein Kollege auf dem Rade noch der so lange erkrankten Einreibung. Der Kranke lag während dieser Zeit auf seinem Strohlager, vor Schmerz wie ein kleines Kind weinend. Eine Stunde später kam der Kollege aus der Apotheke mit der Nachricht, daß der Apotheker an die Schnitter des Herrn Amtsrats keine Medikamente ohne Geld verabsolgt. Denn der Herr Amtsrat gibt nur den Doktor frei, und auch dann nur, wenn es die Krankenschwester, welche in Sachsendorf stationiert ist, für nötig befindet, daß der Kranke überhaupt in ärztliche Behandlung kommt. Medikamente aus der Apotheke zahlt er nicht. Es wurden von mitleidigen Arbeitskollegen dem Kranken aus ihrer eigenen Hausapotheke Einreibungen gegeben, damit der Kranke wenigstens etwas Erleichterung bekam. Geld zum Kaufen von Medizin besah er

nicht. So steht's mit den „guten patriarchalischen Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft“. Da, wo halbwegs anständige Behandlung und Löhnung ist, finden sich heimische Arbeiter in Hülle und Fülle. Mögen diese doch endlich in größerer Anzahl wie bislang den Organisationen beitreten!

Jugendliche Arbeiter.

Eine Zunahme der Zahl der jugendlichen Arbeiter in Preußen wird in fast allen Berichten der Kreisärzte konstatiert. Im ganzen waren im Jahre 1905 in Preußen in Fabriken und diesen gleich gestellten Anlagen 132 597 jugendliche männliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren gegen 124 305 im Jahre 1904 und 69 054 weibliche gegen 65 362 im Jahre 1904 beschäftigt, außerdem 1500 Anaben und 843 Mädchen unter 14 Jahren. Arbeiterinnen im Alter von 16-21 Jahren waren 214 571 (gegen 201 044 im Vorjahre) vorhanden. Verstöße gegen die Schutzeinrichtungen und Bestimmungen für jugendliche Arbeiter und Kinder wurden von den Aufsichtsbeamten in 2135 Fällen, Verstöße gegen die Vorschriften über die Beschäftigungsdauer von Kindern in 476 Fällen ermittelt; bestraft wurden 1291 Personen.

Im einzelnen ist zu bemerken, daß in Berlin die Zahl der in der Heimarbeit tätigen Kinder sehr zu sein scheint und daß ihre Kraft teilweise über Gebühr in Anspruch genommen wird. Es ließ sich in einzelnen Fällen nachweisen, daß Kinder unter 12 Jahren, sogar unter 10 Jahren, regelmäßig für Dritte beschäftigt wurden und täglich 8, in den „Ferien“ sogar 10 Stunden arbeiten mußten. Im Regierungsbezirk Potsdam ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter etwas gestiegen, relativ aber dieselbe geblieben. Die meisten werden bei der Metall- und Holzbearbeitung beschäftigt. Es wurden 36 schulpflichtige Kinder in Fabriken bei der Arbeit angetroffen, davon 26 in Jügleleien. Im Regierungsbezirk Breslau erfolgten 51 Verurteilungen. Aus dem Kreise Rimpfisch wird berichtet, daß die jugendlichen Arbeiter bei den Getreibearbeiten besonders seitens der Rübenindustriellen mißbraucht werden. Auch im Regierungsbezirk Hildesheim hat die Zahl der in der Maschinenindustrie und in den Holzfabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter auffallend zugenommen; ungeeignete Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wurde in 9 Fällen festgestellt. Im Regierungsbezirk Coblenz waren von den Arbeitern nicht weniger als 7,8 Proz. = 1751 jugendliche. Im Regierungsbezirk Münster hat die Zahl der jugendlichen Arbeiter gleichfalls zugenommen, besonders in der Textil- und Konfektionsindustrie; auch die Zahl der Kinder ist um 42 gestiegen. Ähnlich im Regierungsbezirk Minden, wo sich fast in allen Betrieben die jugendlichen Arbeiter vermehrt haben; abgenommen haben sie nur in den Spinnereien.

Zwar existiert ein Gesetz gegen die Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft in Deutschland. Aber dies Gesetz macht einmal Halt vor der Landwirtschaft und dem Gindebedienst. Es ist ferner insofern nicht weitgehend genug, als es die Beschäftigung der Kinder bei fremden Arbeitgebern mit Vollendung des 12. Lebensjahres und bei den Eltern sogar mit Vollendung des 10. Lebensjahres gestattet, und es hat schließlich durchaus unzulängliche Kontrollvorschriften. Mit Recht wird in dem Bericht aus dem Regierungsbezirk Potsdam darüber geklagt, daß die Durchführung des Gesetzes infolge der Schwierigkeit der Kontrolle noch viel zu wünschen übrig läßt.

Soll die in gesundheitlicher, geistiger und sittlicher Hinsicht so gefährliche Kinderarbeit wirklich mit Erfolg beseitigt werden,

dann müßten sich die gesetzgebenden Körperschaften schon entschließen, den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wiederholt gestellten Anträgen Folge zu leisten. So lange das nicht geschieht, wird an eine nennenswerte Abnahme der Kinderarbeit nicht zu denken sein, zumal die Strafen für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz äußerst gering sind und die Kontrolle über die Durchführung unteren Verwaltungsbehörden überlassen ist, denen vielfach die hierzu erforderlichen Kenntnisse abgehen und denen nicht hinlänglich klar gemacht ist, daß das Gesetz die Kinder gegen Ausbeutung schützen, nicht aber den Unternehmern billige Arbeitskräfte sichern soll.

Unterliegen Militärkonzerte der Lustbarkeitssteuer?

Ein Gastwirt B. aus dem Rheinland war auf Grund der örtlichen Steuerordnung für neun Militärkonzerte mit 90 M. zur Lustbarkeitssteuer herangezogen worden. B. sucht die Besteuerung an, weil es sich um Darbietungen handle, bei denen ein höheres Kunstinteresse obwalte. Der Bezirksauschuß erkannte auf Abweisung der Klage, weil vorliegend Lustbarkeiten von höherem Kunstinteresse nicht in Frage kämen. Mögen auch Militärkapellen befähigt sein, Musikaufführungen darzubieten, bei denen ein höheres Interesse der Kunst obwalte, so könne vorliegend von Musikaufführungen, bei denen ein höheres Kunstinteresse obwalte, nicht die Rede sein, weil die Konzerte in einem Gartenlokal stattfanden, wo die Leute hin und her gingen und an den Tischen Bier tranken. Diese Entscheidung sucht B. durch Revision beim Oberverwaltungsgericht an. Dies erklärte die Revision für unbegründet. Zu den Lustbarkeiten gehören nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts alle Veranstaltungen, welche nach Absicht des Veranstaltenden dazu bestimmt und geeignet sind, zu ergötzen und zu unterhalten. Es sei nicht rechtsirrtümlich, wenn der Bezirksauschuß aus den Umständen, insbesondere der Urtunde der Leute im Konzertgarten folgerte, daß vorliegend ein höheres Kunstinteresse nicht zur Geltung kommen konnte.

Eine feine Submissionssklade.

Wie man sich in Halle bei Submissionen „einigt“, wurde durch eine Privatklage des Obermeisters der Steinseherinnung Reinitz gegen den Steinsehermeister Wegener vor dem Schöffengericht am Freitag aufgedeckt. Als die Postverwaltung bei der Vergabung von Kabel- und Erdarbeiten fünf Meister und den Obermeister zur Submission herangezogen hatte, „verständigten“ sich die Meister dahingehend: der Obermeister gibt das niedrigste Angebot ab, die anderen fünf fordern höhere Beträge; der Obermeister erhält die Arbeit und zahlt jedem der Höchstenbietenden dafür eine „Entschädigung“ von 300 M. Meister Wegener, der gar nicht berücksichtigt worden war, hatte das unlaute Mandat dem Telegraphen-Direktor hinterbracht und dabei gesagt, Reinitz habe auch ihm 500 M. geboten, damit er ihn nicht unterbiete. Dies war nicht richtig und Wegener wurde deshalb wegen Verleumdung mit 30 Mark bestraft. Wegeners Verteidiger bezeichnete aber das Verfahren der Submittenten als Betrug. Die Postverwaltung sei dadurch über Ohr gebauen worden; der Obermeister könne ja selbst gegen sich Anzeige erstatten. Der Vertreter des Obermeisters entgegnete, das Verfahren bei Submissionen sei hier so „üblich“.

Loden-Pelerinen

Bester Schutz gegen Sturm und Regen. Wetterfeste, strapazierfähige Loden. Unentbehrlich auf See und Gebirge.

Reichfaltige, glockenförmige Pelerinen. Mit und ohne Kapuze. 22.50 18.— 16.50 14.— 12.— 9.—

8 Mk.



- Loden-Havelocks 24.— 18.— 12.— 6 M. 75
Loden-Anzüge 27.— 21.— 15.— 15 M.
Loden-Joppen 8.— 6.— 4.— 2 M. 75
Loden-Müte 3.75 2.90 1 M. 90
Regen-Pelerinen 12.— 9.— 6.— 5 M.

Gummi-Mäntel 33.— 30.— 18 M. | Oel-Mäntel 9.50 6 Mk. 50

Baer Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes

Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (Loden-Kleidung) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.



Selbst wenn sie mehr kosten sollten, würde ihre Beliebtheit nicht darunter leiden, weil

JOSETTI VERA

CIGARETTEN

stets von jedem wirklichen Kenner allen anderen Fabrikaten gegenüber bevorzugt werden.

10 St. 30 Pfennig.

Kurfürsten- damm 126.

Wirtshaus Halensee

113-115 den Terrassen.

Empfehle den geehrten Parteilosen, Freunden und Bekannten bei Ausflügen, Sandbädern usw. meinen großen, schattigen Garten, Kaffee- stube und Vereinszimmer. Gute Speisen und Getränke zu soliden Preisen.

12975*

Grabenst.

Karl Bonczek.

Juwelen, Goldwaren, Uhren, sehr preiswert bei 18* Julius Kurth, 14 Neue Roh-Strasse Nr. 14.

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 14. Juli.
Neues Hof-Theater. Bajazzo. Schöne Galathée. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
 Nachmittags 3 Uhr: Die Geisha.
 Montag: Bajazzo. Die schöne Galathée.
 Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der Jongleur.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
 Der Troubadour.
 Nachmittags 3 Uhr: Der Waffenschmied.
 Montag: Die Amerikaner.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Räbliches Theater.) Koch-Brüch.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Neues Schauspielhaus. Kaffee.
 Montag: Kaffee.
Kleines. Vater und Sohn.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
 Montag: Tosca.
Westen. Die lustige Witwe.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Lustspielhaus. Die Welt ohne Männer.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Bernhard Role. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Nachm. 4 Uhr: Wo ist die Frau? Blumenstrauch. Arbeit schändet nicht.
 Montag: Der große Unbekannte.
 Nachmittags 4 1/2 Uhr: Wo ist die Frau? Blumenstrauch. Arbeit schändet nicht.
Wieroyol. Der Teufel lacht dazu.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wintergarten. La Tortajada. Spezialitäten.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Wolke. Der Hochzeitsgast. Spezialitäten.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Walhalla. Spezialitäten.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Folies Caprice. Gesticauto. — Paris. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Reichshallen. Berliner Säger.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Passage. Spezialitäten.
 Montag: Diefelbe Vorstellung.
Urania. Laubentruhe 18/19.
 Im Lande der Winternachts-sonne.
 Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Kleines Theater.
 Anfang 8 Uhr.

Vater und Sohn.
 Morgen und folgende Tage:
 Vater und Sohn.

Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
 Die lustige Witwe.
 Operette in 3 Akten v. Franz Schär.

Lustspielhaus.
 8 Uhr: Wiener Comedie - Lustspiel
 Die Welt ohne Männer.
 Sept. Gledner als Gast.

Schiller-Theater N.
 Friedrich-Wilhelm-Räbliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
 Kyriltz-Pyriltz. Sommerpreise.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: Das große komische Programm! U. a.: Jean Paul mit seinen Original-Typen. Jean Clermonts Zirkus-Parodie Barnum u. Veiledid.

10 Uhr: **Hartstein** in seiner Buechle „Der Hochzeitsgast“ als Crisvorsteher Lehmann.

Metropol-Theater
 Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
 Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Rauchen überall gestattet.

DERNHARD ROSE THEATER
 Gr. Frankfurterstr. 192.
 Sonntag, den 14. Juli:
 Im Garten, Anf. 4 Uhr:
 Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
 Im Theater abends 8 1/2 Uhr:
 Der große Unbekannte.
 Sommerpreise.

Schweizergarten
 Am Königstor. Am Friedrichshain.
 Straßendamm 1, 2, 4, 17, 59, 63, 63 u. 74.
 Täglich:
 Theater-Vorstellung.
 Neue Spezialitäten.
 Kinematograph und Ball.
 Freier Damentanz.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller - Theater O.
 (Ballner-Theater.)
 Moritz-Oper.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr
 bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
 Romantische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
 Gastspiel **Heinrich Bütel:**
Der Troubadour.
 Große Oper in 4 Akten v. G. Verdi.
 Montag, abends 8 Uhr:
Die Amerikaner.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
 Gastspiel **Heinrich Bütel:**
 Der Postillon von Loujumeau.



Heute
 Vorletzte Vorstellung
 in dieser Saison.

La Tortajada.
 Glänzendes Programm.

Passage-Theater.
 Heute zwei Vorstellungen.
 Nachm. 3-7 (ermäßigte Preise.)
 Abends 8-11 Uhr.

Der große Verwandlungskünstler
 Arturo

Bernardi.
 Berlins schlechteste Sourette
Ida Perry
 14 Variété-Sensationen 14

Walhalla-Variété-Garten
 Weinbergsweg 19/20, Rotentb. Tor.
 15 Juli-Spezialitäten.
 Promenaden - Konzert.
 Anf. 8 Uhr: 5. Vorstellung 7 Uhr.
 Bei ungünstigem Wetter
 Vorstellung im Theater 8 Uhr.
 Kleine Sommerpreise.

Fröbels Allerlei-Theater
 Joh. Fuhsmann, Schönw. Allee 143.
 Bestes Volkstheater Berlins.
 Heute: Letzter Sonntag
 des brillanten, riesengroßen, er-
 staunlichen Juli-Programm.
 Frank Gregorytruppe x 5 Ramoneurs
 The Arionos x Drei Papillons
 Cuno-Sandertlo x Herrmann Perlois
 Gustav Müller.
 Um 7 1/2 Uhr der Schläger der Saison:
Großstadtzauber.
 Voffe mit Gesang von B. Gerde.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Max Kliems
 Sommer-Theater
 Hasenheide 13/15.
 Künstliche Leitung: Paul Milbitz.
 Täglich: Gr. Konzert, Theater
 u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Jeden Montag: Sommerfest.
 Jeden Mittwoch:
 Die beliebtesten Kinderfeste.
 Jeden Donnerstag: Glitz-Tag.
 Die Kaffeeküche ist täglich von
 2 Uhr ab geöffnet.

Volksgarten-Theater.
 Bad-Behmstraße — Bahnhof Gesund-
 brunnen — Sellermannstraße.
Der rechte Weg.
 Original-Volkstheater mit Gesang und
 Tanz in 4 Akten von B. Gerde.
 Hierzu:
 Das neue
Riesen - Spezialitäten - Programm.
 Volkstheater-Vorstellungen.

Belle-Alliance-Garten
 Herrlichster Sommergarten Berlins.
 Weltberühmte Illumination.
 Vollständig neue Anlagen.
 Täglich:
Elite-Variété-Vorstellung
 Anf. wochentags 6, Sonntags 4 Uhr.

Gstbahn-Park
 Am Köstrinerplatz, Rüdigerdorferstr. 71
Hermann Imbs.
 Täglich:
Großes Konzert,
 Theater- und Spezialitäten-
 Vorstellung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Montag, den 29. Juli 1907:
Großes Sommerfest
 in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide.
 Konzert und Spezialitäten-Vorstellung, Marionetten-Theater,
 Fakelpolonäse usw.
Großes Brillant-Feuerwerk.
Großer Ball. Herren die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Eröffnung 3 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Billetts a 25 Pf.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
 Jedes Kind erhält am Eingange einen Bon zur Stocklaterne gratis.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein 241/11* **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis
 Sonntag, den 14. Juli:
Großes Sommerfest
 in folgenden Lokalen:
 Beylers Gesellschaftshaus, Ludwigs Park-Restaurant,
 Redlich (früher Holwein), Keglerheim,
 sämtlich in Treptow, Köpenicker Landstraße;
 Mentos Volksgarten, Lichtenberg, Röderstraße und
 Elysium, Landsberger Allee 40
 bestehend in
 Konzert x Unterhaltungen aller Art x Kinder-
 belustigungen x Fackelpolonaise mit bengalischer
 Beleuchtung x Preiskegelschieben x Tanz.
 Eröffnung 2 Uhr. Billett 20 Pf.
 Das Komitee.
 202/5*

Brunnen-Theater
 Badstraße 68. Direkt. Bernh. Ross.
 Heute:
Carmen.
 Erstklass. Spezialitäten-Programm:
 Artur Wolff. Loro-Quartett.
 Darringtontruppe. Adolf Böckel.
Phoites-Guitano-Comp.
 Kaffeeeröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Prater-Theater.
 Kastanien-Allee 7/9.
Flotte Weiber.
 Spezialitäten 1. Ranges.
 Auftreten der Löwenbraut
 Tilly Bébé mit ihren drei Löwen.
 Konzert und Ball.
 Anfang 4 1/2 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser
 Straße 6
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Bei günstiger Witterung
 auf der Gartenbühne.
 Sonnt. Mont. Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Säger
 Heute:
Die Frau Feldweibel.
 Lustspiel in einem Akt.
 Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 U.
 Morgen: Gr. Glitz-Soiree, Tanz.

Reichshallen-Theater.
 Heute: Letzte Sonntags-
 Soiree der **Stettiner**
 Säger (vor ihrer
 Beurlaubung). Anf. 7 Uhr.
 Morgen: Letzte Soiree!
 Dienstag:
 Erhes
 Gastspiel
**Winter-
 Tymlan.**

Otto Pritzkow
 Münzstraße 16.
**Welt-Ausstellungs-
 Biograph.** (St. Louis)
 Theater lebender
 Photographien.
 Täglich Eingang von
 Neuhelken.
Gras-Kuhbutter
 liefert franco, naturrein: 10 Pf. - Rest
 7 Pf. 2. Probe 6 Pf. - Rest 4 Pf. Tani
 Andermann, Burggr. Nr. 6, via Breslau.
 50223*

Castans Panopticum
 165 Friedrichstraße 165.
 Neu! Der Kampf in den Lüften. Neu!
Golgatha.
 Plastische Kolossalgruppe.

**Paul Schwarz Sommer-
 Theater.**
 Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
 24. Saison. Täglich. 24. Saison.
 Das großartige Spezialitäten-Programm.
 Das Beste vom Besten.
 Promenaden-Konzert. — Ball. Anfang 5 Uhr.

Sonnabend, den 20. Juli: Gr. Volks-Sommerfest der Partei-
 genossen Lichtenbergs. Gr. Gala-Spezialitäten-Vorstellung, Kinematograph,
 Promenaden-Konzert, Sommerabendball, Kaffeeküche, Regeldamen, Volks-
 belustigungen. Anfang 4 Uhr.

Diez Seeterrasse, Lichtenberg,
 Röderstr. 11-13
 zwischen Landsberger Allee und Adlerplatz.
 Größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement, 25 000 Personen
 fassend, mit 11 000 Quadratmeter See. — Jeden Sonntag:
Großes Lützow-Konzert.
 Um 6 und 10 Uhr: Auftreten der 53992*
besten Turmseilkünstler d. Welt Mr. J. H. Liepelt
 und Mrs. Mary
 längstes und höchstes Turmjeil, welches je belaufen wurde.
Erstklassiges Spezialitäten-Theater
 ca. 40 Nummern.
Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
 In zwei Gr. Ball. x Gr. Kaffeeküche. x 15 Ruderboote.
 Sälen: 4 vord. Kegelhallen. Volkbelustigungen aller Art.
 Anf. 3 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder unt. 10 Jahren frei, ältere Kinder 10 Pf.
Aegidius Diez, Direktor und Besitzer.

Neu! Das schönste Lokal der weiteren Neu!
 Dampf- Umgebung Berlins ist unstrittig Aus-
 angelegte. spannung.
Restaurant Waldesruh
 am Langen See, vis-a-vis dem Sportdenkmal Grünau, in der Willen-
 solante Weidenalch. Herrlich, mitten im Walde gelegen, mit
 schattigem Garten am Wasser, großem Parkett-Saal, Veranda und
 Nebenräumen, ein vorzüglicher Ausflugsort für Fabriken,
 Vereine, Gesellschaften etc. — Kaffeeküche, Kegel-
 bahnen, Boots-, Schieß-, Würfel- und Schaukelstand.
 Größeren Gesellschaften weitgehendstes Entgegenkommen.
 Telefon: Adpenid 227. Um gütigen Zuspruch bitten
 40922* **Erich Gerbert.**

Wo amüfieren wir uns?
Krug zum grünen Kranze
 Ober-Schöneeweide, Waldstraße 74.
 Küche und Keller vorzüglich.
 Ernst Höllich.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Abends 8 Uhr:
 Von der Zugsitze zum Watzmann.
 Von Montag, den 15., bis Sonn-
 abend, den 20. Juli inkl. bleibt
 das Theater geschlossen.

**ZOOLOGISCHER
 GARTEN**
 Heute Sonntag Eintritt:
50 Pf.
 Kinder unter 10 J. die Hälfte.
 Nachmittags ab 4 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
 Morgen sowie täglich:
 Großes Militär-Doppel-Konzert.

Prot.: S.K.K.H. d. deutsche Kronpr.
 n. S. H. Herz. Joh. Albr. z. Meeklbjg.

**Deutsche
 Armee, Marine
 u. Kolonial-
 Ausstellung**
 Wannsee-Bhf. Friedenau
 Heute in der Arena:
**Olympische!
 Meisterschafts-
 Spiele**
 Große Konzerte
 Vergnügungspark
 Eintritt 50 Pfennig.
 Militär und Kinder 25 Pf.
 Ausstellungslose à 1 Mark
 berechtigten täglich zum Eintritt.

Moerner's Blumengarten
 Ober-Schöneeweide a. d. Oberpree.
 Inh.: **Alb. Moerner**
 (Neues Konzerthaus).
 53012* Heute:
Extra-Reunion
 (Leitung: Langlehrer Sachs).
 Für Vereine und Gewer-
 schaften im Sommer noch Sonn-
 abends zu vergeben.
 Bedingungen in bekannter
 fultanter Weise.

527L*

Extra-Angebote

Nach beendeter Saison
Riesen-Teppiche
 Posten

(Muster voriger Saison spottbillig!)
Stieppdecken für Schlaf- 3 00
 zwecke
Similiselde in rot, oliv 5 25, 7 50
**Bunte Normal-
 Schlafdecken** 2 50, 3 50, 4 50
Reiseplaid engl. Karo- 4 00
 Muster
Teppiche imit. Perser 4 35, 5 50
Bettvorleger 1 50, 2 50, 3 00
Tüllhettdecken 2 50, 3 50
Gardinen, Fenster 2 50, 3 00
Tüllstores 1 55, Erbstüll 3 55
Portieren reich gest. 3 55, 4 50
 Fenster
Tischdecken reich 1 55, 2 50
 gestickt
Plüschlambrequins reich 2 55
 gestickt

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre
 Berlin Süd. Seit 1862
 nur Oranienstr. 158.

Unter- nirgends Filialen!
Pracht-Katalog
 (ca. 600 Illustrationen, künstle-
 risch ausgestattet.) grat. u. frank

Schwarzer Friedrichsberg  **Adler**
 Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).
 Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gebr. Arnhold. Fernspr. Friedrichsberg No. 8.
 Jeden Sonntag:
Großes Künstler-Konzert. * Spezialitäten-Vorstellung.
 Im Königsale: **Großer Ball.**
 Volksbelustigungen aller Art. * Drei verdeckte Kegelbahnen.
 Die Kaffeeküche ist von 8 Uhr an geöffnet.
 Entree 20 Pf. [5021L*] Anfang 4 Uhr.
 Jeden Mittwoch: **Willy Walde-Sänger.**

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide
 108/114.
 Jeden Sonntag:
Gr. Doppel-Konzert
 und Spezialitäten-Vorstellung.
 Zum Schluß: „Rau Diddel Dau“.
 Große Burleske-Pantomime für die „Neue Welt“ bearbeitet und in Szene gesetzt von Curt Ellis.
 Im Riesensale: **GROSSER BALL**
 Anfang 4 Uhr. Entree zum Konzertgarten 10 Pf. zum Theatergarten 25 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater.
 Landsberger Allee 76-79.
 Direkt a. d. Ringbahnstation. Bequemste Fahrgelegenheit u. allen Stadtricht.
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!
Das neue und beste Programm Berlins, u. a.:
 Brothers Bearwells, Dorton Brothers, phänomenaler Melange-Akt, sensationelle akrobatische Reuheiten, Original Clown Doll, Margarith & Dettmar, Comedian Dams and Parodist, The 5 Astleys.
 u. a.: 50 Karl Gedanke demjenigen, welcher den Hof Nischel dreimal um die Bühne herumreißt.
 Anf. 3 Uhr. Kaffeeküche. Volksbelustig. aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Artushof, Perlebergerstraße 26.
 Drei große Entscheidungs-Ringkämpfe:
 Hermann Gensch, Sachsa, gegen Albert Hein, Berlin.
 Hans Rodack, Solen, gegen Fritz Stolzenwaldt, Rheinland.
 Nikolai Danick, Siedbrunn, gegen Reinb. Wettjean, Berlin.
 Anfang 5 Uhr, Ringkämpfe 9 Uhr. Entree 30 Pf.
Montag: Vorletzter Tag.
 Zwei große Entscheidungs-Ringkämpfe:
 Hans Rodack gegen Reinb. Wettjean.
 Nikolai Danick gegen Albert Hein.
 Anfang 6 1/2 Uhr, Ringkampf 9 Uhr. Entree 30 Pf. Vorher: Theater und Spezialitäten ersten Ranges.

Carl Kellers Neue Philharmonie
 Köpnickstraße 96-97. 4951L*
 Empfehle meine 10 Säle, 50 bis 2000 Personen fassend, zu Versammlungen, Sommerfesten und anderen Vereinsvergünstigungen.
 Im herrlichen Naturgarten: **Sommer-Variété.**
 Täglich abends 7 1/2 Uhr: **Großes Konzert**
 und **Spezialitäten-Vorstellungen**
 mit reichhaltig abwechselndem Programm.
 Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

Mohr's Strand-Restaurant
 Zwischen Grünau und Carolinenhof herrlich inmitten Hochwald am Langen See
 gr. Saal - trockene Unterkunft für 1000 Pers. - Veranda
 Tel.: Amt Grünau 70 (Richtershorn) Inh.: E. Mohr.
 Bester Ausflugsort für Vereine, Fabriken u. Gewerkschaften.
 Beste Dampfer-Anlegestelle Ruderboote Gute Küche
 2 saubere Kegelbahnen - Gute Bedienung

SPREE HAVEL Stern
 DANPFSCHIFFFAHRT-GESELLSCHAFT
Billige Dampfer-Sonderfahrten
 I. von Jannowbrücke (Velvedere) und „Sächsisches Tor“:
 Täglich (außer Sonnabends) 9 Uhr nach **Waltersdorfer Schleuse.**
 Werttäglich (außer Sonnabends) 10 Uhr nach **Rauchfangswerder.**
 Um 2 Uhr 50 Pfennig-Fahrten.
 Jed. Dienstag früh 8 1/2 Uhr durch die **Dubrow nach Teupitz.**
 II. von Weidenammer Brücke (Friedrichstraße) 9 Uhr früh
 „Waldener Br.“ (Café Gärtner) 9 1/2 „ „
 „ Charlottenburg, Schloßbrücke „ „ 9 30 „ „
 „ Spandau, Charlottenbrücke „ „ 11 „ „
 Jeden Montag, Mittwoch und Freitag nach **Werder (Bismarckshöhe).**
 Täglich (außer Sonnabends) nach **Pfaueninsel u. Potsdam.**
 Fahrpreis an Werttagen 80 Pf., Kinder 40 Pf., bis u. zurück an Sonnt. 1.50 Pf., einlag. 1 Pf., Kinder d. Hälfte.
 III. ab Potsdam (Lange Brücke) Eisenbahnhotel:
 Jeden Montag, Dienstag, Donnerstag um 3 Uhr nachmittags **Umfahrt um Potsdam.**
 Unsere Leschenfahrpläne mit illustriertem Führer sind an den Stationen und in den meisten Zigarrengeschäften gratis zu haben.

Alhambra
 Wälder-Theaterstraße 15.
 Jeden Sonntag: **Großer Ball**
 Großes Orchester. Anfang Sonntags 6 Uhr. A. Zameitat.

Restaurant Gewerkschaftshaus.
 Engel-Ufer 15.
Menu 75 Pf.
 Heute Sonntag: Blumenloshuppe.
 Recht grün oder gemischtes Gemüse mit Schnitzel.
 Früher Schweinefleisch oder Kalbsbraten.
 Kompott oder Salat.
 X Reichhaltige Abendkarte. X
 Wochentäglich: Großer bürgerlicher Mittagstisch cov. 60 Pf.
 Um zahlreichem Besuch bitten alle Genossen 53562
Rich. Augustin.

Ausstellung von Erfindungen der Kleinindustrie
 25. Juni - 15. Sept. 1907
 Sonntags von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends geöffnet.
 Eintritt 50 Pfennig
 Dauerkarten 3 Mk.
 Keine Extra-Entrees.
 Von 11-1 und 4-7 Uhr:
KONZERT EINOEDSHOFER
AUSSTELLUNGSHALLE
 am Zoolog. Garten

Spezialität
 Wichtig für Bruchleidende. Meine Bruchbänder mit u. ohne Feder, sowie meine Leibbinden sind die bestsitzenden u. verursachen keine Beschwerden. Außer empfehle mein Lager von Beutunterlagen, Gummistrümpfen, Suspensoren, sowie sämtl. Ausspül-Apparate, Hygienische Schutzmittel.
A. REICHE, Bandagist,
 Lieferant sämtl. Krankenkassen etc.
 Berlin C., Seydelstr. 15. Tel. I, 8256.

Dr. med. Eckerman homöop. Arzt
 bish. Assist. d. Spez.-Arztes für Haut-, Harnleiden, Frauenleiden
Dr. med. Schaper, Berlin,
 prakt. jetzt als Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden Frauenkrankheiten**
 Berlin, Friedrichstraße 232 1, (vis-a-vis Markth.) 8-10, 2-6. (Mont. 4-6), 8-9 ab., Sonnt. 10-4.

Schönste Kochwald- u. Landparzellen
 am 53562*
Bahnhof Sadowa
 a. d. Straße nach Biesdorf 7 Minuten ab Bahnhof beginnend.
R. 10 Mark an.
 Günstigste Zahlungsbeding., Gas- u. Wasserleitung, Anschluss im Sommerbad, Restaurant, Eßtr., Exner, Gerlach in Neu-Sadowa und Restaurant Göde, Kaulsdorf.
Nieschke & Nitsche,
 Berlin C., Landsbergerstraße 66.

Auf Teilzahlung!
 Wöchentlich nur 1 Mark.
 Uhren jeder Art sowie Gold- u. Silber- Schmuck, Photographen, Platten, Grammophone, Harmonikas, Mandolinen, Geigen usw. Große Auswahl in Platten, edle Edison-Apparate und Waagen zu Original-Preisen.
Jahre & König,
 Warschauerstr. 72, 1. Etage, Steinrückdorferstr. 101, 1. Etage.

29
 Gardinenhaus Bernhard Schwarz Ballstr. 29 Tür-Eing.

Arbeiter-Berufs-Kleidung
 Aeltestes Spezial-Geschäft **3 Mühlendamm 3** und **Kottbuserdamm 95.**
Adolf Wecker.

Die Harnleiden
 Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von **Dr. med. Schaper, BERLIN - Preis 1 Mark.**
 111es Tausend Verlag Max Richter Frankfurt (Oder) Buchmühl-Verlag

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.
 Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.
 Montag, 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Vercht, Ritterstr. 75:
Statutenmäßige General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Beratung der Statuten der Zählstelle Groß-Berlin.
 2. Anträge.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung. 198/19

Luisenpark Wilmersdorf
 Wilhelmsau 112.
 Heute: **Elite-Freikonzert * Ball.**
 Jeden Mittwoch: Kaffeekochen und Freitanz.
 Kaffeeküche alle Tage geöffnet. Kegelbahnen.

Erfrischend - Durststillend!
 Die köstlichen, erfrischenden Limonaden, Brause-Limonaden u. Fruchtsyrup bereitet man unerschöpflich nur selbst mittels der **Noa's Frucht-Syrup-Extrakte,** das allein echten natürlichen Aroma frischer Früchte enthaltend, vorzüglich in Himbeer-, Kirsch-, Erdbeer-, Zitronen-, Pfirsich-, Waldmeister-, Apfelsinen-, Limetta etc., Preis p. Fl. 50 Pf. zur Herstellung von 4 Pfd. Frucht-Syrup, wozu sich das ganze Pfund für u. fertig auf nur 25 Pf. stellt. Vorzüglich zu Crème, Speisen, Puddings, Weidhler, Selters etc. Mit Zuckerwasser gemischt, ergibt 1 Fl. Extrakt, Preis 50 Pf., 15 Str. wunderbarer erquickende Limonade. 1 Glas davon stellt sich auf nur 1 Pf., Brauselimonade auf nur 3 Pf. p. 1/2 Literflasche.
 Berth. Müller, 192 seit. Rezeptbuch 12. Auflage, Anleitung zur Bereitung von Kognak, Rum, allen echten Likören, Bieren, Limonaden und Brausewässern, Selters etc. im Haushalt gratis. 54412*
Max Noa, Fruchtsaftpresserei,
 Berlin, Elbasserstr. 5, 3. Haus vom Rosenhäger Tor.

In die letzte Liste der **boykottfreien Bäckereien** sind folgende Bäckereien als **bewilligt** nachzutragen:

- Berlin.**
 Oberstr. 23, Nachtagall.
 Gomarstr. 20, u. Grotz.
 Friedrichshofstr. 17, Baum.
 Göbenstr. 18, Brotsfabrik Verolina.
 Gräberstr. 12, Gante.
 Libauerstr. 17, Ock.
 Turmstr. 54, Bernat.
 Warschauerstr. 8, Schild.
Brin.
 Bötterstr. 33, Kaiser-Berlin.
 (Wiederverkäufer und Kunden- sammelstelle.)
Pantow.
 Morastr. 41, Schneider (Vertreter Walter).
Reinickendorf.
 Eichhornstr. 35, Rube.
 Zulusstr. 29, Dertel.
Rigdorf.
 Elegfriedstr. 44, Bräuner.
 Beldstr. 34, Schulz.
Schöneberg.
 Elegfriedstr. 1, Brotsfabrik Verolina.
 Kaiser Friedrichstr. 4, „
Steglitz.
 Marksteinstr. 8, Strahmann (Wieder- verkäufer).
Die Bewilligung zurückgezogen resp. durchbrochen haben:
 Anklamerstr. 57, Eber.
 Antonstr. 48 (früher Dertel) ist von Oberhoff, Gerichtstraße, weil er bewilligte Ware verkaufte, geländigt. Jetzt wird unbewilligte Ware dort verkauft.
 Altensteinstr. 9, Gähwein.
 Barnimstr. 5, Regler.
 Beusselstr. 45, Breitlein.
 Bienenhägerstr. 2, Krenning.
 Brühlstr. 43, Jannet.
 Chodowidstr. 1, Müller.
 Danzigerstr. 8, Konrad.
 Deontheimerstr. 13, Berth.
 Remstr. 51, Gante.
 Weidstr. 67, Brendel.
 Hausburgstr. 26, Söder.
 Hochmeisterstr. 20, (Witt), um die Jannetbrosen zu erhalten, im „Vorwärts“ ausdrücklich als zurückgezogen (leben).
 Hochstädterstr. 23, Zahl.
 Langestr. 21, Menert.
 Wälderstr. 51, Schön.
 Rosstr. 49, Rörbe.
 Pappel-Allee 85, Drehtler.
 Strausbergerstr. 33, Schild.
 Streifgasse 31, Scheunemann.
 Reinstr. 27, Regler.
 Biondstr. 13, Sobel.
Charlottenburg.
 Dandemannstr. 12, Barz.
Rigdorf.
 Falkstr. 21, Sulat. (Hat diese Woche bewilligt, aber schon wieder zurückgezogen.)
 Steinwegstr. 131, Lorenz.
Neumark.
 Kantstr. 18, Nügelstrau.

Gesperret sind ferner die Brotsfabrik **Wittler**, Müllerstr. 33/34, und die Großbäckerei **Stoffner**. Der Brotsfabrikant **Wittler**, der die Simonsbrotfabrik aufgekauft hat, versucht in einem Flugblatt seinen Wortbruch zu vertuschen.

Liste derjenigen Milch- u. Gemüsegeschäfte, die nachweislich Ware von unbewilligten Bäckereien beziehen.

- Häckerstr. 35, Sella.**
 79, Bittner.
Anklamerstr. 6, Teresiak.
 53, Döring.
 56, Witte.
 Bergstr. 17, Zaspel.
 Beusselstr. 79, Seehof.
 Bogenstr. 45, Dier.
 Burgsdorferstraße (Ede Sparrstraße), Kikowski.
 Burgsdorferstraße (Ede Müllerstraße), Gutsch.
 Chorinerstr. 58, Viellard.
 Oberstr. 38, Wlachmann.
 55, Kleinau.
 Elisebeth-Ufer 13, Ziebarth.
 Nehmannstr. 1, Karbo.
 Heubellmerstr. 39, Klath.
 Fruchtstr. 36, Vogt.
 Weidstr. 9a, Schmidt.
 Wroplandstr. 2, Wolf.
 Dagenauerstr. 12, Meyer.
 Quittenstr. 18, Karl.
 22, Stöbbe.
 68, Rücke.
 69, Rinke.
Jahmunderstr. 18a, Jordan.
 20, Friess.
Kammererstraße, Pein.
 Kochmannstr. 2, Radke.
 13, Schütz.
 27, Wogener.
Koppenhagenstr. 15, Gerhard.
 Köpenickerstr. 105, Burschke.
 Koppenstr. 63, Lehmann.
 Lützenstr. 213, Gruber.
 Lützen-Ufer 13, Ziebarth.
 Marienburgerstr. 2, Kompfar.
 Maternstr. 7, Schulze.
 Müllerstr. 163, Gussach.
 Peterdörferstr. 13, Kräger.
 16, Blacha.
Brenzlauer Allee 200, Storch.
 Nollendorferstr. 3, Franko.
 39, Rosner.
Ankestr. 44, Kessol.
 Schwarzkopfstr. 18, Dier.
 Schwebelstr. 225, Jarmarkt.
 Seestr. 68m, Schöning.
 Strahmannstr. 1, Haase.
 Stargarderstr. 13, Hellwig.
 Strausbergerstr. 31, Haensel.
 Streifgasse 60, Grafmann.
 Teufelstr. 15, Lau.
 Tüftelstr. 84, Minkwitz.
 Triftstr. 33, Rörich.
 Utebomstr. 12, Jauner.
 Urechterstr. 10, Bartoll.
 Veteranenstr. 17, Bruchmüller.
 Weidenburgerstr. 83, Strauß.
 Weidstr. 9, Wissmann.
 Weidstr. 38, Lenz.
 Wilhelmshagenstr. 60, Scholla.
 Biondstr. 55, Kuhnke.
Bornsdorferstr. 39, Schwarz.
 52, Mühl.
 Zwinglstr. 14, Förster.
Charlottenburg.
 Refsingstr. 29, Krüger.
Lichtenberg.
 Frankfurter Chaussee 78, Flischka.
Reinickendorf-Weiß.
 Antonienstr. 42, Lutter.
 Wittestr. 7, Birr.
Rigdorf.
 Gannerstr. 15, Martin.
 Neue Döbereiterstr. 62, Koch.
 Jägerstr. 55, Oswald.
 61, Ruhke.
 71, Knobelsdorf.
 Kaiser Friedrichstr. 9, Schickel.
 Reifingstr. 22, Mangler.
 Prinz Handjerystr. 10, Walter.
Neumark-Bogdanz.
 Lenbachstr. 2, Hamann.
 Goethestr. 5, Bischof.
 Kantstr. 9, Taubert.
Schöneberg.
 Gothenstr. 3, Ernst Wartenberg.

Wir bitten die verehrlichen **Kausfrauen** und **Konsumenten**, die kämpfenden Bäckergesellen dadurch wirksam zu unterstützen, daß sie ihre **Ware nur aus Geschäften beziehen, die Brot und Backware von bewilligten Bäckereien entnehmen.**

Die Lokalkommission.
 Bureau: Auguststraße 36. T. A. III, 1243.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

==== **Dienstag, den 16. Juli 1907, abends 8¹/₂ Uhr:** ====

Versammlungen der sechs Berliner Wahlvereine.

1. Kreis.

Dräsel, Neue Friedrichstraße Nr. 35.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht. 2. Ergänzungswahl zum Vorstande. 3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins am 11. August. 4. Der internationale Kongress in Stuttgart 18. bis 24. August. 5. Wahl des Delegierten. 6. Vereinsangelegenheiten.

2. Kreis.

Bock-Bräuerei, Am Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Diskussion. 3. Der internationale Kongress in Stuttgart. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Richard Fischer**. 4. Diskussion. 5. Wahl des Delegierten. 6. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 7. Verschiedenes.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Der internationale Kongress. Referent: Parteisekretär Genosse **Hermann Müller**. 3. Wahl des Delegierten.

4. Kreis.

Keller (Juh. Freyer), Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Der internationale Kongress in Stuttgart. Referent: Genosse **Heinrich Ströbel**. 2. Beratung eventueller Anträge und Diskussion. 3. Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

1. Der internationale Kongress. Referent: Genosse **Georg Davidsohn**. 2. Diskussion. 3. Wahl des Delegierten. 4. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung Groß-Berlins. 5. Partei- und Vereins-Angelegenheiten.

6. Kreis.

Germania-Brachtsäle, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung:

1. Der internationale Kongress. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse **Ledebour**. 2. Diskussion und eventuelle Anträge. 3. Wahl des Delegierten. 4. Verschiedenes.

Zu allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des Wahlvereins! Die Vorstände.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.
Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr,
im Lokal des Herrn Hoppe, Hermannstraße Nr. 49:
Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unsere Afrikaner. Persönliche Eindrücke vom Peters-Prozess.

Referent: Genosse **Kurt Eisner-Nürnberg**. Diskussion. Der Vorstand. [235/7*]

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 16. Juli, abends 6¹/₂ Uhr, in Volgs Rittersälen, Ritterstr. 75:

Versammlung

aller in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom 10. Verbandstag in Nürnberg. 2. Ersatzwahlen zur Regulatorik-Kommission. 3. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint in Massen in diesen Versammlungen, denn es ist eure vornehmste Pflicht, dieselben zu besuchen.
Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 17. Juli, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:

Gemeinschaftliche

Branchen-Versammlung der Album- und Galanterie-Branche.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Verbandstag in Nürnberg. Referenten: Eugen Brückner und Fritz Freudenthal. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Branchen-Vertrauensleute.
Fr. Freudenthal. Max Schubert.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Wilmannsstr. 32a, Hof part. Telefon: Amt 7 Nr. 6020.

Mittwoch, den 17. Juli, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokal von Wille, Brunnenstraße 188:

Branchen-Versammlung

aller in der mechanischen Leder- und Filzschuh-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Gewerkschaften und Unternehmerverbände! Ref.: Kollege Hamacher. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlaag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Saalgeschäft,

größerer Vorort Berlins, (reich, gutgehendes Lokal, Saal 650, Bevelshammer 100, Garten 150 Personen fassend, nebst Restauration, verbunden mit Destillation und Stebbierhalle, umgeben wegen Krankheit der Frau anderweitig weiter zu verpachten. Alle Sonntage öffentliche Tanz. Viele Vereinsvergüngen. Sellen günstiges Angebot. Erforderlich 7-8000 M. Offerten sub F. Z. 1911 befördert Rudolf Mosse, Berlin SW.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe: Rabsitzspanner.

Mittwoch, den 17. Juli 1907, abends 8¹/₂ Uhr, bei Jannasch, Inselstraße 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Gewerkschaftliches. 142/5
Zahlreichen Besuch erwartet Der Gruppenvorstand.

General-Versammlung

der Sterbekasse ehem. Pflugschar Arbeiter (Hetzelsche Kasse)

am Sonntag, den 28. Juli 1907, vormittags 10 Uhr, in Wille's Saal, Brunnenstraße Nr. 188.

Tages-Ordnung:

1. Berlesung des Protokolls der Generalversammlung vom 27. Januar 1907.
2. Kassenbericht für das erste Halbjahr 1907 und Bericht der Revisoren.
3. Festsetzung der Publikationsorgane für 1907/08.
4. Antrag des Vorstandes betreffend Erhöhung des Sterbegeldes (S. 15).
5. Antrag der Revisoren betreffend Erhöhung der Remuneration auf 10 Proz.
6. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 293/3*

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. Otto Winkler.

Deutscher Buchbinderverband

Zahlstelle Berlin.

Bei ungünstigem Wetter findet unser Sommerfest am 15. Juli in sämtlichen Sälen der Neuen Welt statt.
24/8 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Am Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die

Bezirks-Sitzungen

statt. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, welche in den Bezirken bekanntgegeben wird, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dort zu erscheinen. 134/8 Die Obente.

Verband der Tapezierer.

Sektion der Kleber.

Mittwoch, den 17. Juli, abends 8 Uhr, bei Meyer, Driemenstr. 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Klebers ist es, zu erscheinen. Die Verbandsleitung. 178/12

Zentral-Krankenkasse der Tapezierer

Filialen Berlins.

Freitag, den 19. Juli 1907, abends 8¹/₂ Uhr:
Quartals-Versammlungen.

Filiale 1: Driemenstraße 103 bei Meyer.
2: Elisabethstraße 14 bei Meyer.
3: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7).

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom zweiten Quartal. 2. Verschiedenes. 179/11
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltungen.

Von der Michaelbrücke!

Heute Sonntag: Große Exkursion nach Schmökwitz und Müggelwälder. Abf. nachm. 2¹/₂ Uhr. Preis eine halbe Fahrt 50 Pf. Außerdem täglich mit Nacht nach Woltersdorfer Schleuse. Abf. früh 8¹/₂ u. nachm. 2¹/₂ Uhr sowie Montag 10 Uhr nach Neuh. Dienstag 9¹/₂ u. 2¹/₂ Uhr nach Schmökwitz. Ein u. zurück 50 Pf., auch Frühstour. (18408) G. Zachow, Kiebitz.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Die Genossinnen und Genossen werden nochmals auf die morgen (Montag) abend 8 Uhr im Volkshaus stattfindenden Volksversammlung aufmerksam gemacht. Thema: „Unsere Afrikaner! Persönliche Eindrücke vom Peters-Prozess“.

Nitzorf. Am Dienstag findet in Doppels Festsäle eine Volksversammlung statt, in der Genosse Eisner über das Thema: „Unsere Afrikaner! Persönliche Eindrücke vom Peters-Prozess“ spricht.

Ober-Schöneeweide. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Dohlschlag, Ostend, Kaiserstraße, statt.

Reinickendorf-Ost. Am Dienstag, den 16. Juli 1907, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins im Lokale des Genossen Falk (früher Wolfram), Hausotterstr. 44, statt.

Weihensee. Dienstag, den 16. Juli, findet im „Prälaken“, Lehrstr. 122, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Lichtenberg. Dienstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Rehendorf. Am Dienstag, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Lokal von W. Wiedig, Potsdamerstr. 25, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Friedenau. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Grube, Kaiser-Allee 65. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Gröger-Nitzorf; Bericht von der Kreis-Generalversammlung.

Treptow-Baumfischweg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unsere Generalversammlung nicht am 16. Juli, sondern erst am Dienstag, den 23. Juli, stattfindet.

Oris. Am Dienstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Weniger, Werderstraße, die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Teltow. Am Dienstag, den 16. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, hält der Wahlverein von Teltow und Umgegend im Lokale des Herrn Derx, Rehendorferstraße 4, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Spandau. Die am vorigen Dienstag umständlicher als gefallene Generalversammlung des Wahlvereins findet bestimmt am Dienstag, den 16. d. Mts., bei Amte, Schönwalderstraße, statt.

Berliner Nachrichten.

Seht die Wählerlisten nach!

In Berlin müssen wir uns für den Herbst auf die Stadtverordnetenwahlen rüsten, die in diesem Jahre zu vollziehen sind. Die Wählerliste ist vom Wahlbureau des Magistrats bereits aufgestellt worden.

Die Notwendigkeit, die Wählerlisten zu kontrollieren, ist im „Vorwärts“ so oft nachgewiesen worden, daß es eigentlich nicht mehr nötig sein sollte, noch irgend ein Wort darüber zu sagen.

Schlafburjchen sind, zur Genugung des liberalen Bürgertums, bei Gemeindevahlen nicht wahlberechtigt, wohl aber haben Chambrégarnisten das Gemeindevahlrecht.

Der über den von ihm zum Schlafen benutzten Raum auch zu jeder anderen Zeit verfügen könnte, wobei es nichts ausmacht, ob er ihn allein oder mit anderen Personen zusammen gemietet hat und benutzt.

Versehen der geschilderten Art und ähnliche, z. B. auch Irrtümer in der Schreibung des Namens, Angabe eines falschen Vornamens, Hinzufügung eines falschen Berufes, Einreihung nach einer falschen Wohnung, kommen bei der Aufstellung der Wählerlisten immer wieder in großer Zahl vor.

Jeder Wähler sollte es als seine Pflicht ansehen, sich heiziten zu vergewissern, ob er in der Wählerliste steht. Besonders sollte keiner unserer Genossen die Erfüllung dieser Pflicht jedes Wählers verabsäumen.

Die Schlenken des Himmels

wollen sich nicht schliefen. Mit einer Ausdauer sondergleichen werden wir seit einigen Tagen nahezu ununterbrochen von einem mehr oder minder starken Regen heimgesucht.

Ueber das Wetter der letzten Tage wird im einzelnen berichtet: Ein schweres Gewitter, das Freitag nachmittag in den östlichen Vororten getobt, hat großen Schaden herbeigeführt.

Amlich wird gemeldet: Infolge der starken Niederschläge während der letzten Tage trat heute — Sonnabend — gegen 4 Uhr vormittags in der Nähe von Kaulsdorf eine Dammrutschung ein.

Die Ferienspiele der Gemeindeführer

die in Buch, Blankenfelde und Birknersfelde geplant sind, haben in vergangener Woche ihren Anfang genommen.

In der Demminerstraße versammelten sich schon am Montag zirka 80 Kinder. Der Lehrer, der die Aufsicht übernehmen sollte, erklärte: „Am Dienstag fahren wir, aber ich nehme nur 40 Kinder mit; das ist doch für meine Person genug“.

Sollten sich hier nicht zwei oder drei Herren finden, damit alle, wie es doch jedenfalls geplant ist, an den Ferienspielen teilnehmen können?

Eine andere Zuschrift aus der Manteuffelstraße erhebt die gleiche Klage. Auf dem Schlesienschen Bahnhofe waren gegen 100 Kinder versammelt, der Leiter erklärte aber, laut Verfügung nur 40 mitzunehmen zu können; schließlich entschloß er sich, doch alle mitzunehmen, um nicht Tränen fließen zu lassen.

Zu diesen Klagen möchten wir bemerken, daß die ganze Sache noch sehr in den Anfängen steht und man wohl nicht auf eine derartig zahlreiche Beteiligung von vornherein gefaßt war.

Ein Dankschreiben für den liebenswürdigen Empfang und die großartige Gastfreundschaft der englischen Gäste haben diese an den Oberbürgermeister der Stadt Berlin und auch an den den der Stadt Charlottenburg gesandt.

Verlegung von zwei wichtigen Straßenbahnlinien. Zwei wichtige Linien der Straßenbahn müssen mit Rücksicht auf den Bau des Untergrundbahnhofs unter dem Leipziger Platz für einige Zeit verlegt werden.

Auf schreckliche Weise hat sich Freitagabend die 17 Jahre alte Anna Wenigleben aus der Landsberger Allee 129 ums Leben gebracht. Wie angegeben wird, hatte das junge Mädchen ausgehen wollen, doch war ihr dies von der älteren Schwester verboten worden.

Ueber eine neue Mollenflucht aus dem städtischen Arbeits-hause in Rummelsburg wird uns heute berichtet. Fünf Inoffenen ist es gelungen, aus der Anstalt zu entweichen.

Fahrerabstöße häufen sich in Berlin und Umgebung in geradezu unheimlicher Weise. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind in Groß-Berlin über 200 Fahrräder gestohlen worden.

Ueber die Rechtschreibung der Berliner Straßenschilder äußerte sich der Oberkorrektor der Reichsdruckerei, Herr Otto Reinecke, in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung des Vereins Berliner Korrektoren recht abfällig.

Passagiere der Stadtbahn auf dem toten Geleise. Wir erhalten folgende Zuschrift: „Am Abend des 9. Juli waren eine Anzahl von Personen, darunter auch Frauen nebst kleinen Kindern, auf dem Bahnhof Charlottenburg und warteten auf den letzten Zug Richtung Westend-Nordring.“

einem anderen, nur bis Westend fahrenden Zug als Nordring hatte weiter fahren lassen und den fahrplanmäßigen Nordringzug, in dem etwa 90 bis 100 Personen saßen, in Westend auf ein totes Geleise fahren lassen. Wohl oder übel mußten nun viele von den Passagieren den weiten Weg nach Hause zu Fuß antreten, einzelne bis nach Weissensee und Pantow.

Rauch einer mag da wohl von Mutter unbediente Vorkürfe wegen seines langen Ausbleibens erhalten haben. Der Beamte erklärte noch, er könne nicht auf zwei Bahngeleisen zugleich Dienst tun. Auch ein Kapitel zur Sparsamkeitspolitik der Eisenbahnverwaltung.

Eine Anschlagssäule fortgerissen. Großes Unheil haben gestern nachmittag durchgehende Pferde an der Ecke der Königsgräber- und Prinz Albrechtstraße angerichtet. In der Dessauerstraße hatte das Gespann eines Teppichreinigungsinstitutes vor einem vorübergehenden Automobil gesteuert und war durchgegangen. Ohne Führer rasteten die Tiere mit dem Führer in die Königsgräberstraße hinein und brachten die Straßenpassanten in große Gefahr. An der Kreuzung der Prinz Albrechtstraße ließen die Ausreißer auf die dort befindliche Rettungssäule. Sie rasteten mit dem Führer gegen die Anschlagssäule, und zwar mit solcher Gewalt, daß die letztere aus der Erde herausgerissen und auf den Strohdamm geschleudert wurde. Unbehindert rannten die Pferde dann weiter, bis sie schließlich durch mehrere Männer zum Stehen gebracht werden konnten.

In dem Selbstmord des Dienstmädchens des Schlächtermeisters Andree in der Schillerstraße 141 schießt uns der Schlächtermeister ein Schreiben, in welchem auf den § 11 des Preßgesetzes zwar Bezug genommen wird, das aber dem Inhalte nach diesem Paragraphen nicht im mindesten entspricht. Wir haben aus demselben herpor, daß Herr Andree in der Hauptsache unsere Darstellung bestätigt; nur sucht er es so darzustellen, als ob das Dienstmädchen — Helene Schulze ist ihr Name — aus Liebesgram ins Wasser gegangen sei und beruft sich zum Beweise dafür auf zwei Briefe, die vorhanden sein sollen. Außerdem erklärt Herr Andree, daß die Helene Schulze bei ihm im vierten Monat in Stellung sei und überhaupt kein Dienstpersonal lange Zeit bei ihm ausfällt. Es fragt sich nur, welchen Zeitraum Herr Andree für eine „lange Zeit“ betrachtet.

Nicht in der Buttmanstraße, sondern in der Gropiusstraße 5, im Lokal von Brunow hat sich der Streit entsponnen, im Verlaufe dessen es zahlreiche blutige Wunden gab und 5 Personen die Unfallstation aufsuchen mußten. Der Schuhmacher Ebert war mit dem Wirt wegen der Höhe der Rente in Streit geraten. In seiner Wut soll er die auf dem Boden liegenden Gläser auf die Erde geworfen und mit den Scherben verächtlich haben, die ein Kind auf dem Arm tragende Wirtin zu bombardieren, wobei auch eine Schaufenscheibe zertrümmert wurde. Als der Wirt sah, daß seine Frau und sein Kind in Lebensgefahr waren, warf er dem E. eine gerade in der Hand haltende Flasche an den Kopf und beförderte ihn schließlich aus dem Lokal.

In der Großen Berliner Kunstausstellung 1907 findet heute der erste billige Sonntag statt. Eintrittspreis 25 Pf.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 21. Juli, Familienausflug nach Tegel-Schulzendorf. Die Abfahrt des Zuges nach Tegel ist Stettiner Vorortbahnhof 8.05, Gesundbrunnen 8.11 Uhr. Treffpunkt für Radfahrer, sowie Teilnehmer, welche die Straßenbahn benutzen, bis 10 Uhr vormittags im Restaurant Otto Rafum, Berlinerstraße 102 (Endstation der Straßenbahn); von 12 Uhr mittags ab Trillers Restaurant „Suberius“, Joh. Wösch in Schulzendorf. Reges Betätigung wird erwartet.

Auf der Treppe-Sternwarte spricht Dr. F. S. Archenhold am Sonntag, den 14. Juli, nachmittags 5 Uhr, über: „Kometen und Sternschnuppen“ mit besonderer Berücksichtigung des Sichtbarwerdens des Halleischen Kometen, um 7 Uhr über: „Der Mond im Treppe-Sternrohr“. Das Thema für den Montagvortrag, abends 9 Uhr, lautet: „Das Werden der Welten“. — Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche am Tage die Sonne, abends der Mond den Besuchern gezeigt.

Der Ruderverein „Vorwärts“ veranstaltet am Sonntag, den 14. Juli, auch heute mittag 12 Uhr, seine diesjährige Vereinsregatta. Unter den 10 Mannen befindet sich auch ein Damenemmen, das von zwei Damenachtern ausgeführt wird. Start: Treppe-Sternwarte Eisenbahnbrücke, Ziel: Stralau, Restaurant „Schwanenberg“. Gäste sind freundlich eingeladen.

Einen erheblichen Verlust hat gestern Abend ein Arbeiter erlitten, der seinen ganzen Lohn im Betrage von 42 M. verlor. Das Geld befand sich in einem stark abgegriffenen rotledernen Portemonnaie und kam abends 1/2 7 Uhr von der Königsbergerstraße bis nach der Köpenickerstraße auf dem Wege durch die Frucht-, Rabat-, Koppensstraße und Schillingstraße abhanden. Sollte ein Leser dieser Zeilen den Fund gemacht haben, so wird er um Abgabe gebeten an den Tischler Karl Schilling, Köpenickerstr. 81a III bei Rengel.

Wesperrit wird bis auf weiteres die nördliche Umfahrtsstraße des Leipzigerplatzes Tunnelarbeiten halber.

Feuerwehbericht. Gestern früh wurde die Feuerwehr nach der Drontheimerstr. 2 gerufen, wo Gardinen usw. in Brand geraten waren. In der Michaelsstr. 17 war durch Ueberlocken von Gas in einer Fabrik Feuer ausgebrochen. Holzwohle, Kisten u. a. wurden in der Pringensstr. 95 ein Raub der Flammen. Durch Entflammung von Spiritus beim Ausgießen auf einen Kocher gerieten in der Zimmerstr. 21 die Kleider der Frau Riese in Brand. Sie erlitt am Kopf, an der Brust und den Beinen Brandwunden zweiten Grades. Die Verletzte wurde von der Feuerwehr nach der Charité gebracht und dort verbunden. Ferner hatte die Feuerwehr in der Willowsstraße 80, Voigtstr. 22, Schwedterstr. 85, Brunnenstr. 103, Schönhäuser Allee 177c, Vetteranenstr. 20 u. a. Stellen zu tun. Dort waren Gardinen, Fleisch, Wäsche, Möbel usw. in Brand geraten. Außerdem wurde die Wehr einigemal in Anspruch genommen, um Pferde in Sicherheit zu bringen.

Vorort-Nachrichten.

Die Genehmigung der von Gemeinden beschlossenen Besteuerungen.

Der Finanzminister und der Minister des Innern haben beschlossen, auf Grund des § 77 Absatz 3, des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893, die Erteilung der Zustimmung zur Genehmigung von Gemeindebeschlüssen, durch welche a) besondere direkte oder indirekte Gemeindesteuern neu eingeführt oder in ihren Grundzügen verändert, b) Abweichungen von den in § 54 a. a. O. vorgeschriebenen Verteilungsregeln, c) Zuschläge über den vollen Satz der Staatseinkommensteuer hinaus angeordnet werden, im weiteren Umfange als bisher auf die Oberpräsidenten bezw. die Regierungspräsidenten zu übertragen.

Im einzelnen wird u. a. bestimmt:
Fiskalsteuern sollen nur dann genehmigt werden, wenn besondere örtliche Verhältnisse ihre Einführung angemessen erscheinen lassen. Ordnungen über Einführung oder Veränderung einer Umsatzsteuer sind vor Erteilung der Zustimmung den Ministern vorzulegen, wenn der Steuerfuß über 1 v. H. hinaus gesteigert oder wenn von den in § 8 der Mustersteuerordnung vorgesehenen Befreiungsvorschriften abgewichen werden soll. Ebenso sind Ordnungen, welche Gemeindesteuern von der Erlangung der Erlaubnis zum ständigen Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus betreffen, vor Erteilung der Zustimmung den Ministern vorzulegen, wenn die nach dem Bundesgesetz vom 12. März d. J. in Gemeinden innewahrende Steuerhöchsthöhe ausnahmsweise aus besonderen Gründen überschritten werden sollen. Endlich sind

Gemeindebeschlüsse, welche für die Inlagenverteilung Abweichungen von den Verteilungsregeln des § 54 des Kommunalabgabengesetzes vorsehen, den Ministern vor Erteilung der Zustimmung vorzulegen, wenn die Abweichung eine Mehrbelastung der Einkommensteuer über die nach der Regel innewahrende Grenze hinaus in sich schließt.

Charlottenburg.

Eine Versammlung der Gärtner und Gartenarbeiter der Charlottenburger Parkverwaltung beschäftigte sich mit der den Gärtnern und Gartenarbeitern in Aussicht gestellten Lohnerhöhung. Der Referent, Kollege Kanarowski, der das Thema: „Die Gemeinde als Arbeitgeberin“ behandelte, beleuchtete in seinen Ausführungen die wirtschaftlichen Verhältnisse der in der Parkverwaltung tätigen Gärtner und Gartenarbeiter, woran er eine scharfe Kritik mit heftigem Spott über das soziale Empfinden der höheren Vorgesetzten ansetzte. Die in der gewerblichen Landschaftsgärtnerei tätigen Kollegen ständen bei weitem besser da. Die Löhne wären um 9 bis 14 Pf. pro Stunde höher. Der Stundenlohn von 41 Pf. für Hülsgärtner und 35 Pf. für Arbeiter ist vollständig unzulänglich, um sich und eine Familie zu ernähren, zumal die Regenstunden in Abzug kommen. Als „Musterbetrieb“ für die Arbeiter, die nach dem kaiserlichen Februar-Erlaß die staatlichen und städtischen Betriebe sein sollen, kann die Charlottenburger Parkverwaltung nicht gelten. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus. Der Stadtverordnete Vogel erklärte, daß die Erhöhung des Stundenlohnes von 41 auf 45 Pf. für Hülsgärtner und von 20 auf 25 Pf. für die Gartenfrauen eine bereits beschlossene Sache sei. In der Parkdeputation sind diese erhöhten Lohnsätze bewilligt, wenn die Auszahlung noch nicht vor sich gegangen sei, so trage daran wahrscheinlich die im Säenedentempo arbeitende Bureaukratie die Schuld. Für die Gartenarbeiter sei vom nächsten Jahre ab eine Erhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde ebenfalls vorgesehen, so daß dann für sämtliche ungelerneten Arbeiter der Lohn 37 1/2 Pf. pro Stunde betragen soll. Am Schlusse der Versammlung forderte der Vorsitzende die Versammelten in einem warmen Appell auf, für den Ausbau ihrer Organisation Sorge zu tragen, dann werden die Mißstände alsbald eine Änderung erfahren. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die Versammlung der Gärtner und Gartenarbeiter der Parkverwaltung der Stadt Charlottenburg vom 12. d. M. beschäftigte sich mit der den Arbeitern der Parkverwaltung in Aussicht gestellten Lohnerhöhung. Es sprechen die Versammelten ihr lebhaftes Bedauern und Verwundern darüber aus, daß, obwohl die Erhöhung des Stundenlohnes von der Parkdeputation bereits vor langer Zeit beschlossen ist, bis heute die erhöhten Lohnsätze noch nicht gezahlt werden. Die Versammelten erwarten, daß sie die erhöhten Lohnsätze alsbald nachgezahlt erhalten werden.“

Wilmerdorf.

Der Hund als „Einbrecher“. Eine allgemeine Jagd nach einem vermeintlichen Einbrecher gab es in der vorgestrigen Nacht in der Berlinerstraße in Wilmerdorf. „Hüßel! Hüßel! Spitzhüben!“ Diese Rufe hallten fortwährend gegen Mitternacht aus einem Fenster der zweiten Etage des Hauses Berlinerstraße 33. Eine große Zahl von Menschen hatten sich bald vor dem Hause gesammelt und nun gab es eine große Jagd nach dem Uebelthäter. Voran schritt ein Nachwächter mit der brennenden Laterne in der Hand und hinterdrein folgten viele Männer, die mit Schläuchen, Knütteln und Messern bewaffnet waren. Bis zum Boden hinauf wurde das Grundstück abgesehen und kein Winkel wurde übersehen. Aber von einem Einbrecher wurde nichts entdeckt. Nur einen winselnden Hund fand man in der dritten Etage. Das arme Tier versuchte beim Herannahen der Menge mit Gewalt durch die Wand zu rennen. Es schien ein böses Gewissen zu haben, denn es war der eigentliche Urheber der nächtlichen Diebstahl. Mit den Pfoten hatte er ein trockenes Geräusch an der Nordtür einer Mieterin hervorgerufen und die letztere war der Meinung gewesen, daß bei ihr eingebrochen werden sollte.

Rixdorf.

Einen Selbstmordversuch im Untersuchungsgefängnis unternahm der 21jährige „Arbeiter“ Otto Fellechner, der am Mittwoch mit vier Komplizen von der Rixdorfer Kriminalpolizei verhaftet worden ist. F. war der Führer einer Diebstahlbande, die fast ausschließlich ihre Tätigkeit auf die Laubentolonien in der Umgebung Berlins beschränkte. Der schon mehrfach Vorbestrafte befürchtete für diesmal eine längere Freiheitsstrafe und suchte sich dieser zu entziehen, indem er sich Freitagnachmittag mit seinen Kostenträgern in der Zelle zu erhängen suchte. Der Selbstmordversuch wurde noch rechtzeitig von einem Gefängniswärter entdeckt, sodas F. aus seiner gefährlichen Lage befreit werden konnte.

Ein folgenschwerer Einsturz einer Giebelmauer hat sich gestern mittag in der Hermannstraße in Rixdorf zugetragen. Das Gebäude auf dem Grundstück Hermannstr. 108 befindet sich gegenwärtig im Abriss. Als gestern die Arbeiter kurz nach dem Mittagessen die Arbeit wieder aufnehmen wollten, stürzte plötzlich die hohe Giebelmauer ein, und unter dröhnendem Gepolter fielen die Trümmer nieder. Einer der Arbeiter, der sich nicht mehr früh genug in Sicherheit zu bringen vermochte, wurde unter den Schuttmassen begraben. Die Arbeitskollegen machten sich sofort an die Rettungsarbeiten des Verunglückten, und nach langen Bemühungen glückte es ihnen auch, den Gefährdeten noch lebend wieder ans Tageslicht zu fördern. Der Bedauernswerte hatte aber bereits so schwere innere Verletzungen und Quetschungen davongetragen, daß er in bedenklichem Zustande in das städtische Krankenhaus in der Cammerstraße eingeliefert werden mußte.

Schöneberg.

Die hiesige „städtische Deputation für die Förderung der Schöneberger Untergrundbahn“ verhandelte am Freitag über die Frage des diergleisigen Ausbaues der Hoch- und Untergrundbahn. Die Stadt Schöneberg will bekanntlich eine Untergrundbahn bauen, die zunächst vom Rollendorfsplatz durch die Mohstraße über den vor kurzem „Bayerischer Platz“ benannten, für das langgestreckte „Schöneberger Stadttheater“ bestimmten Platz, durch die Straße P vorläufig bis an die Kreuzung der Haupt- und Ebersstraße gehen, später aber wesentlich zur Ausschließung des Südgeländes nach Langwitz zu beitragen soll. Vom Rollendorfsplatz wollte man die Bahn weiter durch den nördlichen Teil der Mohstraße, die Genthinerstraße und den Tiergarten nach dem Brandenburger Thor führen. Die hiesige Deputation stellte fest, daß das neue Projekt der Abzweigung der Nebenlinie Wittenbergplatz—Südfürstenstraße—Gleisdreieck wegen der dabei in Aussicht genommenen Anlage in dem nördlichen Teil der Mohstraße eine Aenderung des Schöneberger Planes notwendig mache. Die Schöneberger Untergrundbahn würde somit vom Rollendorfsplatz durch die Wilow- und Bietenstraße nach der Genthinerstraße geführt werden müssen.

Lichtenberg.

Die unter sachverständiger Leitung abgehaltenen Ferien-Kinder-spiele beginnen des Sonntagsvormittags 1/9 Uhr im Garten des Herrn Würsch, Frankfurter Chaussee 128. Treffpunkte der Kinder sind Frankfurter Allee, Ede Jungstraße (um 8 Uhr) und Frankfurter Chaussee, Ede Wirtelstraße (um 8 1/2 Uhr). Reges Betätigung erwünscht.

Schmargendorf.

Die Schmargendorfer Gemeindevertretung hat dem Bau eines neuen Ringbahnhofs am Hohenzollernplatz mit einem Kostenaufwand von 600 000 M., zu dem die Gemeinde Schmargendorf Dreiviertel der Kosten beizutragen hat, im Prinzip zugestimmt. Dagegen wurde der vom Gemeindevorstand vorgelegte Entwurf eines Vertrages mit der beim Bahnhofsbaue in erster Linie inter-

essierten Handelsgesellschaft für Grundbesitz wegen seiner für Schmargendorf wenig vorteilhaften Bedingungen abgelehnt. Die Gemeinde sollte von der Handelsgesellschaft nur 130 000 M. erhalten und sich überdies verpflichten, für deren Rückzahlung durch die Stadt Berlin, als Antiegezin für die Gasanstalt, Sorge zu tragen. — Beschlossen wurde ferner die Eröffnung eines Realgymnasiums im April 1908, anstelle des vom königlichen Provinzial-Schulkollegiums empfohlenen Reform-Realgymnasiums. Die neue höhere Schule wird vorläufig provisorisch untergebracht, für ihre Zwecke jedoch ein eigenes Haus in der Nähe des Hohenzollernplatzes errichtet, das etwa 200 000 M. erfordern dürfte.

Köpenick.

Beim Bergen der Diebstehente sind vorgestern drei Personen in dem Walde zwischen Köpenick und Adlershof überrascht worden. Ein auf dem Patronenflange befindlicher Versender beobachtete drei Männer, die sich im Walde in verdächtiger Weise zu schaffen machten, den Erdboden aufwühlten und dann einen Posten Weidrohren fortzuschleppen versuchten. Es gelang dem Beamten, zwei der Diebe festzunehmen, während der Dritte entkam.

Nieder-Schöneeweide.

Eine reiche Beute machte eine Berliner Einbrecherbande, welche vorgestern dem Nachbarorte Nieder-Schöneeweide eine Visite abstattete. Die Diebe erbrachen die sämtlichen Bodenlammern und stahlen die dort aufbewahrte Wäsche und Wintergarderobe der Hausbewohner, wobei ihnen eine Beute im Gesamtwerte von 1800 M. zufiel. Da der Einbruchdiebstahl erst ziemlich spät entdeckt wurde, blieb den Dieben Zeit genug, die gestohlenen Sachen nach Berlin zu schaffen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die Stadtverordnetenversammlung nahm nach kurzer nicht-öffentlicher Sitzung Stellung zur Lehrer- und Lehrerinnenbesoldung. Stadtverordneter Wichert führte aus, daß er dem Antrag des Magistrats zustimme, er aber hierzu den Antrag stelle, die Alterszulagen von 150 auf 160 M. zu erhöhen. Gen. Trebus meinte, es sei längst Pflicht der Stadtverwaltung gewesen, die Lehrergehälter aufzubessern. Er wies nach, wie durch den Lehrermangel und den öften Wechsel der Lehrer die Heranbildung der Schuljugend zu leiden habe. Des weiteren bemängelte er, daß der Unterricht in ungesunden Schulräumen stattfindet. Zugleich interpellierte er den Magistrat, wie weit es mit dem Verwaltungs-freizeitverfahren, bezw. Schulhausneubau sei. Stadtverordnete Wichert und Göhe stellten den Antrag, das Gehalt des Direktors zurückzustellen, bis die Stelle neu besetzt sei. Herr Bürgermeister Paulsch stimmte im allgemeinen den Ausführungen des Genossen Trebus zu. Den Antrag Göhe und Wichert ersuchte er, um eine Bescheinigung der Gehaltserhöhung herbeizuführen, zurückzuziehen. Die Regierung könne eventuell unter diesen Umständen die Aufbesserung der Lehrergehälter verweigern. Was den Schulhausneubau betrifft, so seien die Akten der Regierung übergeben, vielleicht sei es möglich, in nächster Zeit darüber zu verhandeln. Die Vorlage des Magistrats wird mit dem Zusatz, die Alterszulage von 150 auf 100 M. zu erhöhen, einstimmig angenommen. Rißlin beträgt vom 1. Oktober 1907 ab das Gehalt des Direktors 1750 M., die Rietschensadigung 350 und Alterszulage 160 M., das der Lehrer 1200 M., Rietschensadigung 300 M., und Alterszulage 160 M., das der Lehrerinnen 900 M., Rietschensadigung 200 M. und Alterszulage 160 M. Letzteres gilt auch für unberufene Lehrer. — Weiter wird einstimmig beschlossen, zur Pflasterung der Westtreppe- und Schützenstraße und im Nörings-winkelweg eine Anleihe von 40 000 M. aufzunehmen. Auch stimmte die Versammlung der Ausführung einer Entwässerungsanlage in der Weidenerstraße und den hierdurch entstehenden Kosten in Höhe von 620,65 M. zu. Bezüglich der Wahl von 6 Mitgliedern zum Schulvorstand der Fortbildungsschule, gemäß § 11 des Ortsstatuts vom 28. Januar 1907, wurde beschlossen, daß die Abteilungskommission Vorschläge machen soll, die Wahlhandlung selbst wird zur nächsten Stadtverordnetenversammlung festgesetzt.

Nowawes-Neuendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst wurde mitgeteilt, daß die Berufszählung in Nowawes eine Gesamteinwohnerzahl von 20 849 Seelen ergeben hat, und zwar 10 409 männliche und 10 440 weibliche, die sich auf 5204 Haushaltungen verteilen. — Durch die Vereinigung von Nowawes und Neuendorf ist die Vereinbarung eines neuen Vertrages mit den Charlottenburger Wasserwerken notwendig geworden, da beide Orte verschiedene Tarife hatten. Ein Antrag des Gemeindevorstandes an die Wasserwerke, den alten Nowaweser Tarif mit einigen Abänderungen auf die neue Gemeinde auszuweiten, haben die letzteren abgelehnt, so daß weitere Verhandlungen notwendig sind. In der Besprechung hierüber freifürten die Genossen Gruhl und Neumann die außerordentlich hohen Preise, welche sich die Wasserwerke für Arbeiten und Lieferungen von den hiesigen Einwohnern bezahlen lassen, und ersuchten den Gemeindevorstand, dahin zu wirken, daß die Preise für Anschlüsse, Wassermeister usw. herabgesetzt werden. — Einem Antrage der Begehrkommission auf Uebernahme der Straßen der Terrain-Gesellschaft am Wobelsberg gab die Vertretung ihre Zustimmung, da das Straßenpflaster dort in Ordnung gebracht ist und die Gesellschaft sich bereit erklärt hat, eine einmalige Entschädigung von 500 M. für Reinigung der fraglichen Straßen an die Gemeinde zu zahlen. — Zu einer längeren Debatte bei dem Antrage auf Vergebung der Pflasterarbeiten für die Friedrich-, verlängerte Löh- und Wilowstraße sowie die Gähderischen Straßen gaben die Geschäftspraktiken zweier hiesiger Steinmeister Anlaß. Auf die für diese Arbeiten ausgeschriebene Submission waren sieben Offerten eingegangen, von welchen die der Firma Busse-Friedenau mit einer Gesamtsumme von 20 698,50 M. die billigste war; die nächsthöheren Offerten waren die der Unternehmer Krüger-Rotsdam, Senfow-Rowawes und Gösch-Nowawes. Als die beiden letzteren, welche bisher fast sämtliche Pflasterarbeiten in Nowawes-Neuendorf ausgeführt haben, bei der vor einigen Tagen erfolgten Eröffnung der Offerten sahen, daß sie von Busse unterboten waren, hatten sie nichts Eiligeres zu tun, als nach Friedenau zu fahren, um Busse zu bewegen, seine Offerte zurückzugeben; dieser ließ sich auch dazu überreden und ersuchte den Gemeindevorstand, ihn von der Uebernahme der Arbeit zu entbinden. Dießem Verlangen kam jedoch der Gemeindevorstand nicht nach, sondern legte sämtliche Offerten der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vor. Da nun der Unternehmer Krüger in Rotsdam in seiner Gesamtforderung ebenfalls billiger war wie Senfow und Gösch, richteten diese, um auf alle Fälle die Arbeit zu bekommen, ein Schreiben an die Gemeindevertretung, in welchem sie sich erboten, die zuerst geforderten Preise für Ausführung der Arbeiten um 6 Proz. zu ermäßigen. Diese Modifikationen der beiden Steinmeister wurden vom Genossen Gruhl einer scharfen Kritik unterworfen. Er betonte, daß die Vertretung auf keinen Fall das Angebot von Senfow und Gösch annehmen dürfe, wenn sie bei der Bürgerchaft nicht den Schein erwecken wolle, als treibe sie Begünstigungen einzelner Firmen. Das Verhalten dieser Unternehmer müsse der Vertretung die Frage vorlegen, ob dieselben in Zukunft bei Vergebung von Arbeiten nach zu berücksichtigen seien. Nachdem noch einige bürgerliche Vertreter im Sinne Gruhls zu der Sache gesprochen, wurden der Firma Busse die Pflasterarbeiten übertragen. Ein formeller Beschluß, die Unternehmer Gösch und Senfow von zukünftigen Submissionen auszuschließen, wurde zwar nicht gefaßt, doch war in der Vertretung allgemein die Ansicht vorherrschend, daß das eigenartige Verfahren der genannten Firmen bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen in gebührender Berücksichtigung gezogen werden muß. — Die Anfuhr der Pflastersteine wurde an den Unternehmer Bran für 1550 M. vergeben. Die Forderung, von Gösch abgegeben, betrug 2095 M. — Die Schuldeputation wird neugebildet aus: Bürgermeister Winkelmann, Schöffen Langer und Richter, Gemeindevorordnete Rochow und Altman, Oberpfarrer Koller, Rektor Krenner und Rektor Donat. Der Regierung werden zur eigenen Wahl vorgeschlagen:

Kaufmann Goldstein oder Schneidermeister Boulich oder Maurer- und Zimmermeister Menze.

Einem Antrage des Kuratoriums der höheren Mädchenschule auf Festsetzung einer neuen Besoldungsordnung für die Lehrpersonen an der höheren Mädchenschule gibt die Vertretung ihre Zustimmung. Danach werden die Gehälter wie folgt geregelt:

Table with 4 columns: Position, Grundgehalt, Alterszulagen, and Mietszuschüßigung. Rows include Rektor, Mittelschullehrer, Wissenschaftl. Lehrerinnen, and Technische Lehrerinnen.

*) Dieser Satz ermäßigt sich auf 870 M., falls die Lehrer einen eigenen Hausstand nicht haben.

Der Kreisauschuss fordert Rückzahlung eines Darlehens von 74000 M., welches die Gemeinde Neudorf seinerzeit zur Straßensanierung und zur Deckung der Mehrkosten des Rathhauses aufgenommen hat.

Gerichts-Zeitung.

Darf man tanzen?

Der Arbeiter Michael Stempin zu Hennigsdorf sollte sich eines furchtbaren Verbrechens schuldig gemacht haben. Er hat ohne im Besitze des Lustbarkeitsstempels zu sein, als Vorsteher des polnischen Turnvereins 'Solol' trotz Verbots des Amtsvorstehers v. Dredow zu Bögow und des Gendarm Müller es gewagt, daß beim Stiftungsfeste des Vereins die Teilnehmer am 6. Mai im Festsaal des Lokals tanzten.

Wird nun der Fiskus gegen den Amtsvorsteher von Dredow Negress nehmen?

Ländliches Sittenbild aus Bayern. Vor dem Schwurgericht Altmühl stand ein Dorfgewaltiger, der Bürgermeister Reifner von Niederherbach, unter der Anklage der Notzucht und des Mordversuchs.

Hus der Frauenbewegung.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Man schreibt uns als Beitrag zu der Debatte über den Genossenschaftstag in Düsseldorf: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein alter, stets betretener Grundsat der freien Gewerkschaften.

Anders steht es in den Konsumgenossenschaften. Hier haben wir es zwar auch mit Parteigenossen zu tun, die sonst sicher den eben dargelegten Standpunkt vertreten, aber Theorie und Praxis im Einklang zu bringen, scheint noch nicht möglich zu sein.

Verfassungen - Veranstaltungen.

Berlin. Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, 15. Juli, Ausflug mit Kindern nach Treptow, Ludwigs Viktoriengarten, Köpenicker Landstraße.

Wilmersdorf. Mittwoch, den 17. Juli, findet ein gemeinsamer Ausflug des Frauen- und Mädchenbildungsvereins nach Eichkamp statt.

Vermischtes.

Aus dem Obergebiet wird und geschrieben: Durch das Regenwetter dürfte die Vornahme der diesjährigen Heuernte zum größten Teil im Obergebiet vernichtet sein.

Mit der Ober-Ausbeugung hat man am 1. Juli d. J. begonnen. Damit die Sache jedoch nicht so schnell vorwärts schreitet, hat man den neuen großen Vagger, welcher in einer Stunde über 200 Kubikmeter Sand aus dem Oberbett hebt, nach Japan geschickt.

Auch ein Jugendbildner. Der 27jährige Lehrer Seim aus Gröfßenbach (KreisHünfeld) wird von der Staatsanwaltschaft strafrechtlich verfolgt.

400 Meter tief abgestürzt. Aus Grenoble wird folgendes gemeldet: Drei Mitglieder des italienischen Alpenclubs, Moraschini, Bertani und Rossini, schliefen Mittwochabend in der in 3000 Meter Höhe befindlichen Zugsstation, um das Reisegepäck zu befestigen.

Im vollen Wahn der Julihlut. Der vor 48 Stunden in Wien eingetretene Wettersturz hält ungeschwächt an. Aus den Gebirgsgegenden werden Schneefälle gemeldet.

Eine Feuersbrunst. In Marseille zerstörte eine heftige Feuersbrunst einen Möbelspeicher, zwei Fabriken und mehrere andere Baulichkeiten.

300 Häuten vom Feuer zerstört. In der Ortschaft Mahabico zerstörte, wie aus Lanarariva gemeldet wird, eine Feuersbrunst 300 Häuten der Eingeborenen.

Ein Hotel in die Luft geflogen.

Johannesburger Meldungen zufolge wurde durch eine Dynamitexplosion das Hotel Nilfais in Volkburg in die Luft gesprengt. Drei Personen wurden getötet, mehrere erlitten Verletzungen.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Neues Künigl. Opern-Theater. Sonntag: Die schöne Galathee. Montag: Bajazzo. Die schöne Galathee. Dienstag: Wiener Blut. Mittwoch: Cavalleria rusticana. Die schöne Galathee. Donnerstag: Bajazzo. Die schöne Galathee. Freitag: Carmen. Samstag: Die schöne Galathee. Sonntag: Die schöne Galathee.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Schiller-Theater.) Bis auf weiteres täglich: Kyth-Burg. Schauspielhaus. Bis auf weiteres täglich: Die Welt ohne Männer. Kleines Theater. Bis auf weiteres täglich: Vater und Sohn. Theater des Westens. Abends: Die lustige Witwe. Deutsches Theater. Im Garten: Sonntag: Die schöne Galathee. Montag: Die schöne Galathee. Dienstag und Mittwoch: Die schöne Galathee. Donnerstag: Die schöne Galathee. Freitag: Die schöne Galathee. Samstag: Die schöne Galathee. Sonntag: Die schöne Galathee.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Eingang 4, eine Stunde (Gandelsstraße) abends, Freitag und Samstag, 10-11 Uhr, wochentags von 7 bis 9 Uhr abends statt.

J. R. 1. Eine solche Stiftung ist und nicht bekannt, wenden Sie sich an das Hofmarschallamt. - Gubenerstr. 7. Der Hausvater ist im Recht. - Frieda. Wenn 200 Beiträge versicherungspflichtig oder freiwillig wieder gesammelt werden, dann lebt der alte Mann. - Der insolge Verjährung ruhete, wieder auf. - B. Gubenerstr. Wenden Sie sich an den Direktor der Grundbesitzer-Vereinigung. - P. R. 4316. Ein Schiffe hat wie jeder Besitzer das Recht, an den Engländern oder an Japen durch den Vorkaufsrecht Fragen stellen zu lassen. - Wenn Sie es das Recht zu verlangen, das man sich zur Beratung über die Sache ins Beratungszimmer zurückziehe und dort mündlich beraten und abstimme. - M. S. 4. Rein. Sie müssen nur die Verpflichtung erfüllen, deren halber Sie zurückgestellt sind. - P. R. 79. 1. Die Hälfte, Kurhaus, Reformwohnenhaus u. dergl. 2. Eine Hälfte. 3. Einen bestimmten Unterhalt gibt es nicht. - W. W. Dresdenstraße. Rein. M. S. 100. und Pantofel 20. 1. Wenn Sie bemerken können, daß ein solches Wagnis getroffen ist, können Sie das Rad verkaufen. - Zwei-maliger ist eine vorüberige Ausforderung unter Ausübung des Verkaufs. 2. Wenn ein Zeuge sicher gehen will, daß er über seine Verurteilung nicht bröckelt, so richtet er vor dem Termin an das Gericht einen dahingehenden Antrag. - M. S. 25. Die Formname ist zulässig. Nennen aus aber die Befuge für den vollen Monat bezahlt werden. - S. W. Leider mein. - G. W. 75. Ja. - M. R. 32. Die Wirtin ist leider im Recht. Eine Klage auf Aufhebung des Vertrages aus den von Ihnen genannten Gründen wäre nicht völlig aussichtslos, hat aber doch wenig Aussicht auf Erfolg. - M. S. 1. Das ist nicht der Fall, wenden Sie sich an den Vorstand des betreffenden Wahlvereins. - W. S. 50. Uns leider nicht bekannt. - G. S. Amerika. Clets. - J. S. 999. Leider Raubden werden getragen. - Alter Abonnent 66. Nicht Spielstunden, wohl aber das Darlehen müssen Sie zurückzahlen. - Heilstraße 11. Beim ersten 3. bei A. 4. - W. W. 1001. Rein. - M. S. 11. Ja. - W. S. 175. Für die Klage ist das Amtsgericht zuständig. Lassen Sie vorher Herrn Wandel durch das Vormundschaftsgericht zwecks Ernennung des Kuratormehrs beschreiben, daß es zur Tragung der Kosten nicht vermögend ist und beantragen Sie bei Erhebung der Klage, dem Wandel das Kuratormehr zu bewilligen. - M. S. 111. Das Schreiben Ihres Vorgesetzten ist keine Kündigung, sondern lediglich der Vorschlag, die Miete zu erhöhen. Da die Kündigung schriftlich abzugeben ist und Sie die Erhöhung abgelehnt haben, bleibt es beim alten bestehen. - Nöble. Seit dem Jahre 1905 ist in Preußen für katholische und evangelische Kirchengemeinden die Pflichtigkeit vorhanden, bei gemischten Ehen den Mann für die Steuern der Frau stellen zu lassen. Als gemischte Ehen gelten im Sinne dieser Gesetz auch die Ehe eines Dissidenten mit Evangelischen oder Katholischen. Sie müssen daher zahlen, so lange Ihre Frau aus der Kirche nicht ausscheidet. Ob sie Erfolg haben wird, ist allerdings recht zweifelhaft. - W. R. 50. Uns nicht bekannt. - G. S. 4. Rein. - J. S. 100. Leider können Sie lediglich gegen Ihre Schwägerin und Schwiegermutter auf Zahlung nach Wagnis der früheren Vereinbarungen klagen.

Table with 4 columns: Stationen, Kilometer, Wagnis, and Stationen. Lists various stations and distances between them.

Witterungsübersicht vom 13. Juli 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, and Windstärke. Provides weather data for various stations.

Weiter Prognose für Sonntag, den 14. Juli 1907. Vorwiegend kühl, kühl und regnerisch bei ziemlich heißen westlichen Winden.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

Diese Woche: Grosser Verkauf der

ALEXANDERPLATZ

Sommer-Rest-Bestände!

Dieser Verkauf erstreckt sich auf fast alle Abteilungen. Sämtliche Waren, die dem Wechsel der Mode unterworfen sind, sollen vor Schluss der Saison unbedingt geräumt werden.

Die Preise sind teilweise bis zur Hälfte reduziert.

Kinder-Confection

Knaben-Waschanzüge 2 bis 8 Jahre	} durchweg	1 ¹⁰
Knaben-Hosen Cheviot, marineblau, 2 bis 8 Jahre		
Mädchen-Waschkleider 45 bis 60, Hänger	} durchweg	1 ⁹⁰
Knaben-Wasch-Anzüge Satin, Augusta, 2 bis 8 Jahre		
Knaben-Hosen Cheviot, marineblau, 9 bis 12 Jahre	} durchweg	3 ⁰⁰
Mädchen-Waschkleider 45 bis 60		
Backfischblusen weiss und couleur	} durchweg	5 ⁵⁰
Mädchen-Waschkleider 2 bis 10 Jahre		
Knaben-Waschanzüge 2 bis 8 Jahre	} durchweg	5 ⁵⁰
Russen-Kittel gestickte Bordüre		
Mädchen-Mousselinekleider 2 bis 8 Jahre	} durchweg	5 ⁵⁰
Weisse Wollkleider 2 bis 8 Jahre		
Sommerpaletots für Knaben 3 bis 7 Jahre		

Schuhwaren

Damen-Leder-Haus- u. -Reiseschuhe	} durchweg	2 ⁷⁰
Damen- u. Herr.-Strand- u. Tennisschuhe		
Herrn-Wiener-Lederslippers	} durchweg	4 ⁷⁰
Sandalen Gr. 25 bis 30, braunes Rindleder		
Damen- u. Herren-Strand- u. Tennisstiefel	} durchweg	7 ⁷⁰
Damen-Stoffstiefel Lederabsatz		
Herren-Stoffschuhe Lederabsatz	} durchweg	10 ⁷⁰
Herren- braun Rindleder-Sandalen		
Elegante Wiener Halbschuhe	} durchweg	10 ⁷⁰
Damen-Chevreaux-Schnürschuhe		
Damen-Chevreaux-Schnür- u. Knopfstiefel	} durchweg	10 ⁷⁰
Damen-Kalblack-Schnürschuhe breite Bänder		
Damen-Stiefel braun u. schwarz Chevreaux	} durchweg	10 ⁷⁰
Damen-Stiefel Chevreaux, Goodyear - Welt, Abs. L. XV.		
Herren-Stiefel braun u. schwarz Chevreaux		
Damen-Kalblack Schnürschuhe Goody. - Welt		

Damen - Confection

Waschblusen gestreift	} durchweg	1 ⁸⁵
Batistblusen m. Stickerei		
Waschjupons	} durchweg	2 ⁹⁰
Ind.-Mullblusen		
Wasch-Kostümröcke	} durchweg	4 ⁷⁵
Alpaccajupons		
Ind.-Mullblusen	} durchweg	4 ⁷⁵
Engl. Kostümröcke		
Elegante Jupons		

Staubmäntel	} durchweg	5 ⁷⁵
Engl. Kostümröcke		
Leinen- u. Batist-Blusen	} durchweg	9 ⁷⁵
Seidenblusen		
Staubmäntel	} durchweg	12 ⁵⁰
Lodencapes		
Morgenröcke	} durchweg	12 ⁵⁰
Seidenblusen		
Waschkleider		

Kleiderstoffe

Woll-Mousseline gute Qualität, neue Dessins	} durchweg Mtr.	55 ^{pf.}
Reinwollene Voiles ca. 110 cm breit		
Moderne Blusenstoffe Karos und Streifen	} durchweg Mtr.	75 ^{pf.}
Gemusterte Alpaccas doppeltbreit		
Schwarze gem. Alpaccas ca. 110 cm breit	} durchweg Meter	1 ²⁵
Gemust. Kleider-Alpaccas Karos u. Streifen		
Schwarze Grenadines	} durchweg Meter	1 ⁶⁵
Gestr. Voiles u. Wollbatist ca. 110 cm breit		
Schwarze Kleider-Alpaccas ca. 110 cm breit	} durchweg Meter	1 ⁶⁵
Seidenbatist ca. 110 cm breit, elegante hellfarbige Gewebe, in vielen Farben		
Gestreifte Kostümmstoffe ca. 110 cm. breit, reine Wolle		
Eleg. Flanelle für engl. Hemdblusen, waschbar		

3 Serien Wasch-Stoffe

Blusenzeitung	} für Kleider und Blusen	30 Pf.
Baumwollmousseline		
Batist-Perkal	} durchweg Mtr.	40 Pf.
Foulardines		
Organdystoffe	} für Kleider und Blusen	40 Pf.
Zefirstoffe		
Englische u. Wiener Zefirs	} durchweg Mtr.	60 Pf.
Organdystoffe prima Fabrikat		
Fantasiestoffe		

Handschuhe

Kurze durchbrochene Halbhandschuhe	} durchweg	15 ^{pf.}
Kurze Damenhandschuhe		
Kinder-Handschuhe u. Halbhandschuhe	} durchweg	30 ^{pf.}
Lange Halbhandschuhe m. Spitze für Damen		
Lange u. kurze Halbhandschuhe für Kinder	} durchweg	30 ^{pf.}
Kurze Halbhandschuhe für Damen mit und ohne Spitze		
Kurze Handschuhe für Damen glatt und durchbrochen	} durchweg	55 ^{pf.}
Lange Halbhandschuhe		
Lange Damenhandschuhe Zwirn durchbrochen	} durchweg	55 ^{pf.}
Kurze Halbhandschuhe mit Druckverschluss		
Kurze glatte u. durchbroch. Handschuhe	} durchweg	90 ^{pf.}
Herrenhandschuhe mit Druckverschluss		
Kinderhandschuhe für lange u. kurze Aermel	} durchweg	90 ^{pf.}
Lange Spitzenhandschuhe f. Damen u. Kinder		
Lange Flor-Halbhandschuhe	} durchweg	90 ^{pf.}
Kurze Damenhandschuhe Flor		
Lange Damenhandschuhe Flor		

Reste und Coupons zu Einheits-Preisen

Spitzen, Besätze	Kleiderstoffe	Waschstoffe	Seidenstoffe
Stickereien	durchweg	durchweg	durchweg
Seiden-Bänder	Mtr. 50 75 95 Pf.	Mtr. 25 40 55 70 Pf.	Mtr. 1 ⁰⁰ 2 ⁰⁰ 3 ⁰⁰

Muster an jedermann franko!

Das seidene Brautkleid

und Seide jeder Art wirklich reell und billig einzukaufen, bietet zweifellos der jetzt im Seiden-Engros-Hause Hermann Herzog stattfindende billige Ausnahme-Verkauf Braut- und Hochzeits-Seiden sowie Seiden für Roben, Blusen, Jupons etc. 1,00, 1,25, 1,50, 2,25 bis zu den besten Qualitäten. Reinseidene schw. Damaste, Merveilles 15, 20, 25, 30,00 par Robe. Elegante Sommer-Seiden. Baste, Foulards, Libertys v. 1,50. Viele Hundert einzelne Hochzeits- u. Silberhochzeits-Roben, darunter hochlegante Qualitäten, früher ca. 5,50, jetzt 2,50 p. Meter. Schwarze und weiße Kleider-Seiden, weiche, glanzreiche Gewebe in einzelnen Rest-Coupons bedeutend unter Preis v. 1,50. Blusen und Jupon-Reste teilweise unter der Hälfte v. 1,00. Adresse genau besichtigen.

Seiden-Engros-Haus Hermann Herzog, Berlin, nur Leipziger Strasse 79, 1 Treppe, am Dönhofsplatz.

Telegr.-Adresse: Seiden-Herzog.



Produktiv- und Verkaufs-Genossenschaft Berliner Bandagisten

E. G. m. b. H.

SO. 16, Köpnickstr. 98b.

Gegr. am 1. Juli 1907 von organisierten Bandagisten - Gehilfen.

Empfehlenswert allen Arbeitern, Parteigenossen sowie dem geehrten Publikum zur Anfertigung von allen Arten Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, künstlichen Gliedern, orthopädischen Apparaten, Stütakorsetts, Suspensorien, sowie Lager von chirurgischen Gummwaren und Artikeln zur Krankenpflege.

Alle Arbeiten werden in eigener Werkstatt ausgeführt.

Separate Anprobenzimmer für Herren und Damen.

Für Damen weibliche Bedienung.



Komponisten und Verleger

- welche der „Genossenschaft Deutscher Tonsetzer“ nicht angehören, finden für ihre Kompositionen durch die Mitglieder der unterzeichneten Korporationen weiteste Verbreitung.
1. Deutscher Gastwirtsverband
 2. Bund der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands
 3. Gastwirte-Innung zu Berlin.

Zuschriften sind zu richten an den Deutschen Gastwirtsverband, Niederwallstraße 15, und den Bund der Saal- und Konzertlokalinhaber Deutschlands, Elsassstraße 10.



Eine Mark

Wöchentliche Zeitschrift Heft 15023

Herren-Garderoben

Grösst für Mann

Anfertigung nach Mass.

Kabedje Kostüme.

Julius Fabian,

Schneidemeister,

Gr. Frankfurterstr. 37, II

Wingung Straßberger Weg.

KLEINE KIOS

Beliebteste 2¹/₂ Pfg. Cigarette

Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Wirtschaftsproblem gelöst!

Von unermeßlichem Wert

für die Finanzwelt.

Das Wirtschaftsproblem der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. -- Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2,10, bzw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2,20 bzw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.

Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekte.

